

Theodore Roosevelt und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika

*Eine Untersuchung von Roosevelts außenpolitischer Konzeption
als Beitrag zum Verständnis der amerikanischen Außenpolitik*

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich

vorgelegt von

ALEX WEILENMANN

von Winterthur

Angenommen auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Max Silberschmidt

EUROPA VERLAG ZÜRICH

1953



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41507228_0081

Theodore Roosevelt und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika

*Eine Untersuchung von Roosevelts außenpolitischer Konzeption
als Beitrag zum Verständnis der amerikanischen Außenpolitik*

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich

vorgelegt von

ALEX WEILENMANN

von Winterthur

Angenommen auf Antrag von
Herrn Prof. Dr. Max Silberschmidt

EUROPA VERLAG ZÜRICH

1953



VORWORT

Die vorliegende Arbeit ist ein erstes Ergebnis einer mehrjährigen Auseinandersetzung mit dem Problemkreis der Vereinigten Staaten von Amerika. Das Verständnis von Mensch, Staat und Gesellschaft der Nordamerikanischen Union ist das Thema, das ihr letztlich zugrunde liegt, ohne daß wir uns jedoch anmaßen würden, auf dieses unabsehbare Grundproblem einzugehen.

Dank der Vermittlung des Institute of International Education in New York in Verbindung mit dem Schweizerischen Schulrat wurde es mir ermöglicht, ein Jahr in den Vereinigten Staaten zu verbringen. Den beiden Institutionen und ihren Vertretern bin ich zu großem Dank verpflichtet; es ist mir ein Bedürfnis, hier auf die fruchtbringende Einrichtung des Swiss-American Students' Exchange hinzuweisen. An der University of Kansas, Lawrence, Kansas, konnte ich die Universitätsbibliothek benutzen und erhielt manche wertvolle Anregungen von den dortigen Dozenten. Der Großzügigkeit dieser Universität und der Zuvorkommenheit besonders von Prof. Dr. J. A. Burzle habe ich vieles zu verdanken.

An dieser Stelle sei auch meiner amerikanischen Freunde gedacht, die mein Interesse an ihrem Land geweckt haben. Manche unter ihnen haben entscheidend zu meinem Erlebnis Amerikas beigetragen.

Der größte Dank aber gebührt meinem Lehrer, Herrn Prof. Dr. Max Silberschmidt, der über seine Dozentenpflicht hinaus persönlichen Anteil an meinem Studium genommen hat und mir in jeder Hinsicht beigestanden ist.

EINLEITUNG

Die vorliegende Arbeit ist eine Untersuchung von Theodore Roosevelts außenpolitischer Konzeption.

Die amerikanische Geschichte ist durchsetzt mit innern Widersprüchen, die manche Europäer an Amerika verzweifeln lassen. Auffallend ist die Antithese von Idealismus und Realismus, welche das amerikanische Leben weitgehend bestimmt. Immer wieder muß festgestellt werden, daß die amerikanische Politik idealistische Prinzipien, die ihr gesetzt worden sind, durchbricht und scheinbar aufhebt, um dann den alten Idealismus in neuer Form wieder erstehen zu lassen. Das Wesen Amerikas läßt sich weder aus dem Realismus noch aus dem Idealismus allein erklären: der historische Prozeß stellt vielmehr eine Synthese beider dar. Ähnlich verhält es sich mit andern Dualismen, die zu bestimmten Zeiten auf die amerikanische Geschichte eingewirkt haben. Es seien hier Anti-Expansionismus und Expansionismus, Isolationismus und internationaler Kooperativismus hervorgehoben. Beide Komponenten jeder Antithese ergänzen sich gemeinsam zum Bild der Vereinigten Staaten. Die Betrachtungsweise, die das Verständnis der amerikanischen Geschichte erleichtert, kann als «dialektisch» bezeichnet werden¹. Das will heißen, daß die historische Wirklichkeit der Vereinigten Staaten das Resultat einer Folge von Synthesen antithetischer Strömungen und Kräfte ist. Die Erfassung dieser «dialektischen» Dynamik muß ein Hauptthema jeder geschichtlichen Darstellung der nordamerikanischen Union sein.

In dieser Arbeit fragen wir nach den Motiven, den ideellen Hintergründen, den Zielen von Roosevelts Außenpolitik. Der Konflikt zwischen Idee und Wirklichkeit, Absicht und Durchführung, welcher in Roosevelts Politik deutlich zum Ausdruck kommt, ist ein Grundproblem der Interpretation der amerikanischen Geschichte. Idee und Wirklichkeit sind keine voneinander unabhängige Entitäten, deren Ausgleich der Staatsmann suchen muß; sie sind Bewegungen, die ineinander übergreifen, sich gegenseitig beeinflussen, addieren und subtrahieren und so die Politik bestimmen.

Die vorliegende Arbeit ist in drei Teile gegliedert: Außenpolitik — Theodore Roosevelt — Roosevelts außenpolitische Konzeption.

Das erste Kapitel zeigt den Gang der amerikanischen Außenpolitik bis zur Zeit von Roosevelts Präsidentschaft auf und weist auf die Probleme hin, denen Roosevelt als Staatschef gegenüber gestellt war. Es will keine «Geschichte» der amerikanischen Außenpolitik sein, sondern nur deren Grundzüge, soweit sie für unsern Zweck wesentlich sind, hervorheben. Es sollen die Hauptrichtungen der über hundertjährigen Entwicklung aufgezeichnet werden, auf welche sich Roosevelts Konzeption aufbaut. Denn Roosevelt muß von der bestehenden Realität ausgehen, nicht von der «Idee». Der Inhalt dieses Kapitels wird hauptsächlich den Standard-Werken der amerikanischen diplomatischen Geschichte entnommen.

Das zweite Kapitel versucht den Menschen Roosevelt darzustellen. Da Roosevelts Äußerungen häufig nur auf Grund der Kenntnis seiner Persönlichkeit verstanden werden können, ist es wichtig, Roosevelts Charakter wenigstens in großen Zügen kennenzulernen, wobei weder eine eigentliche Biographie noch eine psychologische Studie beabsichtigt ist. Von den benutzten Darstellungen ist Pringles Biographie von Roosevelt besonders zu erwähnen. Roosevelts Autobiographie und die zwei Bände von Bishop wurden mit aller Vorsicht beigezogen. Die unzähligen zeitgenössischen Biographien und Memoiren über Roosevelt wurden nur soweit verwendet, als sie zur Erfassung der Atmosphäre um Roosevelt und zu seiner allgemeinsten Charakterisierung beitragen.

Das dritte Kapitel untersucht Roosevelts Äußerungen auf dessen außenpolitische Konzeption hin. Nicht seine *Politik*, sondern die *Konzeption*, die seiner Politik zugrunde liegt, ist Gegenstand der Untersuchung. Als Quellen wurden die an verschiedenen Orten gedruckten Schriften, Reden und Briefe Roosevelts benutzt. Für die Reden und Schriften kommen in erster Linie Roosevelts gesammelte Werke, die unter der Bezeichnung «National Edition» bekannt sind, in Frage². An Briefen bilden die veröffentlichten Korrespondenzen zwischen Roosevelt und Henry Cabot Lodge und zwischen Roosevelt und Sir Cecil Spring Rice die Hauptquellen. Seit 1951 sind die acht Bände der gesammelten Roosevelt-Briefe im Entstehen begriffen³. Die vier bisher erschienenen Bände konnten von uns durchgesehen werden und wurden wenigstens in den Anmerkungen berücksichtigt. Sie enthalten nichts grundsätzlich Neues; doch kann aus ihnen Verschiedenes deutlicher belegt und präzisiert werden. Aus der Masse der noch unveröffentlichten Briefe und Manuskripte finden sich Auszüge in den verschiedenen Werken, die sich mit Roosevelt und seiner Politik befassen.

Die größte Schwierigkeit in der Darstellung von Roosevelts außenpolitischer Konzeption liegt in der Bewertung seiner Aeüßerungen, welche beinahe alle propagandistischen Zwecken dienen und daher nicht unbedingt die wahre geistige Haltung ihres Verfassers widerspiegeln. Das Kriterium für ihre Beurteilung liegt in der Relation der einzelnen Aeüßerung zur Gesamtheit des Denkens Roosevelts, soweit es für uns greifbar und auf Grund der Kenntnis seines Wesens erkennbar ist und wie es auch in politisch unverdächtigen Quellen zum Ausdruck kommt. Mit dieser Schwierigkeit verwandt ist die Tatsache, daß Roosevelt kein «Denker» gewesen ist, wie es sein älterer Zeitgenosse, Henry Adams, treffend bemerkt hat⁴. Roosevelts Reden und Schriften sind nicht Produkte eines logischen Denkprozesses; sondern sie sind aus der augenblicklichen Situation heraus geboren. Sie sind eher die Folge seiner Entscheidung zur Tat als deren Ursache. Roosevelt kennt nur Schwarz oder Weiß, kein Grau. Dieser Umstand, der schon bei einer flüchtigen Lektüre von Roosevelts Aeüßerungen auffällt, bildet einen Unsicherheitsfaktor, der die Interpretation erschwert.

Es wurde davon abgesehen, eine vollständige Roosevelt-Bibliographie aufzustellen. Bis 1920 steht Wheelocks «A Bibliography of Theodore Roosevelt» zur Verfügung. Weitere bibliographische Angaben sind bei Pringle, in den verschiedenen Monographien und Biographien und im Dictionary of American Biography zu finden. Wir haben uns immerhin bemüht, die neuere außenpolitische Literatur über Roosevelt möglichst vollständig anzuführen.

Zur Bibliographie im allgemeinen ist zu sagen, daß neben den im Text zitierten Titeln auch solche, denen allgemeinere Gedanken und Ideen entnommen worden sind, im Literaturverzeichnis enthalten sind.

Kapitel I

GRUNDZÜGE DER AMERIKANISCHEN AUSSENPOLITIK BIS UM 1900

Die zwei Aspekte, welche die Außenpolitik der Vereinigten Staaten seit der Gründung der Union bis um 1900 wesentlich bestimmt haben und unter denen die außenpolitische Geschichte Amerikas vereinfachend betrachtet werden kann, lassen sich mit den Schlagworten «Expansion» und «Isolation» bezeichnen.

Ausgangspunkt der Untersuchung dieses Kapitels ist die Frage nach dem Wesen und nach der gegenseitigen Relation von Isolation und Expansion. Wir werden dadurch in die Problematik der amerikanischen Außenpolitik hineingeführt und erreichen deren Höhepunkt in der Auseinandersetzung am Ende des 19. Jahrhunderts. Damit stoßen wir auf die außenpolitischen Probleme, mit denen sich Theodore Roosevelt und seine Zeit beschäftigen mußten.

1. Die Politik der Isolation

In seinem Pamphlet zugunsten der Unabhängigkeit der dreizehn atlantischen Kolonien wies Thomas Paine darauf hin, daß der Abfall von Großbritannien einer Separation von Europa mit seinen Wirren und Kriegen gleichkommen würde. «It is the true interest of America», rief Paine aus, «to steer clear of European contentions . . .»¹. Obwohl die Kriege Englands, an denen die Kolonien teilgenommen hatten, keine direkte Ursache der Revolution gewesen waren, wurde Paines Ueberlegung, daß Amerika in seinem eigensten Interesse nichts mit der europäischen Politik zu tun haben sollte, seit den ersten Jahren der jungen Nation von den bedeutendsten amerikanischen Staatsmännern ausgesprochen und präzisiert. Bereits 1787 bezeichnete Jefferson diese Politik der Isolation als «a maxim with us»². Militärische Notwendigkeit veranlaßte die Vereinigten Staaten in ihrem Unabhängigkeitskrieg, ein Bündnis mit Frankreich einzugehen. Mit dem Frieden von Paris war dessen Zweck erfüllt, so daß es vom Stand-

punkt der Union hinfällig wurde. In der Folge bewirkte diese unbequem gewordene Allianz, daß der Grundsatz der isolationistischen Politik noch schärfer ausgedrückt wurde. Die Einmischung Frankreichs in die internen Konflikte des sich bildenden Staatswesens und die ständige Bedrohung, durch das französische Bündnis in den europäischen Krieg hineingezogen zu werden, führten direkt zu den mahnenden Worten eines Washington und Jefferson. In Europa wogten die Koalitionskriege; in Amerika suchte ein junger Staat seine innenpolitischen Schwierigkeiten zu überwinden. Mit dem amerikanischen Historiker Bemis darf behauptet werden, daß sich die Vereinigten Staaten zu einer lebensfähigen Nation entwickeln konnten, weil Europa infolge der Kriege mit sich selbst beschäftigt war und keine Zeit für Amerika übrig hatte³. Dank ihrer Neutralitätspolitik und ihrem Verzicht auf militärische Stärke, welche die Nachbarn hätte bedrohen können, gelang es der Union, die Wirren Europas für ihren internen Aufbau auszunutzen und ihre potentielle Macht zu realisieren.

Loslösung von Großbritannien war das Ziel der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung gewesen; Unabhängigkeit von Europa und Sicherheit vor Europa blieb das Ziel der nordamerikanischen Union und sollte bis ins 20. Jahrhundert der bestimmende Faktor ihrer Außenpolitik bleiben. Die beste Sicherung von Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber Europa war der Ozean, der den amerikanischen vom europäischen Kontinent trennte. Das Prinzip der Enthaltung von «*entangling alliances*» bedeutete, daß die Union nicht willens war, den Ozean politisch zu überschreiten und dadurch ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu gefährden. Der weite Raum, der im Westen zur Verfügung stand, und die großen Aufgaben des staatlichen Aufbaus lenkten die Energien der amerikanischen Nation auf andere als militär- und machtpolitische Gebiete. Dank der Breite des Ozeans und der Beschäftigung Europas mit sich selbst konnte sich die junge Nation erlauben, ihrer anti-militärischen Einstellung nachzuleben, vorausgesetzt, daß sie die geographische Trennung Amerikas von Europa durch politische Maßnahmen nicht selber aufhob.

Ebenso wie die Vereinigten Staaten darauf verzichteten, ihre vorteilhafte geographische Lage durch politische Schritte zu annullieren, waren sie aus ähnlichen Ueberlegungen darauf bedacht, Europa von Amerika abzuhalten. Im Jahre 1808 ließ die Regierung in Washington «*einflußreiche Leute*» im damals spanischen Cuba und Mexico wissen, daß ein Handwechsel dieser Gebiete auf großen Unwillen seitens der Union stoßen würde⁴. Drei Jahre später wurde das Prinzip der Unübertragbarkeit von Gebieten der westlichen Hemisphäre in einer Kongreßresolution in bezug auf Florida ausgesprochen⁵. Die Vereinig-

ten Staaten konnten keinen Wechsel in den Besitzverhältnissen der westlichen Hemisphäre dulden, ohne eine Aktivierung der europäischen Politik in ihrer Nachbarschaft befürchten zu müssen. Europa durfte den trennenden Ozean nicht überschreiten.

Das Prinzip von Washingtons «Farewell Address» und dasjenige der Kongreßresolution von 1811 — erweitert durch den Umstand, daß sich der größte Teil Lateinamerikas unabhängig erklärt hatte — wurden in der «Monroe Doctrine» vereinigt. Die Verkündung dieser Doktrin war die Formulierung von Gedanken, die seit Beginn der Union vorhanden gewesen waren. Im konkreten Fall als Pendant zur Politik Cannings ausgesprochen und weitgehend auf Idealismus in bezug auf die lateinamerikanische Unabhängigkeitsbewegung basierend entbehrte sie zur Zeit eines realen, machtbedingten Hintergrundes⁶. Doch entsprach sie der Stimmung der amerikanischen Nation genügend und hatte als Idee genug Realität im Hinblick auf die nationalen Interessen, um der wichtigste außenpolitische Leitgedanke der Vereinigten Staaten zu werden. «The significance in 1823 of the Monroe Doctrine is that it served as a capstone to a very positive structure of policy which had now been built up from half a century of independent dealing with foreign nations»⁷.

Die «Monroe Doctrine» besteht aus den zwei oben angeführten Prinzipien:

1. Die Vereinigten Staaten mischen sich nicht in die Politik der europäischen Mächte und in Konflikte, die nur diese etwas angehen. Sie enthalten sich also, irgendwelche politischen Abmachungen mit einer europäischen Macht einzugehen, und überlassen Europa völlig sich selbst.
2. Jeder Versuch einer europäischen Macht, sich in das staatliche System der westlichen Hemisphäre einzumischen oder dort neue Gebiete zu erwerben, wird von den Vereinigten Staaten als ein diesen gegenüber unfreundlicher Akt der betreffenden Macht betrachtet.

Mit dem ersten Prinzip hält sich die Union von Europa fern. Dies ist ein freier Willensakt und hat keine unmittelbare Bedeutung für andere Staaten. Das zweite Prinzip dagegen, das Europa von Amerika abzuhalten sucht, ist eine prohibitive Warnung an die europäischen Mächte, die amerikanischen Kontinente in Ruhe zu lassen. Damit suchen die Vereinigten Staaten, nicht nur sich selbst zu isolieren, sondern sie beanspruchen die Isolation der gesamten westlichen Hemisphäre für ihre eigene Sicherheit. Es ist naheliegend anzunehmen, daß sich dieses Prinzip auch gegen einen lateinamerikanischen Staat wenden kann, dann nämlich, wenn dieser aus Unvorsichtigkeit oder freiem

Willen in die Abhängigkeit von Europa gerät. Obschon dies im Jahre 1823 nicht aktuell war, hat das zweite Prinzip der Monroe-Doktrin im eben erwähnten Sinn expansiven Charakter. Es bedeutet eine Ausdehnung des Staatswillens über fremde Gebiete, wenn die Union die Isolation der gesamten westlichen Hemisphäre postuliert. Bereits können wir erkennen, daß sowohl Isolation wie auch Expansion im Dienste der Sicherung von Unabhängigkeit und Freiheit der Vereinigten Staaten stehen.

2. Die Politik der Expansion

Eines der wichtigsten Motive für den Abfall der dreizehn Kolonien von ihrem Mutterland war die Reaktion der amerikanischen Siedler auf die königliche Proklamation von 1763, welche das Eindringen in die Gebiete westlich der Appalachen verbot. Die amerikanische Delegation für die Friedensverhandlungen in Paris setzte sich nicht nur die Aufgabe, die bedingungslose Unabhängigkeit der atlantischen Kolonien von Großbritannien zu erreichen, sondern auch den Westen, der im Besitz der englischen Krone gewesen war, für die Union zu sichern. Der Westen, das weitläufige, jungfräuliche Gebiet jenseits der atlantischen Bergkette, war ein wesentlicher Faktor im Prozeß der Staatswerdung der nordamerikanischen Republik. Dessen Abtretung an den Kongreß durch die Einzelstaaten war die bedeutendste Manifestation des Unionsgedankens nach dem Unabhängigkeitskrieg. Den Westen betrafen die wichtigsten, beinahe einzigen erfolgreichen gesetzgeberischen Akte des Kongresses unter den «Articles of Confederation». Die westliche Grenze warf Probleme auf, welche sowohl im Namen des nationalen wie im Namen von regionalen Interessen nach einer expansiven Politik riefen. Die Amerikaner hatten die Bedeutung von neuem Siedlungsraum bewußt oder unbewußt erkannt, schon bevor sie eine Nation wurden. Der Expansionsgedanke war keine Schöpfung der Vereinigten Staaten; er wurde als etwas Gegebenes übernommen.

Der Kauf von Louisiana, das Bemis «the vestibule of American expansion to Florida, Texas, New Mexico, California, Oregon, Alaska» nennt⁸, leitete die zweite und eigentliche Phase der amerikanischen Gebietsausdehnung ein. Der «Louisiana Purchase» entsprang keinem unmittelbaren Bedürfnis nach erweitertem «Lebensraum»⁹. Er war vielmehr ein Mittel zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und Freiheit¹⁰. Wie die in der Monroe-Doktrin und früher formulierte Politik darauf ausgerichtet war, den Status quo in den Besitzverhältnissen der westlichen Hemisphäre zu bewahren, so gab die Ueber-

tragung Louisianas von Spanien an das starke und potentiell gefährliche Frankreich Präsident Jefferson den Impuls für den Kauf dieses Gebietes. Wenn John Quincy Adams und andere entschlossen waren, so viel von Nordamerika als möglich für die Union zu erwerben, so gründete sich diese Haltung ebenso sehr auf den komplexen, vielfach irrationalen «Drang nach Westen» wie auf das Bestreben, keine möglichen Feinde an den Grenzen der Union zu dulden. Denn der Ozean wurde als die beste Verteidigungslinie betrachtet, und das Land zwischen den Meeren schien prädestiniert zu sein, in den Besitz der Union zu gelangen.

Der kontinentale Expansionismus, der bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts abgeschlossen war, zeichnete sich dadurch aus, daß er sich auf vielgestaltige Kräfte und Motive stützte, welche die Expansion der Union begründeten und rechtfertigten¹¹. Allen den Kräften, die rational erfaßt werden können, lag die Wahrung der nationalen Interessen zu Grunde, vornehmlich das Bestreben, durch die Weiterverlegung der Grenzen die Unabhängigkeit und Freiheit zu sichern. Daneben dürfen die irrationalen Kräfte nicht außer Acht gelassen werden — der Expansionsdrang, der «ein Merkmal des Amerikanertums» ist¹² und der, wie Bemis sagt, «expressed the pent-up forces of the developing national spirit in the United States¹³.» «Manifest Destiny», der für diese irrationalen Kräfte 1845 geprägte Begriff, wirkte auf das amerikanische Volk seit dem Beginn der Union und ließ es während Jahrzehnten nicht mehr los¹⁴.

Das gemeinsame Ziel von Expansion und Isolation kommt deutlich bei der ungestümen Gebietsausdehnung während der 1840er Jahre zum Ausdruck. So ging der Annexion von Kalifornien die Wiederbelebung der Monroe-Doktrin durch Präsident Polk voraus. Es handelte sich darum, europäische Mächte vom Eindringen in den amerikanischen Kontinent abzuhalten. «Manifest Destiny» trug dazu bei, daß das bedrohte Gebiet annektiert wurde.

Es genügt nicht, den amerikanischen Expansionismus in der Periode vor dem Sezessionskrieg einzig im Lichte der Politik der Sicherheit zu sehen. «Manifest Destiny» schien keine Grenzen zu kennen. Mit der Verschärfung des innenpolitischen Konfliktes um die Sklavenfrage und verwandter Probleme wurde der Expansionismus zu einem innenpolitischen Mittel der sklavenhaltenden landwirtschaftlichen Interessen¹⁵. Das wichtigste Ziel der südstaatlichen Expansionsbestrebungen war Cuba, auf dessen Bedeutung für die Union am Anfang des Jahrhunderts wir bereits hingewiesen haben¹⁶. Während die Whig-Partei jeden Gedanken an eine Annexion Cubas und ähnlicher Gebiete ablehnte, hielt sie doch das «Non-Transfer»-Prinzip aufrecht:

Auch die Anti-Sklavenpartei konnte keine Einmischung fremder Mächte in Cuba dulden; sie war sich bewußt, daß nur die Vereinigten Staaten an die Stelle Spaniens treten durften¹⁷.

«Manifest Destiny» und strategische Ueberlegungen bewirkten, daß bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts der leere Raum auf dem nord-amerikanischen Kontinent durch die Union erworben worden war. Im Norden stießen die unentwegten Expansionisten auf die starren Grenzen Canadas, das Großbritannien im Hintergrund hatte; im Süden festigte sich Mexiko, das bereits ein Opfer der Expansion seines Nachbarstaates gewesen war; im Westen und Osten bildeten die Ozeane die Grenzen. Der amerikanischen Nation blieb die Aufgabe, diesen ungeheuren Raum zu füllen und zu besiedeln. Dem Expansionismus schienen die Grenzen gesetzt. Doch bereits zeigten sich neue Probleme, die Lösungen forderten und auf neue Möglichkeiten der Expansion hinwiesen.

3. Außerkontinentaler Expansionismus vor dem Sezessionskrieg

Der Vorstoß an die pazifische Küste warf das Problem einer raschen Verbindung zwischen dem Osten und Westen der Union auf. Der zentralamerikanische Isthmus begann die amerikanische Nation zu interessieren. Im Jahre 1846 sicherten sich die Vereinigten Staaten das Durchgangsrecht über den Isthmus von Panama und schlossen mit Neu-Granada, dem spätern Columbia, einen Vertrag ab, in dem sich die Union bestimmte Rechte garantieren ließ. Vorerst wurde eine Eisenbahnlinie gebaut, deren Schutz und Betrieb die Vereinigten Staaten übernahmen. Das Abkommen mit Neu-Granada darf als das erste «imperialistische» Abenteuer der Union angesehen werden. Es beschränkte die Souveränität eines Staates über einen Teil seines Gebietes und gab der Union das Recht zur Intervention, um ihre Interessen auf dem Isthmus zu schützen.

Gemeinsam mit Großbritannien faßte die Union den Bau eines zentralamerikanischen Kanals ins Auge. Ein anglo-amerikanisches Abkommen, der «Clayton-Bulwer Treaty», schloß die ausschließliche Beherrschung des zu bauenden Kanals durch eine einzelne Macht aus. Eigentlich war dieses Abkommen mit der Monroe-Doktrin unvereinbar, weil es einer europäischen Macht Rechte in der westlichen Hemisphäre überließ. Erst ein halbes Jahrhundert später gelang es Amerika, diesen europäischen Einbruch in die Neue Welt auszumerzen.

In diesen Jahren vor dem Sezessionskrieg zeichneten sich die Interessen der Vereinigten Staaten auch im Pazifik und im Fernen Osten ab.

Amerikanische Händler waren seit dem 18. Jahrhundert in China aufgetreten, und seitdem die Union die pazifische Küste erreicht hatte, schaute sie direkt nach Ostasien. Bemis weist darauf hin¹⁸, daß der fernöstliche amerikanische Handel im Gegensatz zu demjenigen anderer Länder, die ihren Einfluß und ihre Macht bewußt in den Dienst ihrer Kaufleute stellten, in keiner Weise durch die Regierung unterstützt wurde. «With no force of their own to bring up, of necessity they (the American traders in China) adopted a policy of respect for Chinese sovereignty, and conciliation, and propitiation of the Chinese authorities on whose sufferance their trade and their fortune depended¹⁹.» Was gezwungenermaßen die Einstellung der amerikanischen Händler gewesen war, wurde die Politik der Union gegenüber China, welche am Ende des Jahrhunderts ihren Ausdruck in der Politik der «Open Door» finden sollte²⁰. Die amerikanische Regierung bemühte sich, für die territoriale und administrative Integrität des chinesischen Reiches einzustehen, und beschränkte sich darauf, zugunsten der amerikanischen Kaufleute die gleichen Möglichkeiten zu verlangen, wie sie China andern Staatsangehörigen gewähren mußte.

Infolge des intensiver werdenden Handels mit dem Fernen Osten begannen sich die Vereinigten Staaten auch für die Gebiete inmitten des pazifischen Ozeans zu interessieren. Vereinzelte Kriegsschiffe der Union kreuzten das Meer, und initiative Marineoffiziere nahmen unbewohnte Inseln als Kohlenstationen und Zufluchtsorte zuhanden ihres Landes in Besitz.

Gegenüber Hawaii, der Inselgruppe halbwegs auf dem Weg von Amerika nach Ostasien, nahm die Union seit den vierziger Jahren die gleiche Haltung ein, die sie gegenüber Cuba seit dem Beginn des Jahrhunderts eingenommen hatte. Während die Opposition bis 1898 genügend stark war, um die Annexion Hawaiis zu verhindern, war sich die Nation, seit sich das Problem um 1840 gestellt hatte, darin einig, daß die Inseln an keine fremde Macht fallen dürften²¹. Der Geltungsbereich der Monroe-Doktrin wurde dadurch nicht nur auf die amerikanischen Kontinente begrenzt; er weitete sich mit den Interessen der Union in den Pazifischen Ozean aus.

Der pazifisch-fernöstliche Problemkreis begann sich in den Jahren des «Manifest Destiny» in voller Stärke abzuzeichnen und ließ die amerikanische Außenpolitik nicht mehr in Ruhe. Die Worte von Commodore Perry, dem es als erstem gelang, Japan dem abendländischen Handel zu eröffnen (1854), weisen direkt auf das schicksals-

reiche Jahr 1898 hin: «It is selfevident that the course of coming events will ere long make it necessary for the United States to extend its jurisdiction beyond the limits of the western continents, and I assume the responsibility of urging the expediency of establishing a foothold in this quarter of the globe as a measure of positive necessity to the establishment of our maritime rights in the east²².»

Am Vorabend des Sezessionskrieges war das Programm der pazifischen Politik, wie es sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte verwirklichen sollte, aufgestellt. Wie es der unter Lincoln tätige Staatssekretär Seward formulierte, umfaßt es den Kauf Alaskas, die Festigung freundlicher Beziehungen zu China, den Bau eines Isthmus-Kanals, die Annexion Hawaiis und die Errichtung von Kohlenstationen im Pazifischen Ozean²³. Allerdings darf dies nicht als ein «offizielles» Programm der amerikanischen Regierung angesehen werden. Es ist charakteristisch für den amerikanischen Expansionismus — und daher der Begriff «Imperialismus» nur unter Vorbehalt zu gebrauchen —, daß die Expansion inoffiziell von einzelnen Politikern oder Interessengruppen im voraus erdacht wird und daß je nach den innenpolitischen Machtverhältnissen die offizielle Politik die sich bietenden Gelegenheiten zur Verwirklichung des Planes ergreift oder nicht. Die in der Nation vorhandenen Ideen verwirklichen sich nicht nach einem von vornherein anerkannten imperialistischen Plan der staatlichen Gewalt²⁴. Es ist zu beachten, daß die Regierung der Union nicht kontinuierlich ist und daß daher die Politik eher auf den momentanen Fall bezogen ist. Sogar ein Außenminister, der wie Seward ein außenpolitisches, imperialistisches Programm aufstellt und vertritt, kann nur bedingt den politischen Kurs des Staatswesens repräsentieren und muß in solchen Aussagen ebensosehr als Privatmann wie als Amtsperson bewertet werden.

Jedenfalls mußte sich die amerikanische Außenpolitik vor dem Sezessionskrieg damit begnügen, die für die Union interessanten Gebiete vor dem Zugriff anderer Mächte zu bewahren. Im Sinne der Monroe-Doktrin garantierte darum die amerikanische Regierung die Unabhängigkeit Hawaiis, so wie sie entschlossen war zu verhindern, daß Cuba vom schwachen Spanien in den Besitz einer andern Macht überging. Die innenpolitischen Konflikte lähmten die amerikanische Außenpolitik, die im Sezessionskrieg einen Tiefpunkt erreichte.

4. Die Auswirkungen des Sezessionskrieges auf die Außenpolitik

Der Sezessionskrieg, die große Zäsur in der Geschichte der Vereinigten Staaten, gab der amerikanischen Nation einen neuen Inhalt. Die Unionsarmee hatte gesiegt; die Nation glaubte sich einig, befreit von den internen Kämpfen der vorhergehenden Jahrzehnte, bereit, ihre Energien auf nationale Aufgaben zu richten. Die Errichtung des französisch-maximilianischen Reiches in Mexiko ließ die Monroe-Doktrin wieder aufleben, die durch die innenpolitischen Zwiste verdrängt worden war. Ebenso machten die kurzlebige Annexion Santo Domingos durch Spanien (1861—1865) und der spanische Krieg gegen Peru (1866) die amerikanische Nation nach Appomattox wieder auf die äußern Gefahren aufmerksam und ließen sie sich ihrer selbst bewußt werden. Es schien, als ob «Seward's Design» sogleich verwirklicht werden sollte. Der momentane Impuls reichte jedoch nur für den Kauf von Alaska und für die Besetzung einiger unbewohnter Inseln im Pazifischen Ozean (1867/8). Dazu schloß der unentwegte Expansionist Seward einen Vertrag mit Nicaragua ab, welcher der Union das Transit-Recht über den Isthmus gab, die Souveränität Nicaraguas aber nicht schmälerte (1867).

Ernüchtert vom Taumel des Sieges — die geschlagenen «Rebellen» hatten nichts mehr mitzubestimmen — wandte sich die öffentliche Meinung Amerikas, und mit ihr der Kongreß, gegen jede weitere Expansionspolitik. Die Nation war von der «Reconstruction» voll in Anspruch genommen; die Besiedlung und Ausbeutung des Westens brauchte ihre Energien, und die beginnende industrielle Revolution hatte den Osten in ihrer Gewalt²⁵. Expansion, schon immer ein Ausdruck überbordender Energien, fand keine Nahrung mehr bei der Mehrheit des Volkes. Die Flamme des «Manifest Destiny» war jedoch noch keineswegs erloschen; sie mottete weiter, um gegen das Ende des Jahrhunderts zu einer neuen Höhe aufzulodern.

Die amerikanische Außenpolitik nach dem Sezessionskrieg beschränkte sich im ganzen gesehen auf Routine-Tätigkeit, welche die spätern Ereignisse vorbereitete. Der «Treaty of Washington» von 1871 regelte alle latenten Konflikte zwischen Großbritannien und der Union²⁶ und ließ bereits die britisch-amerikanischen Beziehungen späterer Jahrzehnte erkennen. Die amerikanischen Zuckerinteressenten in Hawaii sicherten sich einen Handelsvertrag (reciprocity treaty) zwischen der Union und Hawaii, welcher bestimmte, daß die Inselgruppe nicht in die Gewalt einer dritten Macht fallen dürfe und daß die für die Union vorgesehenen Privilegien keiner andern Nation gewährt werden dürften²⁷. Im Jahre 1884 erneuert, übertrug der Ver-

trag Pearl Harbor an die Vereinigten Staaten. Dieses und der Hafen, den die Union 1878 auf Samoa für sich reservierte, weisen darauf hin, daß die amerikanischen Interessen im Pazifik auch nach dem Sezessionskrieg nicht erlahmt waren. Im Sinne der Monroe-Doktrin wurde im Jahre 1887 ein britisch-französischer Vorschlag für eine gemeinsame Unabhängigkeits- und Neutralitätsgarantie für Hawaii vom amerikanischen Außenminister zurückgewiesen. Dafür beteiligte sich die Union zwei Jahre später an einem Dreier-Protektorat über Samoa mit Großbritannien und Deutschland²⁸. Hawaii, das schon frühzeitig mehr oder weniger zufällig in den Machtbereich der Union gekommen war, wurde von der Nation als zum «American system» gehörig betrachtet und nicht mehr losgelassen; Samoa dagegen, das erst während weniger Jahre die amerikanische Politik beschäftigt hatte, wurde mit andern Mächten geteilt, weil es mit den amerikanischen Interessen nicht, oder noch nicht, identifiziert wurde.

Der Sezessionskrieg hatte eine Umwälzung innerer Werte in der amerikanischen Nation zur Folge. Ein englischer Historiker, der 1882 die Vereinigten Staaten bereiste, schrieb folgendes über seine Erfahrungen in Amerika: «... where the word 'federal' used to be used up to the time of the civil war or later, the word 'national' is now used all but invariably . . .»²⁹. Diese Beobachtung spricht deutlich für das aufkommende Nationalgefühl in den Jahrzehnten nach dem Sezessionskrieg. Der Sieg der nationalen Bewegung im Bürgerkrieg, die diplomatischen Erfolge während der Jahre nach dem Krieg, die Begeisterung für die Weite und Möglichkeiten des Landes und für die Abenteuer seiner Besiedlung und Nutzung, die unabsehbare Industrialisierung, dies alles waren Faktoren im komplexen Prozeß, welcher der amerikanischen Nation ein neues Bewußtsein gab und sie für die aus Europa kommenden Ideen des Nationalismus und Imperialismus empfänglich machte.

5. Die geistige Vorbereitung des Neo-Expansionismus

Spencers Evolutionismus und die Bevorzugung der germanisch-angelsächsischen Völker durch die übliche Interpretation des Darwinismus fanden bei amerikanischen Philosophen und Historikern, wie bei ihren europäischen Kollegen, starken Anklang³⁰. Der wichtigste Anhänger der Darwinschen Lehren in Amerika, *John Fiske*³¹, betonte die Vormachtstellung der germanisch-angelsächsischen «Rasse» über die andern. Fiske erklärte, daß besonders die Angelsachsen — also auch die Amerikaner — dazu bestimmt wären, die Weltmeere

und den Welthandel zu beherrschen und sich über den ganzen Erdball auszubreiten. Im besondern machte er die amerikanische Nation auf ihre «Mission» aufmerksam, Kolonien zu errichten, um das angelsächsische Wesen in der Welt durchzusetzen.

Ein amerikanischer Geistlicher, *Josiah Strong*³², entwickelte ähnliche Ideen wie Fiske, indem er den göttlichen Auftrag an das «ausgewählte Volk» betonte und für die Vereinigten Staaten speziell Lateinamerika und eventuell Afrika als Wirkungsfelder reservierte³³.

Als Historiker und Staatswissenschaftler nahm *John W. Burgess*³⁴ das gleiche Thema auf. Als Hegelianer faßte er den nationalen Staat und die «politische» Nation als die höchsten zivilisatorischen Stufen auf. Die «teutonischen» Nationen, schrieb er, sind die «politischen Nationen par excellence». Sie dominieren die Welt durch ihren «superior political genius»³⁵. Auf Grund dieser Ueberlegung schließt Burgess, daß die germanisch-angelsächsischen Nationen speziell mit der Fähigkeit ausgestattet sind, Nationalstaaten zu errichten, und deshalb «with the mission of conducting the political civilisation of the modern world» betraut sind³⁶. Sich direkt an seine Landsleute wendend führt Burgess weiter aus, daß der größte Teil der Erde im Zustand der Barbarei oder Halbbarbarei bleiben müßte, wenn die politischen, d. h. die teutonischen Nationen es nicht auf sich nehmen würden, die Barbaren staatlich zu organisieren. Denn es gibt kein Recht, sagt Burgess, für den Zustand der Barbarei. Andererseits hat die Zivilisation das Recht, von den Barbaren Zivilisation zu fordern. Sind diese unfähig, diese Forderung zu erfüllen, dann müssen zivilisierte Nationen, wenn nötig mit Gewalt und unter Besitznahme des Landes, die zivilisatorische Arbeit übernehmen³⁷. Die teutonische Nation «must have a colonial policy», erklärt der Staatsrechtslehrer³⁸. Das Gewissen der Amerikaner sucht er zu beruhigen, indem er von «transcendent right and duty to establish political and legal order everywhere» spricht³⁹. Die «manifest mission of the Teutonic nations» rechtfertigt und verlangt auch deren Intervention in die Geschäfte derjenigen Völker, die nicht mehr ganz barbarisch sind, «but which manifest incapacity to solve the problem of political civilisation with any degree of completeness». Denn solche Staaten gefährden die Zivilisation und müssen in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der ganzen Welt durch die politischen Nationen auf den Weg der wahren staatlichen Organisation gebracht werden, auch wenn sie dadurch ihre Souveränität verlieren sollten⁴⁰. Burgess warnt, daß Gleichgültigkeit auf seiten der teutonischen Nationen gegenüber der Zivilisation der Welt nicht nur irrig sei, sondern der Vernachlässigung ihrer vornehmsten Pflicht gleichkomme. Mit folgenden Worten faßt Burgess seine Thesen, die

stark an gewisse Lehren kürzlich vergangener Jahrzehnte erinnern, zusammen: «History and ethnology ... teach us that the Teutonic nations are the political nations of the modern era; that, in the economy of history, the duty has fallen to them of organizing the world politically; and that if true to their mission, they must follow the line of duty as one of their chief practical policies⁴¹.»

Die geistige Renaissance des amerikanischen Expansionismus hatte nicht nur einen moralisch-religiös-philosophischen Aspekt. In der Person des amerikanischen Kapitäns (seit 1906 Admirals) *Alfred Thayer Mahan* fand die Expansionsidee ihren Theoretiker des nationalen Interesses⁴². Mit seinem 1890 erschienenen Buch, «The Influence of Sea Power Upon History», und in weiteren Büchern und Zeitschriftenartikeln⁴³, in denen er während zweier Jahrzehnte seine Thesen entwickelte, wurde Mahan der Doktrinär und Lehrmeister der expansionistischen Politiker⁴⁴.

In seinen Schriften versucht Mahan die Bedeutung der Seemacht mit ihren imperialistischen Konsequenzen dem Bewußtsein seiner Landsleute näher zu bringen. Aus dem Studium der Geschichte schließt er auf die «profound influence of sea commerce upon the wealth and strength of countries»⁴⁵. Die enorme Bedeutung der Schifffahrt, führt Mahan aus, hat zu Rivalitäten zwischen den Mächten und zu Kriegen um die besten Bedingungen für den Seehandel geführt⁴⁶. Denn das Meer ist in erster Linie ein großer Verbindungsweg⁴⁷, «the world's great medium of circulation»⁴⁸. Die Geschichte bezeugt, schreibt er, daß die Kontrolle der Meere das wichtigste der rein materiellen Elemente ist, welche die Macht und den Wohlstand einer Nation bedingen⁴⁹. Die Kontrolle der Seewege zum Schutz der Handelschifffahrt beruht nach Mahan auf zwei Mitteln: auf der Kriegsmarine einerseits und auf Kolonien und strategischen Stützpunkten andererseits. Normalerweise hat die Kriegsmarine ihren Grund nur im Schutz der Handelsflotte und der überseeischen Besitzungen, und verliert ihre Berechtigung ohne kommerzielle Schifffahrt⁵⁰. Sobald eine Nation ihre Schiffe über die Meere schickt, führt Mahan weiter aus, benötigt sie Stützpunkte, auf die sich die Schiffe, sowohl die Handels- wie die Kriegsschiffe, für ungestörten Umlad, Zuflucht und Nachschub verlassen können⁵¹. An den Enden ihrer Schifffahrtsrouten und unterwegs muß die seefahrende Nation sowohl wirtschaftlich wie strategisch wertvolle Besitzungen haben, um in den vollen Genuß der Schifffahrt kommen zu können⁵². Die erworbenen Interessen in überseeischen Gebieten können wiederum nur mittels einer wirksamen Kriegsflotte wahrgenommen werden.

Produktion mit dem Bedürfnis zum Handeltreiben, Schifffahrt als

Träger des Handels und Kolonien als Handelsgebiete und als Stützpunkte für die Schifffahrt bezeichnet Mahan als die drei Elemente, welche die Seemacht bedingen und damit zur Macht und Wohlfahrt der Nation beitragen⁵³. Die Vereinigten Staaten, so bedauert er, haben sich seit dem Sezessionskrieg auf das erste dieser drei Elemente, auf die Produktion, beschränkt, und ihre Wirtschaft ist ausschließlich auf den eigenen Markt konzentriert gewesen⁵⁴. Doch glaubt er, daß es der Charakter der amerikanischen Nation zu prophezeien erlaube, daß, «when the opportunities for gain abroad are understood, the cause of American enterprise will cleave a channel by which to reach them»⁵⁵. Anzeichen für ein vermehrtes Interesse am Welthandel und an außenpolitischen Dingen findet er bereits in seiner Generation⁵⁶. Verschiedene Gründe⁵⁷ machen es imperativ, daß die amerikanische Nation ihre Einstellung zum Weltgeschehen ändert. «Whether they will or not, Americans must now begin to look outward»⁵⁸. Die logische Folgerung der neuen Politik ist, nach der Meinung Mahans, die Erkenntnis, daß die Vereinigten Staaten die Schifffahrt brauchen, um die Produktionsgebiete mit den überseeischen Märkten zu verbinden⁵⁹. Die Konsequenzen, die Mahan aus dieser These zieht, gehen aus dem bereits Gesagten hervor: Handelsschifffahrt benötigt eine Kriegsmarine, und Schifffahrt im Allgemeinen ruft nach kolonialen Stützpunkten neben den kolonialen Märkten, welche die Vorbedingung für einen anständigen Außenhandel sind.

Mahan traut dem amerikanischen Volk nicht zu, daß es der Handelsflotte, deren Kommen nach seiner Meinung unvermeidlich ist, eine Kriegsmarine folgen lasse, da es zu friedliebend ist und sich dank seiner Insellage, «America's unique position», in zu großer Sicherheit wähnt. Die Vereinigten Staaten, argumentiert Mahan weiter, haben jedoch «a strongly represented interest», um eine Kriegsflotte für rein militärische Zwecke aufzubauen. «Let us hope it will not come to the birth too late»⁶⁰. Als Marineoffizier und Historiker der Seekriege rechnet Mahan natürlich mit der Möglichkeit von Kriegen, um so mehr als er zu seiner Zeit eine verstärkte Rivalität der Mächte um koloniale Positionen feststellen zu müssen glaubt. Er beschwört seine Landsleute, für den Kriegsfall gewappnet zu sein. Es ist wesentlich für die Wohlfahrt der ganzen Nation, schreibt er, daß das Leben im Lande möglichst ungestört vom Krieg weitergehen kann. Will man dies erreichen, muß der Feind nicht nur von den Häfen, sondern weit weg von den Küsten ferngehalten werden. Daher postuliert er für die Union eine Kriegsmarine, «which, if not capable of reaching distant countries, shall at least be able to keep clear the chief approaches to its own»⁶¹. Die Forderung nach einer Kriegsflotte zieht nach Mahans

Thesen die Forderung nach Stützpunkten nach sich. Da die Vereinigten Staaten weder wirtschaftliche noch strategische Positionen besitzen, so folgert Mahan, werden ihre Schiffe im Kriegsfall «like land-birds» unfähig sein, die Küsten zu verlassen. Als «the first duties of a government proposing to itself the development of the power of the nation at sea» fordert er konsequenterweise die Erwerbung von «resting places» für die Schiffe⁶².

Andrerseits sind die Vereinigten Staaten nach Mahan, weil sie keine Kriegsmarine besitzen, nicht darauf vorbereitet, ihre äußern Interessen wahrzunehmen, Interessen, welche die Union bereits erworben hat, oder die sich aus der veränderten Haltung der Nation zum Welt-handel ergeben werden. In erster Linie und entsprechend den Diskussionsthemen zu Beginn der neunziger Jahre denkt Mahan an das Karibische Meer mit dem zentralamerikanischen Isthmus, im Sinne der Monroe-Doktrin an Lateinamerika im Allgemeinen und als Stützpunkt auf der pazifischen Route an Hawaii als die prädestinierten Interessensphären der Union⁶³. Obgleich die amerikanischen Interessen an diesen Gebieten moralisch gerechtfertigt und «more urgent and more direct» als diejenigen anderer Staaten sind⁶⁴, überlegt Mahan, kann die Union kein anderes Recht geltend machen als «that of her reasonable policy supported by her might»⁶⁵. Aus seinen Darstellungen der Seekriege zieht Mahan immer wieder den selben Schluß: «Whatever may be the determining factors in strifes between neighboring continental states, when a question arises of control over distant regions . . . , it must ultimately be decided by naval power . . . »⁶⁶.

Die Frage der Annexion Hawaiis, die zu der großen Diskussion zu Anfang des Jahres 1893 Anlaß gegeben hat, sieht Mahan als «no mere question of a particular act . . . , but of a principle, policy, fruitful of many future acts, to enter upon which, in the fulness of our national progress, the time now has arrived»⁶⁷. Die Annexion Hawaiis, fährt Mahan leidenschaftlich weiter, würde sein «a first-fruit and a token that the nation in its evolution has aroused itself to the necessity of carrying its life . . . beyond the borders which heretofore have sufficed for its activities»⁶⁸. Mahan ist überzeugt, daß der Verzicht auf Expansion, «our natural, necessary, irrepressible expansion»⁶⁹, angesichts der gegebenen Verhältnisse in der Welt einem Rückschritt gleichkommen würde⁷⁰. Wie Religionen, schreibt er, welche das expansive Missionswerk verwerfen, dem Untergang geweiht sind, so gehen auch Nationen, die auf Expansion verzichten, unter⁷¹.

«In our infancy we bordered upon the Atlantic only; our youth carried our boundary to the Gulf of Mexico; to-day maturity sees us upon the Pacific. Have we no right or no call», beschwört Mahan seine Geg-

ner, «to progress any farther in any direction? Are there for us beyond the sea horizon none of those essential interests, of those evident dangers, which impose a policy and confer rights⁷²?»

Wohl weiß Mahan moralische und humanitäre Gründe aufzuweisen, welche die Seeherrschaft und die Expansion, die sich beide gegenseitig bedingen, rechtfertigen und diesen imperatives Gewicht verleihen. Nationales Selbst-Interesse jedoch ist das adäquate Motiv, auf das in der Auffassung Mahans alle Politik zurückgeführt werden kann. «Let us not shrink from pitting a broad self-interest against the narrow self-interest to which some would restrict us. The demands of our three great seabords . . . are calling for the extension . . . of that broad sea common along which, and along which alone, in all the ages prosperity has moved⁷³.»

Die Thesen dieser expansionistischen Theoretiker waren, wie Pratt ausführt, zu Anfang der neunziger Jahre allgemein bekannt⁷⁴. In populären Zeitschriften, Universitäts-Vorlesungen, öffentlichen Reden und in Buchform wurden sie weit verbreitet und fanden ein starkes Echo. Im Vergleich mit dem Einfluß der übrigen Denker auf die öffentliche Meinung dürfte derjenige Mahans am größten gewesen sein⁷⁵. Anders als seine Kollegen nahm er Stellung zu den aktuellen Problemen seiner Zeit, indem er konkrete Vorschläge zur amerikanischen Politik machte. Parlamentarier und Publizisten borgten sich bei ihm ihre Argumente, und er wurde in Kongreß-Debatten und in parlamentarischen Berichten zitiert.

Es wäre jedoch unrichtig anzunehmen, daß die amerikanische Nation die expansionistischen Thesen sogleich angenommen hätte. Das Lager der «Anti-Imperialisten» erwies sich bis 1898 stärker als die Befürworter einer «großen» Politik und verhinderte die Verwirklichung des Expansionismus während einiger Jahre⁷⁶. Schriftsteller wie Fiske, Strong, Burgess und Mahan bereiteten die öffentliche Meinung für die Ereignisse des Jahres 1898 lediglich vor; sie trugen, in den Worten Pratts, zum «intellectual climate» bei, das sich am Ende des Jahrhunderts durchzusetzen vermochte⁷⁷.

6. Der Weg zum Jahre 1898

Die geistige Erneuerung des «Manifest Destiny» beschränkte sich nicht auf Theorien. In den Jahren, da ein Fiske, Strong, Burgess und Mahan ihre neuen Lehren verbreiteten, begann eine neue Phase in der amerikanischen Außenpolitik. Die «Reconstruction» war zur Hauptsache beendet; die «Frontier» in ihrer ursprünglichen Form

bestand nicht mehr, d. h. der Raum der kontinentalen Vereinigten Staaten absorbierte die Energien der immer noch jungen Nation nicht mehr total, und gleichzeitig wurden die Ausmaße und Möglichkeiten der gewaltigen Industrialisierung erkannt. «It was clear to discerning observers that outlets would have to be found for the Vesuvian energy and expansive power of an America that needed „elbow room“⁷⁸.»

Wie wir festgestellt haben, wurde die Expansionsidee auch während der Jahre, da sich die offizielle Außenpolitik hauptsächlich mit rein amerikanischen Problemen befaßte, von einer Gruppe von Politikern, die von Seward zu Grant und Blaine bis zu Lodge und Roosevelt einen Flügel der Republikanischen Partei bildeten, ständig hochgehalten. Der Erwerb von Pago-Pago auf Samoa und von Pearl Harbor waren Resultate dieser expansionistischen Tendenzen und warfen Probleme auf, die nach weitem Unternehmungen riefen. Die diplomatischen Komplikationen in Samoa muten gleichsam wie Vorboten der weltpolitischen Tätigkeit der Union nach 1898 an, und die verpflichtenden Interessen in Hawaii geben einen Vorgeschmack späterer amerikanischer Politik.

Während die öffentliche Meinung in der Union, besonders ausgeprägt während den demokratischen Administrationen, wenig Appetit für die Annexion fremder Gebiete zeigte, war sich die Nation doch immer darin einig, an den Prinzipien der Monroe-Doktrin festzuhalten. Gerade das traditionelle Prinzip, daß die Union nicht in die Wirren der europäischen Politik verwickelt werden dürfe, schreckte das amerikanische Volk von der Expansionspolitik ab. Immer deutlicher begann sich der Konflikt zwischen Expansion und Isolation abzuzeichnen: Solange die Expansion auf den amerikanischen Kontinent beschränkt gewesen war, konnten Isolation und Expansion nebeneinander bestehen, ja sich gegenseitig unterstützen und ergänzen. Im Moment aber, da die Union sich anschickte, in fremde Räume hinüberzugreifen, traf sie auf europäische Mächte und war in Gefahr, in ihre Konflikte hineingezogen zu werden. Mit ihrer Ausdehnung in den Pazifik hoben die Vereinigten Staaten selbst die natürliche Trennung von Europa durch die Ozeane auf. Die Folgen dieses Schrittes, der Eintritt Amerikas in die Weltpolitik, offenbarten sich nach 1898.

Das andere Prinzip der Monroe-Doktrin, das Verbot europäischer Einmischung in die westliche Hemisphäre, in die bereits Hawaii einbezogen war, wurde von beiden Parteien um so stärker verfochten. Es handelte sich nicht mehr allein um Isolation zur Sicherung von Freiheit und Unabhängigkeit, sondern um die Sicherung strategischer und wirtschaftlicher Interessen. Vom negativen Aspekt des Isolationsprinzips ging die amerikanische Außenpolitik über zu einer aktiveren

Interpretation, welche auf eine Hegemonie der Vereinigten Staaten in der westlichen Hemisphäre abzielte⁷⁹. Dies wiederum ist auf das Bedürfnis der Großstaaten zurückzuführen, die Interessen, die für sie existenzbedingend sind oder zu sein scheinen, durchzusetzen und zu wahren.

Der deutlichste Exponent dieser Hegemoniepolitik und Führer des expansionistischen Flügels der Republikanischen Partei in den achtziger Jahren war James G. Blaine, der mit seinem «Aktionsprogramm» dem aufstrebenden Nationalismus und Expansionismus in der Union Ausdruck gab⁸⁰. Er erstrebte den Zusammenschluß der westlichen Hemisphäre unter Führung der Vereinigten Staaten — Pan-Amerikanismus, hauptsächlich auf handelspolitischem Weg und durch Schiedsgerichtsabkommen. Er war einer von denen, die die Bedeutung eines ausschließlich amerikanischen Isthmus-Kanals betonten, und arbeitete auf die Aufhebung des «Clayton-Bulwer Treaty» hin. Er verlangte zur strategischen Sicherung des projektierten Kanals die Annexion von Cuba und anderer karibischen Inseln und suchte auch, Hawaii unter die Herrschaft der Union zu bringen. Obschon er sein Programm nicht verwirklichen konnte, bewirkte seine Tätigkeit als Secretary of State (1881 und 1889–92), daß er «may have contributed substantially to the imperialistic urge at the end of the century»⁸¹.

Zu Beginn der Administration der Demokratischen Partei unter Präsident Cleveland von 1893 bis 1897 hatte die expansionistische Welle von einem großen Teil der amerikanischen Nation Besitz ergriffen. Der Persönlichkeit des Präsidenten ist es zuzuschreiben, daß die Annexion Hawaiis⁸² und die Vertreibung Spaniens aus Cuba und seinen letzten amerikanischen Besitzungen verzögert wurde. Cleveland wurde unterstützt von einer starken Gegnerschaft der Expansionspolitik und jedes Imperialismus. Im Kongreß und in der Presse wurden gewichtige Argumente gegen die Anhänger Mahans, deren Führer der Senator Henry Cabot Lodge, der Freund Roosevelts, wurde, geschleudert.

Auf konstitutioneller Basis gingen die «Anti-Imperialisten», wie sie sich nannten, davon aus, daß die Verfassung die Institution von Untertanengebieten nicht kenne. Daher müßten alle neu erworbenen Gebiete gleichberechtigt in den föderativen Verband der Union aufgenommen werden. Für Politiker wie Carl Schurz war es jedoch unmöglich, daß sich fremde Rassen und Völker — es handelte sich damals besonders um die Eingeborenen Hawaiis — in das demokratisch-republikanische System Amerikas einordnen könnten. Sollte sich das amerikanische Volk in die tropische Expansion einlassen, schrieb Schurz, würde dies «to a total abandonment of their (the American

people's) conservative traditions of policy, to a rapid deterioration in the character of the people and their political institutions, and to a future of turbulence, demoralization, and final decay» führen⁸³. In der Kampagne gegen den «Imperialismus» wurde auch auf die militärischen Folgen hingewiesen, die aus dem Verlassen der natürlichen, leicht zu verteidigenden Inselposition resultieren würde⁸⁴.

In seiner 1889 erschienenen Biographie von George Washington schrieb Henry Cabot Lodge: «Our relations with foreign nations today fill but a slight place in American politics, and excite generally only a languid interest. We have separated ourselves so completely from the affairs of other people that it is difficult to realize how large a place they occupied when the government was founded»⁸⁵. Trotz dieser Klage des spätern Führers der «large policy» gerieten die Vereinigten Staaten in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts mehr und mehr in die Räder der internationalen Diplomatie.

1880 beteiligte sich die Union am Madrider Vertrag über Marokko⁸⁶; zwei Jahre später ratifizierte der Kongreß die Genfer Konvention⁸⁷, und im Jahre 1884 nahm eine amerikanische Delegation an der Berliner Konferenz über den Congo teil⁸⁸. Kontroversen mit Großbritannien über die Fischereirechte bei Neu-Fundland und über den Robbenfang in der Bering-See, welche in gewissen amerikanischen Kreisen Kriegsgelüste gegen Canada wachriefen, dann aber durch Schiedsgerichte geregelt wurden, taten das ihrige, um die amerikanische Nation an die große Welt außerhalb des amerikanischen Kontinentes zu erinnern. In die gleiche Periode fielen der erste Pan-Amerikanische Kongreß, eine erhöhte diplomatische Tätigkeit in Lateinamerika, wie auch die Samoa-Kontroverse mit Deutschland und das gesteigerte Interesse an Hawaii. Der gesteigerte diplomatische Hochdruck — besonders zur Zeit von Harrisons Administration — machte die amerikanische Nation auf die auswärtigen Beziehungen aufmerksam und dürfte zum schließlichen Sieg der «Expansionists of 1898» wesentlich beigetragen haben.

Der Venezuela-Konflikt der neunziger Jahre mit der scharfen Sprache von Cleveland's Staatssekretär Olney und der selbstbewußten Haltung des Präsidenten selbst war ein weiterer und wesentlicher Schritt zu den Ereignissen des Jahres 1898. Mit Begeisterung begrüßte die amerikanische Nation die starke Haltung ihrer Regierung gegenüber Großbritannien und war bereit, die Monroe-Doktrin bis zum Äußersten zu verteidigen. Denn damit hatte sie die Gelegenheit, Großbritannien und der Welt — und auch sich selbst — zu zeigen, daß die Vereinigten Staaten ein Faktor im Weltgeschehen waren, mit dem gerechnet werden mußte. Der gleiche Kongreß, der die Vertei-

digung der Monroe-Doktrin durch den im Grunde pazifistischen und anti-imperialistischen Präsidenten begeistert unterstützte, erinnerte die europäischen Großmächte an ihre Verpflichtungen gegenüber den Vorfällen auf dem Balkan und in Armenien, und er zeigte sich bereit, die armenischen Christen im Osmanischen Reiche zu beschützen⁸⁹.

«By the end of 1896» schreibt Pratt, «the United States was unquestionably, in the words Mahan had used in 1890, looking outward»⁹⁰.

Zur Unterstützung der aktiven Außenpolitik wurde in diesen Jahren nach 1880, entsprechend den Befürchtungen der Anti-Expansionisten, der Ausbau der Kriegsflotte gefordert und auch begonnen. Die amerikanische Nation war auf dem Wege, eine Weltmacht zu werden. Es brauchte nur noch einen Funken, um die Union für die «große Politik» zu entflammen. Der Funke blieb nicht aus: Am 15. Februar 1898 explodierte und sank das amerikanische Kriegsschiff «Maine» im Hafen von Havana.

7. Der Spanisch-amerikanische Krieg

Seit den Tagen des «Manifest Destiny» war die Insel Cuba ein Anziehungspunkt für die Expansionisten gewesen. Außer Canada war es der letzte wichtige Rest europäischer Herrschaft in der westlichen Hemisphäre und gehörte zudem einer Macht, die alle Zeichen des imperialen Zerfalls erkennen ließ. Seine den zentralamerikanischen Isthmus beherrschende Lage gab der Insel größte strategische Bedeutung. Ihre Bevölkerung hatte während Jahrzehnten gegen die spanische Besetzung opponiert, was gelegentlich in heftigen und blutigen Aufständen zum Ausdruck kam. Die Sympathie der amerikanischen Nation gegenüber den Unterdrückten und ihre Begeisterung für Freiheitsbewegungen vereinigten sich mit strategischen Ueberlegungen und dem allgemeinen Expansionsdrang zum Ruf nach der Befreiung Cubas.

Die kubanische Insurrektion 1868—78 fiel in eine Periode, in der die Union mit sich selbst beschäftigt war und wenig Interesse für Vorgänge außerhalb ihrer Grenzen aufbrachte. Demgegenüber ereignete sich der Aufstand von 1895—98 in einer Zeit, «when the American people had become fed up with stay-at-home activities . . .»⁹¹.

Noch während der zweiten Amtsdauer von Präsident Cleveland faßte der Kongreß eine Resolution, welche die Unabhängigkeit von Cuba forderte. Der Republikanische Parteikonvent von 1896, an dem sich der expansionistische Flügel der Partei zum ersten Mal durchzu-

setzen vermochte⁹², forderte neben der Kontrolle Hawaiis durch die Union und eines ausschließlich amerikanischen Nicaragua-Kanals die Unabhängigkeit Cubas⁹³. In seinem letzten Jahresbericht tonte Präsident Cleveland vorsichtig an, daß eine Situation entstehen könnte, «in which our obligations to the sovereignty of Spain (in Cuba) will be superseded by higher obligations, which we can hardly hesitate to recognize and discharge»⁹⁴. Von Annexion konnte nicht mehr gesprochen werden, nicht nur weil die Widerstände im Lande gegen die Annexionspolitik zu stark waren, sondern auch weil die humanitäre Empörung gegen das spanische Regime in Cuba sich nicht gut mit einer nachfolgenden amerikanischen Herrschaft vereinbaren ließ. Der neue Präsident, McKinley, verwarf den Gedanken an Annexion, den er als «immorally aggressive» bezeichnete⁹⁵.

Aber im Zeichen des Nationalismus und unter dem Motto einer der Nation würdigen Außenpolitik wurde das amerikanische Volk für den Krieg gegen Spanien zur Befreiung von Cuba begeistert. In bezug auf das Jahr 1898 schreibt Bemis: «... the country was ready, economically and psychologically, for a glamorous foreign policy»⁹⁶.

Nach dem Untergang der «Maine» im Hafen von Havana, wohin sie geschickt worden war, um amerikanisches Leben und Besitz zu beschützen, ließ sich der Krieg gegen Spanien nicht mehr vermeiden, trotzdem die spanische Regierung in letzter Minute zu einem Waffenstillstand und zu Konzessionen bereit war, und trotzdem «big business», mit dessen Unterstützung McKinley zum Präsidenten gewählt worden war, gegen den Krieg Stellung genommen hatte. Nach den Worten eines Senators hätte der Präsident möglicherweise den Konflikt auf diplomatischem Wege beilegen können, «but the current was too strong, the demagogues too numerous, the fall elections too near»⁹⁷.

Des Präsidenten Kriegsbotschaft an den Kongreß betonte die humanitären Gründe, welche die Union veranlaßten, Cuba zu befreien. Als weitere Gründe gab die Botschaft an die Pflicht, amerikanischen Besitz und Handel in Cuba zu beschützen, und die Notwendigkeit, die ständigen Unruhen auf der Insel, welche den Frieden der Union bedrohten, zu beendigen⁹⁸. Der Kongreß beantwortete die Botschaft McKinleys mit einer «joint resolution», welche Cuba unabhängig erklärte, den Rückzug der spanischen Truppen verlangte, den Präsidenten verpflichtete, bewaffnete Gewalt zur Verwirklichung der ersten zwei Punkte zu gebrauchen, und im «Teller Amendment» den ausdrücklichen Verzicht der Union auf die Annexion von Cuba stipulierte.

Wenn auch das amerikanische Volk, Demokraten und Republikaner, in seiner großen Mehrheit aus humanitären Gründen und aus

Sympathie für die Unabhängigkeitsbewegung Cuba befreien wollte und somit kaum an Expansionismus und Imperialismus dachte⁹⁹, so gab es doch eine Gruppe von Politikern — zu ihr gehörte der Assistant Secretary of the Navy, Theodore Roosevelt —, welche über den Fall Cuba hinaussah und «Schicksal zu spielen» gewillt war. Die Vereinigten Staaten waren nicht nur mit den Spaniern in Cuba im Krieg, sondern mit dem gesamten spanischen Reich. Dies bedeutete — der Kreis um Lodge und Roosevelt erkannte es deutlich —, daß der Feind an allen Orten zu schlagen war, wo man ihn fand. Die amerikanische Pazifik-Flotte unter Admiral Dewey «fand» den Feind in den Philippinen entsprechend den Instruktionen des während eines Nachmittages selbständigen stellvertretenden Flottensekretärs Roosevelt¹⁰⁰.

Als der Krieg nach wenigen Monaten zu Ende war, hielten amerikanische Truppen außer Cuba die karibische Insel Puerto Rico, den philippinischen Hafen Manila und die pazifische Insel Guam, alles Reste des spanischen Imperiums, besetzt. In bezug auf Cuba hatte sich der Kongreß bereits festgelegt: Die Insel sollte nach der Herstellung von Ruhe und Ordnung unabhängig werden. Weder Guam noch Puerto Rico bildeten ein Problem: Ihr Schicksal blieb kaum beachtet im Hintergrund während der heftigen Auseinandersetzung über die Zukunft der Philippinen, und beide wurden annektiert.

Sollten die Philippinen oder Teile davon von den Vereinigten Staaten erworben werden? Dies war die Frage, die entscheiden sollte, ob die Union den Weg des Kolonialismus gehen und sich an der Weltpolitik beteiligen würde. «This was the most important question in foreign policy which the nation had been called upon to decide since its independence»¹⁰¹.

Ein Faktor, der wesentlich die Lösung dieser Frage vorbereitet hatte, war der Sieg Admiral Deweys in der Bucht von Manila. Er warf nicht nur die Frage nach dem Schicksal der Philippinen auf, sondern belebte auch in entscheidender Weise die Diskussion um die Annexion von Hawaii, die im vorhergehenden Jahr wieder aktuell geworden war¹⁰².

Mit dem Argument der Seestrategie wurde Hawaii während den Operationen der amerikanischen Flotte vor Manila und kurz nach ihrem Sieg über die Spanier durch eine gemeinsame Resolution der beiden Häuser des Kongresses annektiert¹⁰³. Dies war eine Maßnahme, welche «led logically to the possession of Puerto Rico and the Philippines, Guam and Samoa»¹⁰⁴.

Die Befürworter der Weiterführung der Expansionspolitik, die hauptsächlich im Kampf um den Erwerb der Philippinen zum Ausdruck kamen, stützten sich auf die Argumente eines Fiske, Strong,

Burgess und Mahan. Mit handelspolitischen, strategischen, moralisch-religiösen und konstitutionellen Gründen wurde für die «large policy» operiert. Die Geschäfts- und Handelswelt, die dem Krieg ursprünglich eher abgeneigt gewesen war, erkannte nun die günstigen Auswirkungen, welche die koloniale Expansion für ihre Interessen haben konnte¹⁰⁵. Im Sinne Mahans wurde vom strategischen Standpunkt aus argumentiert. Das vielleicht wirksamste Motiv für den Erwerb der Philippinen war die Drohung, daß anstelle der Union andere Mächte, von denen besonders Deutschland gefürchtet war, den Archipel in Besitz nehmen könnten. Neben den kommerziellen und militärischen Gruppen gehörten kirchliche Kreise, vornehmlich protestantische Missionare, zu den aktivsten Propagatoren der Expansion. Wie Josiah Strong betonten sie die christliche Pflicht, die unentwickelten, heidnischen Völker zu christianisieren und zu zivilisieren. Die rechtgläubige und der höchsten Stufe der Zivilisation angehörige Nation dürfe, so erklärten sie, diese günstige Gelegenheit nicht verpassen. Es lag den amerikanischen Expansionisten ferne, sich den europäischen Kolonialisten gleichzusetzen und wie diese die Kolonialvölker auszunützen. Im Gegenteil sahen sie für die amerikanische Nation die Möglichkeit, sich in der Welt humanitär zu betätigen und die primitiven, bis jetzt unterdrückten Völker auf dem Boden von Gesetz, Ordnung und «righteousness» zu erziehen¹⁰⁶.

Die Opposition, die leidenschaftlich die ganze Expansionspolitik oder Teile von ihr bekämpfte, bewegte sich auf ähnlichem Pfade, wie wir sie in der Diskussion über die Annexion Hawaiis vom Jahre 1893 kennengelernt haben¹⁰⁷. Ihr stärkstes Gegenargument war auf konstitutionelle-ethnologische Ueberlegungen begründet. Da die Verfassung keine Kolonialpolitik vorsehe, argumentierten die «Anti-Imperialisten», wie sie es schon früher getan hatten, müßten die Philippinen und die übrigen tropischen Gebiete als Staaten in die Union aufgenommen werden, was aber infolge der Andersartigkeit ihrer Bevölkerung unmöglich sei. Wollte man in Uebersee andere politische Prinzipien anwenden als zu Hause, würden sich diese auf die kontinentale Union auswirken und zu einem Verfall der traditionellen amerikanischen Institutionen führen.

Das moralische Motiv, mit dem ihre Gegner operierten, benutzten die Feinde der Expansion als Beweis gegen die Annexion. Sie machten geltend, nicht nur daß Imperialismus gegen die traditionelle Ueberzeugung der Nation, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 zum Ausdruck komme, gerichtet sei, sondern auch daß durch die Annexion der Philippinen die Union das Recht, die Monroe-Doktrin in der westlichen Hemisphäre aufrechtzuerhalten, verwirken würde¹⁰⁸.

Trotz der starken Opposition¹⁰⁹ gelang es den «Expansionists of 1898», die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Spanien durchzudrücken und damit für die Vereinigten Staaten ein Insel-Reich im Karibischen Meer und im Pazifik zu erwerben.

Der Krieg gegen Spanien, dessen ursprünglicher Zweck die Befreiung Cubas und die Herstellung von Ruhe und Ordnung auf der karibischen Insel gewesen war, wurde von einer relativ kleinen, aber umso aktiveren Gruppe von Mahans, Lodges, Beveridges und Roosevelts dazu benutzt, den Lockungen des Schicksals, dem Ruf der Pflicht, den Ansprüchen der wirtschaftlichen, religiösen und strategischen Interessen zu willfahren. Diese Minderheit, welche den Weg des Expansionismus klar vor sich gesehen hatte, hatte es verstanden, den Präsidenten, den Kongreß und die Nation unter ihren Einfluß zu bringen. Für die Masse des Volkes bedeuteten die Resultate des Friedensvertrages mit Spanien nichts anderes als «Manifest Destiny». Nur wenige kämpften bewußt gegen das «Schicksal», so wie nur wenige bewußt dem «Schicksal» einen bestimmten Weg wiesen. Das gleiche «destiny», das ein halbes Jahrhundert früher die Expansion über den Kontinent erklärt hatte, mußte auch herhalten, die Expansion in überseeische Gebiete zu begründen¹¹⁰. Fatalistisch gehorchte man den gegebenen Umständen — eine Haltung, die noch bei manchen modernen Historikern zum Ausdruck kommt.

3. Die neue Stellung der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik nach 1898

Der Spanisch-amerikanische Krieg hinterließ den Vereinigten Staaten Puerto Rico im Karibischen Meer, die Philippinen, Guam, Wake und indirekt Hawaii im Pazifischen Ozean und eine mindestens vorläufige Machtstellung in Cuba. Ferner wurde 1899 das Protektorat über Samoa aufgehoben und die Inselgruppe endgültig unter die Union und Deutschland aufgeteilt.

Die Expansion ins Karibische Meer für sich allein hätte wohl keine weitere Bedeutung gehabt. Denn sie blieb im Rahmen der traditionellen Ausbreitung der Union, im Rahmen, wenn nicht des Kontinentes, so doch der unmittelbaren Nachbarschaft innerhalb der westlichen Hemisphäre. In bezug auf die Neue Welt bedeutete der Krieg die endgültige Vertreibung Spaniens aus dem amerikanischen Raum und für die Vereinigten Staaten eine folgeschwere Verstärkung ihrer Machtposition in Lateinamerika. Aber auch dies blieb noch im Rahmen der überlieferten Politik, wie sie durch den Kauf von Louisiana

eingeleitet worden war. Daß gerade Cuba, das seit Jahrzehnten ein Augapfel der amerikanischen Expansionisten gewesen war, nicht anektiert wurde, ist eine Paradoxie der Geschichte — auch angesichts der Bestimmungen des Platt-Amendments — und hat die Welt immer wieder erstaunt.

Die entscheidende Folge des Krieges gegen Spanien war, daß die Union in den pazifischen Raum übergriff und sich als eine fernöstliche Macht installierte. Es wurde nicht nur die amerikanische Sphäre endgültig über den Pazifik erweitert, sondern die Union errichtete ihre Herrschaft über ein ihr in allen Aspekten fremdes Volk und zwar, wie sich bald zeigte, gegen dessen Willen, ganz nach dem Vorbild der alten europäischen Kolonialmächte.

Die Expansion innerhalb des amerikanischen Kontinents ging parallel mit der Politik der Isolation. Sie schaffte einen von Europa durch die Ozeane getrennten Lebensraum und war ein Mittel, die Existenz der Union gegenüber eventuellen europäischen Ambitionen zu sichern und zu schützen. Infolge seiner Ausdehnung in den Pazifik dagegen ging Amerika Europa entgegen und begegnete den Mächten im Fernen Osten¹¹¹. «Es war eine wahrhaft weltgeschichtliche Wendung, die die Vereinigten Staaten knapp vor der Jahrhundertwende vollzogen: eine Abkehr von den Grundsätzen der eigenen Vergangenheit, ein Einlenken in die Front der europäischen Weltmächte. Eine Rückkehr Amerikas, aber nicht als der reumütige verlorene Sohn, sondern als eine fordernde, eine rivalisierende Macht¹¹².»

Expansion und Isolation, die beiden Begriffe, welche die außenpolitische Geschichte der Vereinigten Staaten so lange gemeinsam bestimmt hatten, mußten miteinander in Konflikt geraten im Moment, als die Expansion die amerikanische, isolierte Sphäre verließ. Die Expansion führte zur internationalen Politik, zu weltpolitischer Tätigkeit. Damit begann sich ein neuer Dualismus in der Geschichte der Vereinigten Staaten anzukündigen: Isolationismus und Internationalismus.

Der Spanisch-amerikanische Krieg hatte zur Folge, daß sich die amerikanische Nation ihrer Einheit, ihrer Macht und ihrer Stärke bewußt wurde. Die Amerikaner hatten ihre internen Feindschaften des Sezessionskrieges vergessen: Nord und Süd hatten gegen einen äußern, europäischen Gegner mit einer Begeisterung gekämpft, deren nur ein Volk fähig ist, das sich selbst wieder findet¹¹³. Nach einem zehnwöchigen Kampf wurde eine zugegebenermaßen schwache und dekadente, aber immerhin europäische Macht besiegt und ein Imperium gewonnen. Man erkannte, daß man stark und kräftig war, und man erkannte, daß man seine Macht auch anwenden konnte. Colonel Theo-

dore Roosevelt mit seinen pittoresken «Rough Riders» verkörperte diese Nation, die gleich einem Jungen plötzlich merkte, was alles sie leisten konnte. Von einem schwachen, unbeholfen großen Staat wurde die Union innerhalb weniger Wochen eine Macht, auf welche die Welt aufmerksam wurde, welche neues Prestige und vermehrtes Gewicht im Kreise der Großstaaten gewonnen hatte. Es brauchte keine Ozeane mehr, hinter denen sie Schutz suchen mußte: sie fühlte sich fähig, mit eigenen Kräften für ihre Sicherheit und Interessen einzustehen, und schien es nicht mehr nötig zu haben, isoliert von den andern ihr Leben zu fristen.

Die Annektion der Philippinen machte die Vereinigten Staaten zu einer fernöstlichen Macht, die sich, wenn sie ihrer Stellung gerecht werden wollte, mit den dem fernöstlichen Raum eigenen Problemen und Aufgaben auseinandersetzen mußte. Es waren in erster Linie die Handelsinteressenten, welche die Bedeutung der neuen Position erkannten und eine entsprechende Politik einleiteten. Der Chinahandel, der bisher auf rein privater Basis getätigt worden war, verlangte nun in vermehrtem Maße die Aufmerksamkeit des Staates, der für seine handeltreibenden Bürger in den Philippinen eine Ausgangsbasis geschaffen hatte. Dazu kam, daß die Union infolge ihrer überseeischen Besitzungen verwundbar geworden war. Das Schicksal des Fernen Ostens mußte daher von Washington sowohl vom kommerziellen wie vom strategischen Standpunkt aus beobachtet und beeinflußt werden im Hinblick auf die neu erworbenen komplexen Interessen der amerikanischen Nation in diesem Raum.

Hays «Open Door» Initiative muß wohl in diesem Licht gesehen werden, ebenso Präsident Roosevelts Bemühungen um die Beilegung des Russisch-japanischen Krieges und seine spätern Exekutiv-Abkommen mit Japan. Das Fußfassen Amerikas im Fernen Osten löste eine Reihe weiterer Schritte aus, die alle dahin tendierten, die Union in die Arena der «großen Politik» hineinzuziehen. Dadurch daß sie sich an den Problemen Ostasiens interessierte, mußte sie sich konsequenterweise auch mit europäischen Angelegenheiten beschäftigen, die ihren Grund in der fernöstlichen Politik hatten (Marokko!).

Das «Müssen» hing natürlich davon ab, ob die Vereinigten Staaten willens waren, die Rolle zu übernehmen, die sie auf Grund ihrer Stellung übernehmen konnten und für die sie nach historischer Tradition berufen waren. Unter Führung von Präsident Roosevelt entschloß sich die amerikanische Nation, die Konsequenzen aus den Ergebnissen des Jahres 1898 zu ziehen.

Die verstärkte Bedeutung der amerikanischen Westküste und des pazifischen Raumes im allgemeinen als Folgen des Krieges gegen Spa-

nien beschleunigte die Lösung der politischen Verhältnisse im Karibischen Meer und im zentralamerikanischen Isthmus. Der alte Traum einer Schiffsverbindung zwischen den beiden Küsten der Union wurde nun ein Bedürfnis, das seiner raschen Verwirklichung harrete. Die neue machtpolitische Stellung der Union im Verein mit der alten isolationistischen Politik rief nach einem ausschließlich amerikanischen Seeweg durch den Isthmus; in der Aufhebung des «Clayton-Bulwer Treaty» und der Ausnutzung der Panama-Revolution durch Roosevelt verwirklichte sich diese Forderung.

Infolge der pazifischen Expansion wurde der eine Aspekt des amerikanischen Isolationismus wenigstens teilweise aufgehoben, nämlich das Prinzip, welches die Abkehr der Union von der europäischen Politik stipulierte. Im Hinblick auf die westliche Hemisphäre wurde aber am zweiten Prinzip, der Isolierung des amerikanischen Raumes von Europa, weiterhin festgehalten. Wir hatten bereits Gelegenheit zu erwähnen¹¹⁴, daß es sich weniger um den Schutz der Union schlecht hin als um die Verteidigung des projektierten Seeweges, der als ein Lebensfaden der Union angesehen wurde, und um die amerikanische Hegemonie in der Neuen Welt handelte. Potentielle Feinde und Störungen von Ruhe und Ordnung mußten aus dem karibisch-zentralamerikanischen Raum ferngehalten und die günstigsten Verteidigungsbedingungen für die amerikanische Flotte geschaffen werden. Wie im Falle der neu erworbenen Position im Pazifik hing der zukünftige Verlauf der amerikanischen Geschichte in der westlichen Hemisphäre davon ab, ob und in welchem Maße die Nation willens war, die gegebenen Bedingungen für ihre Politik zu gebrauchen und sie machtpolitisch auszunutzen.

Die Bestimmungen des «Platt Amendment», welche das unabhängige Cuba an die Union fesselten, bildeten den ersten aktiven Schritt zur Errichtung der amerikanischen Hegemonie im Karibischen Meer und in Zentralamerika. Und wiederum war es Theodore Roosevelt, der mit seiner «Corollary of the Monroe Doctrine» die amerikanische Nation auf dem Weg der Hegemonie weiterführte.

Der Spanisch-amerikanische Krieg gab den Vereinigten Staaten die Möglichkeit, eine Weltmacht zu werden. Im Bewußtsein ihrer Vergangenheit und dank ihrer geographischen Lage haben sie die ihnen zugefallene Rolle auf ihre eigene Art übernommen. Daß sie die Rolle der Weltmacht akzeptierten, ist zu einem nicht unwesentlichen Teil Präsident Theodore Roosevelt zuzuschreiben. Trotz scheinbar gegenteiliger Beweise blieb aber die amerikanische Nation auch nach 1898 ihrem Grundsatz treu, der so alt ist wie sie selbst, nämlich, in Freiheit und Unabhängigkeit zu leben und unbehelligt von außen

ihre Ruhe zu wahren. Was die amerikanische Politik nach 1898 von der früheren unterscheidet, ist nur dies, daß sie infolge ihrer neuen Machtstellung und infolge der veränderten weltpolitischen Konstellation das gleiche Ziel mit andern Mitteln verfolgt hat.

BIOGRAPHISCHE SKIZZE VON THEODORE ROOSEVELT

1. Die Entwicklung der Persönlichkeit

Präsident Theodore Roosevelt, geboren am 27. Oktober 1858, war ein dankbares Objekt für Photographen und Karikaturisten. Der kräftige, robuste Körperbau des von Leben und Aktivität sprühenden Mannes — «cowboy», Kommandant der «Rough Riders» und Jäger —, sein mächtiges Gebiß in stählernen Kiefern, seine funkelnden Brillengläser vor lebhaften, kleinen Augen mit scharfem, willensstarkem Blick wurden immer wieder dargestellt und in verschiedenen Variationen abgewandelt. Die Bilder des erwachsenen Mannes lassen nicht vermuten, daß das Kind «Teedy», wie der Präsident der Vereinigten Staaten als Knabe genannt wurde, bis in das Jünglingsalter hinein von Asthma geplagt war und alle Anzeichen eines schwächlichen und leicht melancholisch veranlagten Geschöpfes zeigte¹. «In those days of childhood illness», schreibt Pringle richtig, «lies the clew to the evangelical vitality of later years. Theodore Roosevelt, by unending persistence, developed his body to outward, if physiologically imperfect, strength. Any one who did less was a weakling. Any one who did less was no true patriot. So came the Gospel of Strenuousness, and the extraordinary rambles through streams and gorges . . .»². In seiner Selbstbiographie³ erzählt Roosevelt ein Erlebnis, welches, zusammen mit den Ermahnungen seines Vaters⁴, «taught me what probably no amount of good advice could have taught me»⁵. Als er ungefähr vierzehn Jahre alt war, erinnert sich der ältere Roosevelt, begegnete er allein auf einer Fahrt einigen gleichaltrigen Knaben, die ihn zum Opfer ihrer Neckereien auserwählten. Er selbst merkte, daß er sich nicht wehren konnte und den Knaben völlig ausgeliefert war. Dieses Erlebnis schien ihn stark beeindruckt zu haben. Damals, so erzählt Roosevelt, entschloß er sich «that I must try to learn so that I would not be put in such a helpless position; and having become quickly and bitterly conscious that I did not have the natural prowess to

hold my own, I decided that I would try to supply its place by training.» Boxen, Leichtathletik, Reiten usw. machten in den folgenden Jahren den jungen Roosevelt zu einem kräftigen, selbstbewußten Mann, der Willensstärke und physische Kraft als wichtigste Attribute eines jeden wertvollen Menschen betrachtete. Aus eigenem Erlebnis erfuhr er, daß Schwache den Starken unterlegen sind, und an sich selbst bewies er sich, daß Willensstärke natürliche Hindernisse zu überwinden vermag. Seine Lebenseinstellung war in diesen zwei Eigenschaften, Kraft und Willensstärke, begründet, welche er auch im Staat und in der Nation verwirklicht sehen wollte.

Theodore Roosevelt stammte aus einer ursprünglich holländischen Familie, die seit der Mitte des 17. Jahrhunderts in Nieuw Amsterdam, dem spätern New York, angesiedelt war⁶. In seinen Adern floß holländisches, englisches, schottisches, irisches, welsches, deutsches und huguenottisches Blut⁷, eine Mischung, die ihm in seiner politischen Karriere gute Dienste leisten sollte⁸. Sein Vater war ein wohlhabender New Yorker Geschäftsmann, der es seinem Sohn ermöglichen konnte, frei von materiellen Sorgen aufzuwachsen, sich zu bilden und sich ins Leben einzufügen: er war Direktor des Museum of Natural History, Philanthrop, Reformier und offenbar in jeder Beziehung ein rechtschaffener Bürger und Mensch⁹. Theodores Mutter stammte aus dem Staate Georgia; zwei ihrer Brüder hatten in der konföderierten Marine während des Sezessionskrieges gekämpft und waren daraufhin nach England exiliert¹⁰.

Während Theodores Knabenzeit unternahm seine Familie zwei Europareisen. Im Sommer 1873 verbrachte «Teedy» einige Zeit mit seinen beiden jüngern Geschwister bei einer Dresdener Familie in Deutschland¹¹. Roosevelt war von dieser Familie begeistert und wurde damals für das deutsche Volk eingenommen, eine Hinneigung, die bis zum ersten Weltkrieg dauern sollte¹². In dieser Zeit charakterisierte ihn ein Vetter, der in einem Essay schrieb: «he always thought he could do things better than any one else»¹³. Roosevelts Mitarbeiter hatten später vielfach Gelegenheit, diesen so früh bemerkten Zug zu bestätigen.

Bis nach der zweiten Europareise, d. h. bis zu seinem fünfzehnten Lebensjahr, betätigte sich Roosevelt autodidaktisch als Naturerforscher. So begann er Tiere zu sammeln, fachmännisch zu konservieren und schließlich zu jagen. Naturverbundenheit, Jägerleben und Freude an Abenteuern in menschenleeren Gegenden blieben auch dem ältern Roosevelt, dessen Jagd- und Abenteuerbücher ihn beinahe so berühmt machten wie seine politische Tätigkeit.

Seine akademische Erziehung, nach dreijähriger Vorbereitung bei

einem Privatlehrer, erhielt Roosevelt an der Harvard-Universität, in die er im Jahre 1876 eintrat. In der würdevollen Harvard-Atmosphäre fiel Roosevelt wegen seiner Eigenartigkeit, seiner Begeisterungsfähigkeit, seiner an Neugierde grenzenden Wißbegierde, seiner Schwatzhaftigkeit, seiner Nervosität und seiner nie ermüdenden Aktivität auf¹⁴. Er war ein guter Student, brachte jedoch für die Mehrzahl der Fächer nur wenig Interesse auf; tatsächlich hatte er zu viele Interessen, um sich auf ein bestimmtes Gebiet konzentrieren zu können. Von den damaligen Methoden des naturwissenschaftlichen Studiums, das er ursprünglich verfolgen wollte, wurde er abgestoßen, wie er überhaupt auf allen Gebieten nackte Theorie nicht liebte¹⁵.

Während Roosevelts Studienzeit war Henry Cabot Lodge, später sein bester Freund und politischer Ratgeber, Dozent für Geschichte in Harvard¹⁶. Es ist jedoch nicht ersichtlich, ob die Freundschaft zwischen den beiden auf Harvard zurückging. Roosevelt selbst sagt in seiner Autobiographie nichts darüber aus, im Gegenteil bemerkt er, daß er keinen Kontakt mit den Professoren gehabt habe; auch die Roosevelt-Lodge-Korrespondenz beginnt erst später. Pringle weiß nur zu berichten, daß Roosevelt die Vorlesungen von Lodge gemieden hat, weil dieser zu viel von den Studenten erwartete.

Nachdem er seinen akademischen Grad in Harvard erhalten hatte, stand Roosevelt vor der Frage, was er mit seinem Leben beginnen sollte. Sein Vater, der im Jahre 1878 gestorben war, hatte ihn nicht ohne Vermögen gelassen. Doch, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, «I had enough to get bread. What I had to do, if I wanted butter and jam, was to provide the butter and jam...»¹⁷. Als erstes begann Roosevelt, an der Columbia-Universität die Rechte zu studieren, scheinbar nicht aus innerer Berufung, sondern eher, um überhaupt etwas zu tun und sich für den Aufbau einer Existenz vorzubereiten. Auch an dieser Universität, an der er u. a. bei John W. Burgess hörte, machte er sich durch seine Wißbegierde und Diskussionslust bemerkbar¹⁸. Doch verließ er Columbia bald, um sich der Politik zu widmen.

2. Beginn der politischen Laufbahn

Im Herbst 1880 trat Roosevelt dem Klub der Republikanischen Partei seines Distrikts bei. «At that day, in 1880», schrieb er dreiunddreißig Jahre später, «a young man of my bringing up and convictions could join only the Republican party, and join it I accordingly did»¹⁹. Pringles Interpretation der Motive, die ihn zum Eintritt in das poli-

tische Leben veranlaßten, sind wahrscheinlich richtig: Ohne politische Ambitionen oder ausgeprägte politische Ueberzeugungen gehabt zu haben, wollte Roosevelt an allem Geschehen teilnehmen; so begann seine politische Laufbahn eher zufällig²⁰. Typisch ist die Stelle in seiner Selbstbiographie, wo er erzählt, daß er gesellschaftlich angesehene und kultivierte Bekannte gefragt habe, wie man sich politisch betätigen könne. Als diese nur lachten und bemerkten, Politik sei ein schmutziges Geschäft und nicht für «gentlemen» gemacht, antwortete er, daß diese anscheinend nicht zur regierenden Klasse gehörten, er aber beabsichtige, «to be one of the governing class», wie immer auch diese beschaffen sein sollte²¹. Tatsächlich war Politik damals, und besonders in New York, «dirty business». Roosevelt schloß sich den Reform-Elementen des Klubs an und hielt im ersten Jahr einige entsprechende Reden, sehr zum Mißvergnügen der Parteiführer²².

Nach einer dritten Europareise, die Roosevelt mit seiner Frau unternahm, wurde er im Jahre 1881 unvermuteterweise als Kandidat seines Distrikts für das Abgeordnetenhaus des Staates New York aufgestellt. Ein Unterführer der Parteimaschine «meuterte» gegen den Führer des Distrikts und drückte die Nomination, und damit die Wahl, Roosevelts als Garant einer «sauberen» Regierung durch. Wie später, bis er auf eigenen Füßen stark genug war, stellte sich Roosevelt, der im Grunde gegen die «Maschine» eingenommen war, nicht von vornherein gegen die Organisation, sondern arbeitete mit ihr zusammen, um überhaupt gewählt zu werden und sich behaupten zu können, jedoch ohne sich an sie zu binden²³.

Im Januar des Jahres 1882 nahm Roosevelt als jüngstes Mitglied des New Yorker Abgeordnetenhauses seinen Sitz ein. Gleich zu Beginn der Session machte er sich durch eine Rede, die seine Kollegen und die Presse aufhorchen ließ, bemerkbar, indem er der Intervention seiner Partei im «Familienzwist» der Demokraten — es handelte sich um die Wahl des «Speakers» — opponierte²⁴. Wie er in einer späteren Wahlrede sagte, war es sein Bestreben, «private morality into public office» zu bringen. Indem er Gesetzesentwürfe des «unabhängigen» Parteiflügels kräftig unterstützte und unerbitterlich die Politik von wirtschaftlichen und parteitaktischen Einflüssen freizuhalten suchte, wurde er bald ein im Staat New York und sogar in der Nation stark beachteter Parlamentarier, so daß er schon nach seinem ersten Amtsjahr Führer der republikanischen Fraktion wurde, die allerdings gegenüber den Demokraten in der Minderheit blieb²⁵.

Roosevelt hatte damals noch kein ausgesprochenes politisches Programm. Im Laufe seines Kampfes für ethische Politik lernte er die Machenschaften des «big business» kennen, was auf seine spätern po-

litischen Maßnahmen Einfluß gehabt haben dürfte. Er begann auch, an der Richtigkeit der gerichtlichen Kontrolle der Gesetzgebung zu zweifeln, da nach seinen Erfahrungen die Gerichte kein Verständnis für soziale Errungenschaften hatten. In seinem Feldzug für «righteousness» in der Politik stand die Reform des Angestelltenverhältnisses der Staatsbeamten an erster Stelle, eine Aufgabe, für die er sich auch später voll einsetzte.

Was Roosevelts politische Haltung als Präsident so schwer verstehen läßt, kommt bereits in den ersten Jahren seiner politischen Tätigkeit zum Ausdruck: seine Interpretation von Ehrlichkeit, Rechtsschaffenheit, Ehrenhaftigkeit usw., kurz seine Auffassung von Ethik.

Dank seiner großen Popularität wurde er von seinem Staat an den Republikanischen Parteikonvent vom Jahre 1884 in Chicago delegiert. Trotz allen Anstrengungen von Roosevelt, Lodge und deren Freunden wurde dort Blaine als republikanischer Präsidentschaftskandidat nominiert. Dieser war ein typischer Vertreter der Parteimaschine und repräsentierte alles, was Roosevelt glaubte bekämpfen zu müssen. Dementsprechend zogen sich viele «Unabhängige» von der Partei zurück und begünstigten den demokratischen Kandidaten, Cleveland. Das gleiche wurde von Roosevelt erwartet, der sich zu einem Führer der Reformisten aufgeschwungen hatte. Roosevelt jedoch blieb der Partei nach einigem Zaudern treu und versprach, Blaine zu unterstützen. Roosevelts Verhalten wurde nicht verstanden. Man warf ihm vor, sich der Partei ausgeliefert und die gute Sache, für die er eingestanden war, zugunsten der Parteipolitik verraten zu haben. Von diesem Zeitpunkt an datierte Roosevelts bittere Feindschaft mit den «Mugwumps», den «Muckrakers», den «professionellen» Reformern²⁶.

In seiner Biographie von Thomas Hart Benton²⁷ ergriff Roosevelt die Gelegenheit, seine Haltung vom Jahre 1884 zu verteidigen. Er pries Benton, weil dieser eine von der Partei-Doktrin unabhängige Haltung eingenommen und seine politische Ueberzeugung selbst geformt und entsprechend gehandelt habe. Dies, schrieb Roosevelt, bedeute jedoch nicht, daß ein Politiker außerhalb der Partei arbeiten könne. Trotz seiner Unabhängigkeit sei Benton seiner Partei stets ergeben gewesen. Was Roosevelt über die politischen Abolitionisten im dreizehnten Kapitel des «Benton» schrieb, muß im Lichte des Jahres 1884 gesehen werden: «The men who took a great and effective part in the fight . . . , were the men who remained within their respective parties . . . They did not act independently of parties, but on the contrary kept within party lines — although, of course, none of them were mere blind and unreasoning partisans»²⁸. Diese Sätze erklären

wohl Roosevelts Verhalten im Konflikt um die Nomination von Blaine. Beraten von Lodge war sich Roosevelt bewußt, daß er außerhalb der Partei nicht wirken konnte und daß dann auch alle Reformbestrebungen unwirksam bleiben müßten. Daß er auch an seine eigene politische Laufbahn gedacht hat, ist anzunehmen.

Ganz ähnlich verhielt er sich als Gouverneur von New York²⁹. Er scheute sich nicht, mit der Parteiorganisation zusammenzuarbeiten, weil er sich davon größeren Erfolg für seine Ziele versprach, als wenn er die «Maschine», die ja doch die Macht hatte, ignoriert hätte.

Diese und andere ähnliche Vorfälle bewirkten, daß Roosevelt des Opportunismus bezichtigt wurde. Er, der immer von Ehre und «righteousness» sprach, der vorgab, für hohe Ideale in der Politik zu kämpfen, «verriet» die «gute Sache» und machte sich nichts daraus, in den «Schmutz» der Politik gezogen zu werden.

Da diese Haltung Roosevelts wesentlich für das Verständnis seiner Politik ist, müssen wir uns näher damit befassen. Anläßlich eines Gerichtsprozesses im Jahre 1915 wurde Roosevelt über seine politische Unabhängigkeit befragt. Auf die Bemerkung des gegnerischen Anwaltes, daß der angeklagte Roosevelt wohl für «righteousness» einstehe, aber unter gebührender Rücksichtnahme für Opportunismus, antwortete dieser: «No sir, not when it comes to righteousness. I say emphatically that you must have a due regard for opportunism in the choice of the time and method in making the attack»³⁰. Opportunismus in der Wahl der Methode ist das Stichwort für das Verständnis von Roosevelts Politik. Das Ziel, das er sich vorgenommen hat und von dessen «righteousness» und Notwendigkeit er überzeugt ist, muß nach der Meinung von Roosevelt mit den besten und wirksamsten Mitteln verfolgt werden. Die Methode wird dann selbst «righteous». Den «Mugwumps» wirft er vor, daß sie Reformen befürworten, um ihrer eigenen Ehrenhaftigkeit zu genügen, und nicht um der Reformen willen. Wie er im Vorwort zu seiner Autobiographie schreibt, ist «practical efficiency» häufig und «lofty idealism» nicht weniger; «it is the combination which is necessary, and the combination is rare»³¹. Ob es sich um politische Reformen handelt, um den Bau des Panama-Kanals oder um den Weltfrieden, immer ist Roosevelts Politik darauf gerichtet, das Endziel in Augen zu behalten und die wirksamsten Methoden zur Erreichung des Zieles zu finden. Aus diesem Grund scheinen einzelne Phasen seiner Politik zur allgemeinen Auffassung von Ethik in diametralem Gegensatz zu stehen. Weil andererseits sein Idealismus häufig so weit ging, daß er kaum mehr im Rahmen der praktischen Politik Platz fand, erscheinen Roosevelts Taten umso unvereinbarer mit seinen Worten³².

Nach dem für Roosevelt unglücklichen Ausgang des Chicagoer Parteikonvents verzog er sich auf seine Ranch in den «Bad Lands»³³. Seine zweite Heirat und die Politik riefen ihn aber wieder in den Osten. Die großen Arbeiterunruhen in den siebziger und achtziger Jahren hatten in der amerikanischen Mittelklasse das Gespenst von Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus heraufbeschworen. Roosevelt selbst fürchtete diese Entwicklung ebenso sehr wie jeder andere von gleicher sozialer Stellung. Im Jahre 1886 stellte er sich seiner Partei, die dringend einen zugkräftigen Kandidaten brauchte, als Anwärter für das Bürgermeisteramt der Stadt New York zur Verfügung. Der Wahlkampf stand im Zeichen der volkswirtschaftlichen Thesen von Henry George, der als progressiver Kandidat kämpfte. Sieger blieb jedoch der demokratische Kandidat, der dank seiner Stellung im Geschäftsleben am besten zu garantieren schien, die angeblich gefährdete Gesellschaftsstruktur erhalten zu können. Roosevelt vereinigte hinter Henry George am wenigsten Stimmen auf sich.

Allgemein wurde Roosevelts politischer Untergang vorausgesagt. Tatsächlich vergingen zwölf Jahre und der Spanisch-amerikanische Krieg, bis er sich wieder durch das Volk in ein öffentliches Amt wählen ließ³⁴.

Als Folge seiner Niederlage suchte sich Roosevelt hinter literarisches Schaffen zu verschanzen. Doch konnte er sich von der Politik nicht mehr losmachen. Pringle betont Roosevelts Haß gegenüber den «Mugwumps», der es ihm verunmöglichte, in der stillen Klausur zu bleiben³⁵. Cecil Spring Rice, der englische Diplomat, welcher an Roosevelts Hochzeit Brautführer war, bemerkte nach der Bürgermeisterwahl, daß Roosevelt «is supposed to be the boss Republican young man»³⁶.

3. Roosevelt als Historiker

Roosevelts schriftstellerische Tätigkeit geht auf sein letztes Jahr an der Universität Harvard zurück. Damals begann er eine Arbeit über die Seegefechte im anglo-amerikanischen Krieg von 1812—15, welche 1882 als Buch³⁷ erschienen ist.

Wie er in seiner Selbstbiographie schreibt, zogen ihn «the frigate and sloop actions between American und British sea tigers of 1812» mehr an als zum Beispiel das Studium der Gracchen³⁸. Irgendwie hatte er den ungenügenden Zustand der amerikanischen Kriegsmarine seiner Zeit eingesehen. Jedenfalls schrieb er in der Einleitung zu diesem Buch, daß das Thema verdiente behandelt zu werden, weil die Gegenwart von der Vergangenheit lernen könne. In der Darstellung

setzte er sich gehörig mit andern Marinehistorikern, besonders mit englischen, auseinander und versuchte, seinen Standpunkt mit minutiösen Einzeluntersuchungen zu untermauern. Auffallend ist die fleißige Detailarbeit und das Quellenstudium, mit denen das Buch geschrieben worden ist. «... to learn anything from the past it is necessary to know», sagt Roosevelt, «as near as may be, the exact truth»³⁹, eine Notwendigkeit, die er in spätern Jahren häufig nicht allzu genau nehmen sollte. In seiner Studie glänzt er mit technischen Kenntnissen über nautische Fragen. Diese Kenntnisse wußte er später als stellvertretender Flottensekretär und als Präsident zum Erstaunen seiner Fachexperten anzuwenden⁴⁰.

Mit seinem Buch sucht Roosevelt zu zeigen, daß die amerikanische Regierung eine wirksame Flotte aufbauen könnte, ohne mehr Geld ausgeben zu müssen⁴¹. Die Beschäftigung mit diesem Seekrieg überzeugte Roosevelt, daß die Vereinigten Staaten eine wirksame Kriegsflotte brauchten, um ihre Küsten verteidigen und ihre Stimme im internationalen Gespräch erheben zu können. Einige Jahre später sollte eine kompetentere Persönlichkeit, Kapitän Mahan, anhand der Seegeschichte mehrerer Jahrhunderte in grandioser Weise das gleiche Thema aufnehmen und ausführen.

Im «*Naval War*» sind viele Gedanken, die den spätern Roosevelt charakterisierten, schon vorhanden. Er betont in dieser Studie die Notwendigkeit, daß jedes Land zu jeder Zeit für einen möglichen Krieg gewappnet sein müsse. Es ist der legitime Stolz einer Nation, schreibt er, bessere und wirksamere Kriegsmittel zu besitzen als ihre Rivalen. Nicht nur aus Notwendigkeit, sondern auch aus nationalem Stolz wünscht er für sein Land eine erstklassige Flotte⁴². In Anbetracht von «*our political shortsightedness*» begnügt er sich mit wenigen, dafür aber wirksamen Schiffen⁴³.

Die Armierung und Bewaffnung muß durch Können, Mut und Tapferkeit der Besatzung ergänzt werden — ein Thema, bei dem er im Buch mit besonderer Freude verweilt. Nur das glänzende Verhalten der Schiffsmannschaften tröstet ihn über den schmähhlichen Zustand der amerikanischen Flotte hinweg. Geschicklichkeit, Mut und Ausdauer sind die Eigenschaften, die Roosevelt vom einzelnen Menschen, von der Gesellschaft und von der Nation verlangt. In diesem Sinn schrieb er als stellvertretender Flottensekretär in einem seiner ersten Rapporte über ein durch Unfall leicht beschädigtes Boot, daß Risiken in Kauf genommen werden müssen; denn «*it is more important that our officers should handle these boats with dash and daring than that the boats should be kept unscratched*... The business of a naval officer is one which, above all others, needs daring and decision and if

he must err on either side the nation can best afford to have him err on the side of too much daring rather than too much caution»⁴⁴.

Roosevelts zweite historische Arbeit ist die oben erwähnte Biographie von Thomas Hart Benton⁴⁵, des Politikers aus dem Mittelwesten, der in der ersten Hälfte und um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Union gegen die regionalen Interessen verteidigte und die westliche Expansion unterstützte. «Benton» ist weniger eine Biographie als eine Studie der amerikanischen Politik während Bentons dreißigjähriger Tätigkeit im Bundessenat. Roosevelt ergreift darin jede Gelegenheit, um seine eigene politische Konzeption hineinzubringen und seinen politischen Standpunkt zu verteidigen⁴⁶. Die Verherrlichung von Bentons Patriotismus durch den Autor, die schwungvollen Verallgemeinerungen, die dieser zur Unterstützung seiner politischen Thesen anwandte, die «eines Historikers unwürdige» Haltung in der Darstellung, d. h. seine scharfen Angriffe gegen seine politischen Feinde im Text, fielen den zeitgenössischen Kritikern des «Benton» auf⁴⁷. Aber politisch gesehen ist das Werk nicht ohne Bedeutung.

Wie im «Naval War» fordert Roosevelt im «Benton» unbedingte Kriegsbereitschaft und greift die «class of professional non-combatants» an⁴⁸. Mit der westlichen Expansion ist er völlig einverstanden. Die Union, schreibt er, hätte ihre Souveränität möglichst weit ausdehnen sollen. Juristische Hindernisse stören ihn dabei nicht wesentlich. Es genügt ihm festzustellen: «We were the people who could use it (the region in question) best». Eine solche Unterordnung des Rechts unter die Nützlichkeit stimmte mit den Handlungen von Roosevelt als Präsident öfters überein. Weiter schreibt er, daß es im Interesse der ganzen westlichen Hemisphäre gewesen sei, die europäischen Mächte von diesem Raum abzuhalten⁴⁹.

Auch in der Behandlung von innenpolitischen Problemen bietet Roosevelts Benton-Biographie vieles. Es gelingt dem Verfasser, Benton als Vertreter des westlichen Pioniergeistes und Verteidiger des Unionsgedankens darzustellen. Interessant ist Roosevelts Stellungnahme zum Problem der «majority rule»: Auch in einer Demokratie, sagt er, hat keine Mehrheit das Recht, eine Minderheit zu tyrannisieren. Die Freiheit des Einzelnen ist die «distinguished feature of our American governmental system»; «it is quite as important to prevent his being oppressed by many men as it is to save him from the tyranny of one»⁵⁰.

Eine weitere Biographie in der «American Statesmen Series», in der auch «Benton» erschienen ist, «Gouverneur Morris» (1888), gibt Roosevelt die Gelegenheit, sich über das Regierungssystem auszusprechen.

Besonders lobt er die Kritik von Morris — eines Diplomaten und Politikers, der in den ersten Jahrzehnten der Vereinigten Staaten gewirkt hat — an der Französischen Revolution⁵¹, bezeichnet ihn jedoch zugleich als Verräter, weil er an der Separationsbewegung der Neu-England Staaten während des anglo-amerikanischen Krieges mitgemacht hat. Roosevelts Darstellung dieser Bewegung ist eine scharfe Attacke gegen jeden Versuch der Abspaltung.

Mit Morris geht Roosevelt einig, daß ein Regierungssystem den tatsächlichen Bedürfnissen und den Fähigkeiten des Volkes angepaßt sein muß. Morris, schreibt Roosevelt, würde über die Bemühungen, primitive oder orientalische Völker, wie diejenigen von Haiti oder der Türkei, mit angelsächsischen Institutionen zu versehen, gelacht haben⁵². Es sei «idle folly» in bezug auf das Wahlrecht von angeborenen oder natürlichen Rechten zu sprechen. Roosevelt ist überzeugt, daß ganze Völker für die Ausübung der Demokratie unfähig seien⁵³. Den gleichen Standpunkt nahm er später ein, als er die Annexion der Philippinen befürwortete und verteidigte.

Mit Morris' Kampf für eine starke Regierung stimmt Roosevelt herzlich überein. Er glaubt, die amerikanische Geschichte beweise, daß eine starke Zentralgewalt «perfectly compatible with absolute democracy» sei. Separatistische Tendenzen führen nach seiner Meinung nicht zur wahren demokratischen Freiheit. Die Folge einer schwachen Regierung sieht er in der Anarchie, vor der er sich mehr als vor allem andern fürchtet⁵⁴. In Roosevelts Augen war Morris' größtes Verdienst der Kampf, den er für eine unabhängige Exekutive führte, die nicht zum Spielball der Legislative gemacht werden kann⁵⁵. Offensichtlich befürwortet Roosevelt eine starke Präsidentschaft. Ausdrücklich beschränkt er die These, daß die Weisheit vieler mehr wiege als die Weisheit eines Einzelnen, auf «deliberative, not executive, purposes»⁵⁶. Dieser Einstellung blieb Roosevelt auch als Präsident treu. Er wußte die Widerstände des Parlaments, besonders des Senats, gegen seine Maßnahmen zu brechen oder zu umgehen. Er verstand es, den Begriff Exekutivgewalt äußerst weit zu fassen. Zuerst handeln, dann beraten, war seine Devise, die er in verschiedenen Fällen verwirklichte, indem er den Senat vor vollendete Tatsachen stellte.

Im Gegensatz zu «Benton» und «Morris» stützte sich Roosevelts «The Winning of the West» (1889), wie sein «Naval War», auf fleißiges Quellenstudium. «The Winning of the West» ist ein mehrbändiges Epos der Besiedlung des amerikanischen Westens, in welchem der Verfasser seine Bewunderung für die «männlichen» Qualitäten der Pioniere zum Ausdruck bringt.

«Hero Tales from American History», eine Biographie von Oliver Cromwell und «History of New York» vervollständigen Roosevelts historisches Schaffen.

Mit seinen «Hunting Trips of a Ranchman» eröffnete Roosevelt 1885 eine Reihe von meist autobiographischen Büchern über das Leben im Westen und auf seinen Jagden, wie er auch seinen Jagdzug in Afrika (1909/10) und seine Erlebnisse im brasilianischen Urwald (1913/14) schriftstellerisch verwertete.

4. Der Kampf um «righteousness» im öffentlichen Amt

Im Jahre 1888 hatten die Republikaner Grund, die Niederlage der Demokraten in der Präsidentschaftswahl zu erhoffen. Roosevelt beteiligte sich emsig am Wahlfeldzug für den Kandidaten seiner Partei, Benjamin Harrison, und wurde nach dessen Sieg mit einem Sitz in der «United States Civil Service Commission» belohnt. Als Civil Service Commissioner war Roosevelt in seinem Element. Diese Kommission hatte die Aufgabe, die Anwendung des 1883 eingeführten Gesetzes zu überwachen, nach welchem wenigstens einige Kategorien von untergeordneten Bundesbeamten auf Grund der Fähigkeiten der Bewerber und nicht auf Grund ihrer Verdienste um die herrschende Partei angestellt werden sollten («merit system»). In ihrer bisher sechsjährigen Existenz hatte sie jedoch noch nicht viel geleistet, da sie zu stark unter dem Einfluß der Berufspolitiker gestanden war. Es lag an Roosevelt, die Kommission zu aktivieren, und er versprach: «... I intend to hew the line and let the chips fall where they will»⁵⁷.

Mit unglaublicher Energie und Leidenschaft machte sich Roosevelt daran, die ihm gesetzte Aufgabe zu erfüllen. Er scheute sich nicht, Mitglieder der amerikanischen Regierung — sowohl republikanische unter Harrison wie demokratische unter Cleveland, der 1893 Roosevelt in seinem Amt bestätigte — anzugreifen und sie der Verletzung des Gesetzes zu bezichtigen. Sein größtes Verdienst war, daß er infolge seines Kampfgeistes, und weil er den Kampf ins Volk hinaustrug, das Gesetz, das bis dahin nur dekorativen Charakter hatte, mit Leben erfüllte und bewies, daß es auch angewandt werden konnte. Nachdem er nach einer sechsjährigen Amtszeit demissioniert hatte, um einen Sitz im Polizei-Direktorium der Stadt New York anzunehmen, schrieb eine New Yorker Zeitung, die ihre Gegnerschaft sowohl gegenüber dem «merit system» wie auch gegenüber Roosevelt persönlich schon mehrmals bewiesen hatte: «What will become of the Civil Service Commission when Mr. Roosevelt leaves it can only be conjectured. He

has been the only vital force in the Commission since it came into existence, and any man who shall take the place after him must show extraordinary enthusiasm, ability, and moral principle, or suffer in comparison»⁵⁸.

Das Jahr 1894 sah den Sieg eines «Reform»-Bürgermeisters in der Stadt New York, ein Ereignis, das in jener Zeit einen temporären Aufstand der Bürgerschaft gegen die Machenschaften der Berufspolitiker bedeutete. Der neue Bürgermeister berief Roosevelt in die Stadtverwaltung und setzte ihn in das Polizei-Direktorium ein, das von jeder der beiden Hauptparteien zwei Mitglieder zählte. Roosevelt wurde sogleich Präsident dieses Ausschusses und damit nomineller — er selbst machte sich zum tatsächlichen — Chef der New Yorker Polizei, die bei den «anständigen» Bürgern als korrupt verrufen war. Roosevelt fand ein Betätigungsfeld, das für sein Temperament wie geschaffen war. Er nahm sich vor, den Polizeiapparat zu säubern und aus ihm ein Instrument zu machen, das die wahren Aufgaben eines Polizeikorps wirklich erfüllen würde. Durch seine Tätigkeit in der New Yorker Legislative und während der sechs Jahre in Washington war Roosevelt genug bekannt geworden, so daß die Nachricht seines Amtsantrittes eine gewaltige Reaktion in den betroffenen Kreisen auslöste. Polizeibeamte zitterten um ihre Stellung und waren sich bewußt, daß die schönen Tage vorüber waren.

Mit jugendlichem Enthusiasmus, der ihn schon in Washington ausgezeichnet hatte, widmete sich Roosevelt seinem neuen Amt und schwang das «sword of righteousness»⁵⁹. Er vergnügte sich, des Nachts durch die Straßen der Stadt zu patrouillieren, um fehlbare Polizisten zu überraschen. Unzählige Anekdoten illustrieren diese nächtlichen Streifen⁶⁰. Roosevelts energisches Durchgreifen im Polizeikorps machte ihn zu einer äußerst populären Figur in New York und in der ganzen Nation. Eine glänzende politische Laufbahn wurde ihm prophezeit, und man beglückwünschte ihn zu seinem erfolgreichen Kampf gegen die «Politik». Weniger populär in der Stadt war sein Drängen nach strikter Anwendung des Gesetzes, das jeglichen Alkoholverkauf an Sonntagen verbot. Ohne selbst Prohibitionist zu sein, war es seine Ueberzeugung, daß ein bestehendes Gesetz unter allen Umständen durchgesetzt werden müsse, und, wie so häufig, trieb ihn die Opposition der Politiker, die diesmal vom größten Teil der Bevölkerung unterstützt wurden, in die Ueberzeugung, daß das Verbot als solches ethisch gut sei. Durch diese Maßnahme zog er sich die Feindschaft eines großen Teils der Bürgerschaft zu, so daß die hemmungslosen Parteipolitiker wieder die Oberhand erhielten. Durch die Anwendung von «blue laws»⁶¹ suchte man ihn lächerlich zu machen.

«The police commissioner years were years of immaturity, but there was growth, too», schreibt Pringle über Roosevelts zweijährige Tätigkeit in New York⁶². Roosevelt zog im Jahre 1897 als national, sogar international bekannte Persönlichkeit von New York nach Washington, um dort eine neue Stellung einzunehmen. Für die amerikanische Nation war er der Inbegriff eines für «righteousness» kämpfenden Mannes. Man anerkannte seinen Mut; man lächelte über seinen Enthusiasmus; ohne ihn allzu ernst zu nehmen, rechnete man mit ihm als einem Faktor, der im politischen Leben noch eine Rolle spielen könnte. Es gab Reformer und Politiker, die ihn, den noch nicht vierzig Jahre alten Mann, gerne als Präsidentschaftskandidaten im Wahljahr 1896 gesehen hätten⁶³.

Roosevelt war in den zwei Jahren als Präsident der New Yorker Polizei, wie auch infolge seiner Tätigkeit als Civil Service Commissioner, sichtlich gereift. Er hatte tief in das Wesen der Politik hineingesehen; er wurde mit den sozialen Problemen bekannt und eignete sich eine neue soziale Philosophie an; er vervollkommnete die Kunst, das Volk für seine Politik zu gewinnen und lernte aus den Fehlern, die er gemacht hatte; nicht zuletzt fand er seine Philosophie bestätigt, daß nur der mutig Handelnde etwas erreichen könne. Immer noch hatte er, in den Worten Bishops, «essentially a boy's mind»⁶⁴. Dieses Jünglingshafte, die Begeisterung, mit der er eine gestellte Aufgabe erfüllte, die alle Hindernisse überrennende Impulsivität, die jugendliche Lebenskraft, der unbeirrbare Tatendrang, zeichneten ihn sein Leben lang aus.

5. Roosevelt und der Spanisch-amerikanische Krieg

Während seiner Tätigkeit als Präsident des Polizei-Direktoriums in New York nahm Roosevelt starken Anteil am Wahlkampf um die Präsidentschaft im Jahre 1896. Dem republikanischen Kandidaten McKinley stand der demokratische Bryan gegenüber, der Volkstribun vom Westen, das Sprachrohr der Armen, der Befürworter der Silberwährung, der Einkommenssteuer, der Eisenbahnregulierung usw. — alles Dinge, die ein «wohlerzogener» Amerikaner, wie Roosevelt einer war, schon aus moralischem Pflichtgefühl heraus bekämpfen mußte; so wenigstens dachten Roosevelt und seine Freunde in der Hitze des Gefechtes⁶⁵. Vom Führer der Republikanischen Partei, Mark Hanna, wurde Roosevelt hauptsächlich in den Mittelwesten geschickt, um Bryan entgegenzutreten. «The vigor of his expressions», schreibt Pringle, «if not the accuracy of his ideas, caused Roosevelt to become

a major figure in the campaign»⁶⁶. In einer Zeitung wurde eine Aussage von Roosevelt über einen führenden Protagonisten von Bryan und dessen Ideen zitiert: «... I speak with the greatest soberness when I say that ... the sentiment now animating a large proportion of our people can only be suppressed, as the Commune in Paris was suppressed, by taking ten or a dozen of their leaders out, standing ... them against a wall, and shooting them dead ... These leaders are plotting a social revolution and the subversion of the American Republic»⁶⁷.» Roosevelt bestritt die Richtigkeit dieser Aussagen: auf jeden Fall widerspiegelt sie den Kampfgeist, mit dem er in die Schlacht zog, und ist typisch für seine Neigung, mit allzu übertriebenen Worten seine Gegner zu verurteilen.

Roosevelt mußte für seinen Beitrag an den Sieg McKinleys gut belohnt werden; das Amt des stellvertretenden Flottensekretärs schien am naheliegendsten. Roosevelt war aber bei den hohen Stellen in Washington gefürchtet. Seine Charaktereigenschaften waren nur zu gut bekannt. «... Roosevelt is always in such a state of mind», bemerkte der gewählte Präsident⁶⁸, und der Flottensekretär gab zu bedenken, daß Roosevelt eher für einen Kabinettsposten geschaffen sei, und daß daher die untergeordnete Stelle zu eng für ihn sein könnte⁶⁹. Aber nicht nur sein Temperament und seine Fähigkeiten waren gefürchtet, die ganze Nation kannte ihn als einen ausgesprochenen Chauvinisten — dies in einer Zeit politischer Spannungen mit Spanien wegen Cuba und mit andern Ländern. Die Bemühungen von Senator Lodge, das Amt des «Assistant Secretary of the Navy» an Roosevelt zu übertragen, waren schließlich von Erfolg gekrönt. Lodge gelang es, Washington zu beruhigen, daß sein Freund doch nicht so schlimm sei, und Roosevelt tat sein Bestes zu versprechen, daß er sich brav und zahm verhalten würde⁷⁰.

Wie oben erwähnt, war Roosevelt schon einige Zeit vor dem Spanisch-amerikanischen Krieg als chauvinistischer Nationalist bekannt. Im Lichte seiner spätern Äußerungen kann sein «Naval War» als der erste Ausdruck dieser Haltung angesehen werden⁷¹. Wiederum kann diese nur mit seinem Temperament, mit seinem jugenhaften Charakter, mit seinem impulsiven Handeln erklärt werden. «Son énergie, son désir d'action, son dynamisme le portent naturellement vers ceux qui veulent donner à la vie publique un autre but que la simple satisfaction des intérêts matériels; son indépendance d'esprit l'incite à se tourner vers un groupe qui ne représente encore qu'une petite minorité, mais une minorité agissante»⁷².

Tatsächlich läßt sich in den Äußerungen Roosevelts aus dieser Zeit keine Doktrin feststellen, die irgendwie seine Politik begründet

hätte. Typisch für ihn war seine Reaktion auf Meldungen von Spannungen mit Mexiko im Jahre 1886, als er sich auf seiner Ranch im Mittelwesten aufhielt. Sogleich erklärte er sich bereit, seine Cowboys in einem Kavallerie-Bataillon zu organisieren, um mit ihnen gegen Mexiko zu ziehen⁷³. Und wiederum, anlässlich der Spannungen mit Chile, träumte er davon, einen Kavallerie-Angriff zu führen⁷⁴. In den neunziger Jahren gehörte er offiziell zum imperialistisch-expansionistischen Flügel der Republikanischen Partei, der unter der Führung seines Freundes Lodge stand. Im Venezuela-Konflikt trat Roosevelt als enthusiastischer Befürworter einer starken Haltung gegenüber England auf. Vor Kriegen hatte er keinen Respekt. Es sei besser, schrieb er in einem Zeitungsartikel, die amerikanischen Küstenstädte bombardiert zu sehen, als sie loskaufen zu wollen. Schon blickte er nach Canada, wo der Krieg gegen England ausgekämpft werden würde⁷⁵.

In den kritischen Tagen des Venezuela-Konfliktes machte sich eine Andeutung von Roosevelts Philosophie bemerkbar, die anlässlich des Krieges gegen Spanien noch deutlicher zum Ausdruck kommen sollte. Es scheint, daß Roosevelt den Krieg nicht um des Krieges willen oder ausschließlich um der Expansion willen befürwortete, sondern er hoffte durch einen Krieg, die amerikanische Nation aus ihrer Lethargie wecken zu können. «This country needs a war», rief er immer wieder aus⁷⁶. Seit seiner Studie des anglo-amerikanischen Krieges von 1812 hatte er ständig eine verstärkte Kriegsbereitschaft und speziell den beschleunigten Ausbau der Kriegsflotte gefordert. Er war entsetzt über die gleichgültige Haltung der maßgebenden Stellen in Washington. Wo immer er konnte, machte er als stellvertretender Flottensekretär seinen Einfluß in diesem Sinne geltend. «If it wasn't wrong», schrieb er 1896 einer seiner Schwestern, «I should say that personally I would rather welcome a foreign war»; denn, schrieb er in einem andern Brief, «... such a war (wie gegen Spanien) would result at once in getting us the proper Navy and a good system of coast defense»⁷⁷.

Als er sein neues Amt im April 1897 antrat, versprach Roosevelt, sich nicht öffentlich zu äußern. Es war jedoch unmöglich für ihn, sich lange zurückzuhalten. Bereits Anfang Juni desselben Jahres hielt er eine bemerkenswerte Rede in einer Marinekriegsschule. Er appellierte an den «warlike spirit» der Marineoffiziere. Sätze, die später sein Vokabular zieren sollten, kamen bereits in dieser Rede vor, so das Bild der mit dem Schwert gegürteten Friedensgöttin. Er sprach davon, daß Kriege in den meisten Fällen gerechtfertigt seien. «No triumph of peace is quite so great as the supreme triumphs of war»,

ist ein Ausspruch, der seine Geisteshaltung illustriert. Es ist allerdings zu bemerken, daß Roosevelt in solchen Situationen gerne zu große Worte gebraucht hat. Die Forderung nach dem Ausbau der Flotte und Andeutungen über die Pflicht der amerikanischen Nation, in Cuba einzugreifen, vervollständigten seine Rede⁷⁵.

Briefe an Mahan und Besprechungen von dessen Büchern zeigen, daß Roosevelt mit den Thesen des Seestrategen völlig einverstanden war und diese selbst übernahm⁷⁹.

Der große Tag für Roosevelt kam am 25. Februar 1898, in den Wochen zwischen der Explosion der «Maine» und dem Kriegausbruch. Roosevelts Vorgesetzter erlaubte sich, am Nachmittag dieses Tages zu ruhen und seinem Stellvertreter die Geschäfte zu überlassen. Wie so oft in der Darstellung von Roosevelts Leben muß er auch hier mit einem enthusiastischen Jüngling verglichen werden: Er benutzte die Abwesenheit seines Chefs, um dem Kommandanten der asiatischen Flotte, George Dewey, ein Telegramm mit den Instruktionen zu senden, die Schiffe in Bereitschaft zu halten, darauf vorbereitet zu sein, im Falle einer Kriegserklärung an Spanien die feindliche Flotte am Verlassen der asiatischen Gewässer zu hindern und «offensive operations» in den Philippinen einzuleiten. Zweifellos ist diesem Telegramm des während eines Nachmittags selbständigen stellvertretenden Flottensekretärs die prompte Einnahme von Manila zuzuschreiben⁸⁰.

Roosevelts Forderung nach einer bewaffneten amerikanischen Intervention in Cuba wurde immer lauter. McKinley konnte schließlich unter dem Druck der öffentlichen Meinung die Kriegserklärung an Spanien nicht mehr zurückhalten.

Nun begannen die «glorreichen Tage» in Roosevelts Leben. Er, der auf den Krieg gedrängt hatte, fand es seiner unwürdig, als Zivilist untätig zu Hause zu sitzen. Nach einigen Mühen erhielt er die Erlaubnis, ein Freiwilligen-Regiment von Kavalleristen zu rekrutieren⁸¹. Das Hauptkontingent der «Rough Riders», wie sein Regiment bald genannt wurde, stellte der Mittelwesten mit Cowboys und allerlei zweifelhaften Elementen; aber auch Graduierte oststaatlicher Universitäten fanden sich als gemeine Soldaten ein.

Die Darstellungen des Spanisch-amerikanischen Krieges lesen sich wie Komödien. Es war ein Krieg von Amateuren, wenigstens auf amerikanischer Seite. Am bilderreichsten und dilettantischsten ist die Geschichte der «Rough Riders», wie sie Roosevelt in seinem Buch⁸² und in seiner Selbstbiographie geschildert hat⁸³, und wie sie durch

verschiedene Reportagen und Berichte ergänzt wird. Für Roosevelt war der Feldzug ein grandioses Abenteuer, grandioser noch als seine Bärenjagden und «round-ups». Das einzige, vor dem er sich fürchtete, war, daß der Feldzug ohne sein Eingreifen zu Ende gehen könnte. Als Kommandant nahm er keine Rücksicht auf das Leben seiner Leute, obschon er in den Kampfpausen väterlich für sie sorgte. Noch weniger Respekt hatte er vor dem Feind. «Did I tell you that I killed a Spaniard with my own hand...», ist eine Stelle aus einem Brief von Roosevelt, die als Illustration zu dieser «Jagd» gelten mag⁸⁴.

Roosevelt vergaß seine «Rough Riders» nie. Sie standen ihm an erster Stelle bei der Besetzung der öffentlichen Aemter, die der Präsident, ihr ehemaliger Oberst, zu vergeben hatte. Er freute sich immer über die «Streiche» seiner rauen Burschen aus dem Mittelwesten, welche sich gelegentlich vor Todschatz nicht scheuten und über die er ständig gut orientiert war. Diese Männer waren sein Vorbild. Daß sie zeitweise von der Schußwaffe zu viel Gebrauch machten, war ihm weniger wichtig, als daß sie in allen Situationen ihren Mann zu stellen wußten, Mut und Tapferkeit zeigten und alle Hindernisse überwinden, auch wenn ihre Methoden nicht unbedingt von allen Leuten gebilligt wurden⁸⁵.

6. Der Held der Nation

Roosevelts dramatische Aktionen in Cuba brachten ihm großen Gewinn ein; ob er sich dessen zur Zeit bewußt war, ist unbestimmt. Er war der populärste Teilnehmer des Feldzuges, der sich nicht scheute, die Administration in Washington zu rügen, daß sie sich nicht genügend um die amerikanischen Truppen bekümmere und völlig unfähig sei, einen solchen Krieg zu organisieren. Frontberichterstatter machten die Nation mit den pittoresken «Rough Riders» und mit der dramatischen soldatischen Tapferkeit von Colonel Roosevelt bekannt. Dieser selbst sorgte dafür, daß seine Taten nicht vergessen wurden, indem er jahrelang für die Verleihung der Ehrenmedaille als Auszeichnung für sein tapferes Verhalten kämpfte.

Bei ihrer Ankunft in New York wurde Roosevelts Truppe mit einem Heldenempfang geehrt, und Roosevelt wurde bald darauf als republikanischer Gouverneur-Kandidat im Staate New York nominiert. Eine Nomination durch den «unabhängigen» Flügel der Partei lehnte er zu dessen Enttäuschung ab.

Im Interesse der Parteimaschine und zu seiner eigenen Freude wurde der Wahlkampf von den Republikanern im Zeichen der Außenpolitik geführt. «Patriotismus», d. h. der Wille, die Früchte des Spa-

nisch-amerikanischen Krieges zu ernten, war das große Schlagwort, das Roosevelt ergiebig auszuschlachten verstand. Seine Wahlreden hätten ebensogut solche eines Präsidentschaftskandidaten sein können. Bei den wenigen Gelegenheiten, da er innenpolitische Probleme erörterte, deutete er an, daß er bedeutend sozialer gesinnt sei als früher. Aber New York machte sich nicht viel aus dem Krieg, wie er bald feststellen mußte⁸⁶. So wurde er nur mit knapper Mehrheit zum Gouverneur von New York gewählt.

Wiederum stand Roosevelt zwischen seinem reformatorischen Idealismus und der Realität der Parteipolitik. Er arbeitete mit der Parteimaschine zusammen und versuchte gleichzeitig, möglichst unabhängige Entscheidungen zu treffen. Es fiel ihm nicht leicht. «How I wish I wasn't a reformer, oh, Senator!», klagte er einem führenden Parteimann⁸⁷. Auf diese zwiespältige Haltung haben wir bereits an anderer Stelle hingewiesen⁸⁸.

Roosevelt erwies sich immerhin als unabhängig genug, um den Haß der Parteiführer von New York auf sich zu ziehen. Wenn auch die New Yorker «Unabhängigen» nur bedingt mit ihm zufrieden waren, stieg sein politischer Ruf in der Nation. Seine Freunde sprachen offen von seinen Chancen, Präsident der Union zu werden. Für das Wahljahr 1900 stand die Renomination McKinleys fest: es war aber ein offenes Geheimnis, daß für 1904 mit Roosevelt zu rechnen sei.

Obschon es unwahrscheinlich war, daß sich Roosevelt vier weitere Jahre als Gouverneur von New York halten konnte, mußte unter allen Umständen vermieden werden, daß er vor 1904 aus dem politischen Leben ausschied. Die Wahl zum Vize-Präsidenten schien am geeignetsten, Roosevelt in der politischen Arena zu behalten. Der Mittelwesten, wo er besonders populär war, forderte ihn als Vize-Präsidenten an der Seite McKinleys, und die Führer der New Yorker Parteimaschine waren äußerst froh, ihn aus New York in ein stilles Amt, wie die Vize-Präsidentschaft eines war, abschieben zu können. Roosevelt schien Schwierigkeiten zu machen, gehorchte jedoch mehr oder weniger willig dem allgemeinen Ruf und wurde als Vize-Präsident nominiert und gewählt. Eine fast prophetische Voraussicht zeigte der republikanische Parteiführer, Mark Hanna, der seine Freunde vor der Nomination Roosevelts gewarnt haben soll: «Don't any of you realize that there's only one life between this madman and the White House?»⁸⁹

Der gewählte Vize-Präsident war sich bewußt, daß das neue Amt seine Energien und seine Aktivität nicht befriedigen konnte. Er wollte das vor zwanzig Jahren unterbrochene Studium der Rechte wieder aufnehmen und fragte auch herum, ob die Vize-Präsidentschaft mit einem Universitätslehrstuhl vereinbart werden könnte. Gleichzeitig

arbeitete er nicht ohne Erfolg an der Nomination als Präsident für 1904. Hingegen schien er für den Vorsitz des Bundessenates nicht allzu geeignet gewesen zu sein.

Am 6. September 1901 aber fiel Präsident McKinley einem Attentat zum Opfer, und einige Tage später, am 15. September, wurde Roosevelt als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika eingeschworen⁹⁰.

7. Roosevelt als Präsident

Die Nachricht vom Attentat auf den Präsidenten und von der Nachfolge Roosevelts⁹¹ löste eine heftige Reaktion in der Geschäftswelt aus. In den Kreisen der Hochfinanz und des «big business» war Roosevelt als Sozial-Reformer und Feind der großen Korporationen gefürchtet, umso mehr da McKinley als deren Repräsentant gewählt worden war. Der neue Präsident suchte jedoch die Nation zu beschwichtigen, indem er erklärte, die Politik seines Vorgängers getreu befolgen zu wollen. Tatsächlich war er während seiner ersten Amtszeit ziemlich zurückhaltend, nur schon weil Mark Hanna die Partei immer noch kontrollierte. Zwischen diesem und dem Präsidenten entwickelte sich eine offene Rivalität. Es erstaunt nicht, daß Roosevelt keine Schranken über sich dulden wollte; — die verfassungsmäßigen Schranken waren beinahe zu viel für ihn. Als Hanna im Februar 1904 im Sterben lag, soll der Sohn eines Senators, der von einigen für die Nachfolge Hannas in der Parteileitung vorgesehen war, nach der Erinnerung von Beer, der sich in seiner Biographie von Hanna als den einzigen noch lebenden Zeugen dieses Vorfalles bezeichnet, erklärt haben: «Mr. Roosevelt says there arn't going to be any leaders when Mr. Hanna dies»⁹². Was immer auch der Wahrheitsgehalt dieser Episode sei, sie zeigt jedenfalls anschaulich Roosevelts Bestreben, sein eigener Meister zu sein. Wenn sich Roosevelt während seiner ersten Amtsdauer als nicht gewählter, nur nachgerückter Präsident seinem ermordeten Vorgänger oder der Partei gegenüber irgendwie verpflichtet fühlte, so ließ er nach der glänzenden Wahl vom Jahre 1904 seine allfälligen Hemmungen fallen und betrieb, was besonders in der Innenpolitik zum Ausdruck kam, seine eigene Politik.

Die zeitgenössischen Beobachter und die Interpreten der amerikanischen Geschichte sind sich darin einig, daß, in den Worten Latané, McKinleys Tod «placed in the presidential chair . . . one of the most active, aggressive, and picturesque characters that has appeared in American public life»⁹³. Ein englischer Historiker beschrieb Roosevelt, den er besucht hatte, mit folgenden Worten: «This man . . . has

many of Napoleon's qualities — indomitable courage, tireless perseverance, great capacity of leadership — and one thing that Napoleon never had — high moral purpose! . . .»⁹⁴. Klassisch sind die Sätze, die Henry Adams über den Präsidenten schrieb, indem er über den Einfluß der Macht auf die Freundschaft meditierte: «. . . To them (the friends) at sixty-three, Roosevelt at forty-three could not be taken seriously in his old character, and could not be recovered in his new one. Power when wielded by abnormal energy is the most serious of facts, and all Roosevelt's friends know that his restless and combative energy was more than abnormal. Roosevelt, more than any other man living within the range of notoriety, showed the singular primitive quality that belongs to ultimate matter — the matter that mediaeval theology assigned to God — he was pure act. With him wielding unmeasured power with immeasurable energy, in the White House, the relation of age to youth — of teacher to pupil — was altogether out of place; and no other was possible»⁹⁵.

Seine Charakterzüge, wie wir sie in der Skizze seines früheren Lebens festgestellt haben, behielt Roosevelt in seinem neuen Amte bei, kaum gemindert durch die Würde und Verantwortung der hohen Stellung. Mit der gleichen Energie, mit dem gleichen Enthusiasmus, mit der gleichen Ueberzeugungskraft, mit dem gleichen Tatendrang, welche ihn früher ausgezeichnet hatten, ging er an die einem Präsidenten der Vereinigten Staaten gestellten Aufgaben heran. Seine Mitarbeiter mußten unter ihm verblassen. Wichtige Probleme oder solche, von deren Wichtigkeit er überzeugt war, wollte er selbst behandeln. Sogar Staatssekretär Hay fühlte die alles beherrschende Allgegenwart des Präsidenten. Während Hay Präsident McKinley häufig nur einmal im Monat sah, traf er mit Roosevelt beinahe täglich zusammen. «From the moment of Mr. Roosevelt's accession», stellt ein Biograph von Hay fest, «the State Department felt a new impelling force behind it. The Secretary still conducted the negotiations, but the origination and decision of policy came to rest more and more with the President»⁹⁶. Nach dem Tode Hays im Jahre 1905 wurde Roosevelt praktisch sein eigener Außenminister, und schon früher trat er in direkten Kontakt mit seinen Gesandten und mit ausländischen Regierungs- und Staatsechefs⁹⁷. Mit den wichtigsten Botschaftern in Washington lebte er auf freundschaftlichem Fuß⁹⁸.

«Righteousness» und individuelle und nationale Stärke blieben die Schlagworte, nach denen er zu leben und die er zu verwirklichen suchte. Die Gleichstellung der beiden Begriffe in seiner Ueberzeugung und deren teilweise Identifikation weisen allein schon auf die Spannung von Idealismus und Realismus in Roosevelts Persönlichkeit hin.

Roosevelts Kult der Stärke ist leicht zu erfassen. Das als Jüngling begonnene Körpertraining setzte er auch während seiner Präsidentschaft fort. Er boxte mit jüngern Offizieren, bis er ein Auge verlor. Seine in- und ausländischen Freunde forderte er zu Reit- und Kletterpartien in der Umgebung der Bundeshauptstadt auf — eine Quelle zahlreicher Anekdoten. Außerdem trieb er auch für einen Mann seines Alters und seiner Würde gemäßigere Sportarten. Die gleiche physische Kondition, die er selbst erstrebte, verlangte er von seiner Umwelt. Schwäche, besonders selbstverschuldete, verachtete er⁹⁹.

Im «Wilden Westen» hatte er gelernt, daß das Individuum einen angeborenen Stolz besitzt, den es unter allen Umständen verteidigen mußte, wenn es sich in der Gesellschaft durchsetzen wollte. Feiglinge fanden dort keinen Platz; sie konnten nur existieren unter Aufgabe ihres eigenen Willens, waren entsprechend verachtet und dem Wohlwollen der andern ausgeliefert. Nur wer entschlossen war, empfangene Beleidigungen zu rächen und seine Interessen wenn nötig gewaltsam durchzusetzen, vermochte sich zu behaupten. Der Starke, der den Kampf um seine Ehre nicht scheute, konnte es sich leisten, einem Schwachen gegenüber Milde walten zu lassen, ohne selbst als Schwächling angesehen zu werden.

Diese besondere Art Ethik, die von den Cowboys und den letzten Vertretern der Pioniere und «frontiersmen» gepflegt wurde, entsprach dem Temperament Roosevelts. Es war die Ethik des «vigorous life» seiner «Rough Riders», die er bewunderte. Sie gab dem Starken Macht, aber auch Pflichten gegenüber den Schwächern und gegenüber der Gemeinschaft. Derjenige, der bereit war, für seine Ehre zu kämpfen, wurde geachtet, auch wenn er im Kampfe unterlag. Der Starke wurde respektiert, und wenn er seine Macht in uncennütziger Weise in den Dienst der Gesellschaft stellte, ging er ruhmreich in die lokale Geschichte ein. Der Feigling aber, der seine Ehre beflecken und seine Interessen schädigen ließ und dem Kampf auswich, war ein verachteter Spielball der Gesellschaft, welches immer auch die Motive für sein Verhalten waren.

Diese Ethik, die Roosevelt in einer halb-anarchistischen Gesellschaftsordnung fand oder zu finden glaubte, übertrug er auf die nach seiner Meinung chaotische Staatengesellschaft. Nationale Verteidigung im weitesten Sinn des Wortes war das Hauptmotiv seiner Außenpolitik. Verteidigung, Wahrung der nationalen Interessen in jeder Form war seine Leidenschaft, beinahe seine Religion, um mit Hill zu reden¹⁰⁰.

Dazu gehört auch, was wir an anderer Stelle dargestellt haben¹⁰¹: die Freiheit, jede Methode zu wählen, mit der sich ein bestimmtes Ziel

erreichen ließ. Im Westen konnte man nicht wählerisch sein, wenn es galt, sich seiner Feinde zu erwehren oder seine vitalen Interessen zu wahren. Wann immer eigene Rechte gefährdet waren, eigene Interessen verletzt wurden oder die Existenzbedingungen verbessert werden mußten, blieb einem nichts übrig als zu handeln. Man dachte nicht, den andern zu schädigen: man hatte kein vorgefaßtes Programm, wie das Leben verbessert werden konnte: aber man handelte, sobald es die Umstände verlangten und so, wie es die Erhaltung der Existenz erforderte.

In diesem Sinne war Roosevelts Außenpolitik undoktrinär: sie war im wesentlichen opportunistisch praktisch, wie er zu sagen liebte. Er hatte nicht den vorgefaßten Plan, z. B. ein amerikanisches «Imperium» in der westlichen Hemisphäre zu schaffen. Er brachte eins zustande, indem er die Gelegenheiten ausnutzte, die sich der Politik der Vereinigten Staaten boten, weil er überzeugt war, im Interesse seines Landes und damit im Interesse der ganzen Welt, einschließlich Lateinamerikas, zu handeln.

8. Politische Aktivität in der Opposition

Nach siebeneinhalb Jahren im Weißen Haus setzte sich Roosevelt, der inzwischen zum unumschränkten Herrscher der Republikanischen Partei geworden war, dafür ein, daß sein zuletzt als Kriegsminister tätiger Freund William Howard Taft zu seinem Nachfolger bestimmt wurde, und verreiste in die Alte Welt. In Afrika jagte er Großwild, «in providing a large American flag, with which I am solemnly marching through Africa», wie er seinem Freund Lodge schrieb¹⁰². In Aegypten und an der Universität Oxford, wo er für die «Romanes Lecture» eingeladen worden war, glaubte er als alter Kolonisator, Großbritannien über die richtige Kolonialpolitik aufklären zu müssen. Als weltberühmter Mann, vom Volk und von den höchsten staatlichen Stellen gefeiert, bereiste er Europa und eilte von Empfang zu Empfang, von einem Monarchen zum andern. Den Papst weigerte er sich zu sehen, weil ihm vom Vatikan nahegelegt worden war, die Methodistische Gemeinde in Rom nicht zu besuchen — «a proposition that a Tammany Boodle Alderman would have been ashamed to make»¹⁰³. Sein alter «Freund» Kaiser Wilhelm machte ihn darauf aufmerksam, daß er als erster Privatmann die Ehre hatte, zu Seiner Seiten ein Défilée deutscher Truppen abzunehmen. Er folgte einer Einladung, um an der Sorbonne eine Rede zu halten. In Oslo sprach er vor dem Nobel-Preis-Komitee, das ihm den Friedenspreis für seine

Vermittlung im Russisch-japanischen Krieg übergeben hatte. Dort legte er seine Ideen für eine Weltorganisation dar. Auch in Berlin sprach er in Anwesenheit des Kaisers über «the World Movement». In England schließlich wurde er von allen Würdenträgern empfangen und vertrat glänzend vor der versammelten Aristokratie Europas die Vereinigten Staaten an den Trauerfeierlichkeiten für Edward VII¹⁰⁴.

Nach Amerika zurückgekehrt, wo ihm ein großartiger Volksempfang bereitet wurde, fand Roosevelt eine veränderte politische Lage vor. Die innenpolitischen, progressiven Anhänger des ehemaligen Präsidenten klagten seinen Nachfolger wegen dessen angeblicher Schwäche gegenüber dem «big business» an. Anfänglich schien sich Roosevelt außerhalb des Konflikts zu halten; doch wuchsen die Spannungen zwischen ihm und seinem alten Freund Taft mehr und mehr, bis er sich entschloß, sich als dessen Gegner um die Präsidentschaftsnomination zu bewerben. Am Parteikonvent vom Jahre 1912 siegte jedoch Taft, der die Parteimaschine kontrollierte. Roosevelt glaubte sich hintergangen. Er erachtete den seltenen Augenblick für gekommen, wo es nötig ist, «to cut loose . . . and stand alone for a great cause», um die Worte zu gebrauchen, die er im Jahre 1900 in einem Artikel geschrieben hat¹⁰⁵.

Als Kandidat der «Progressive Party» und mit dem «New Nationalism» als Parteiprogramm zog Roosevelt in den Wahlkampf. Mit mehr Volks- und Wahlstimmen als Taft blieb er jedoch hinter dem demokratischen Kandidaten, Woodrow Wilson, zurück, der übrigens ein ähnliches liberal-soziales Programm, die «New Freedom», vertrat wie Roosevelt.

Seine politische Laufbahn glaubte der Geschlagene beendet. Er kehrte in den Schoß seiner Stammpartei zurück, da er nicht an die Existenzmöglichkeit einer «third party» glaubte. In den stillen Monaten seiner politischen Untätigkeit schrieb er seine Selbstbiographie, die 1913 veröffentlicht wurde. Als Präsident der «American Historical Society» hielt er einen Vortrag über «History as Literature». Seine regelmäßigen Beiträge für die Zeitschrift «Outlook», die er nach seiner Rückkehr von Europa begonnen hatte, setzte er fort. Den Winter 1913/14 verbrachte er in Brasilien auf der Jagd, wo seine im Feldzug von Cuba bereits geschwächte Gesundheit gefährlich angegriffen wurde¹⁰⁶.

Die restlichen Jahre von Roosevelts Leben waren durch seinen Haß gegen Präsident Wilson gekennzeichnet, ein Haß, der seine politischen Äußerungen weitgehend beeinflusste.

Der erste Ausbruch dieses Hasses erfolgte gleich nach Roosevelts Rückkehr von Brasilien, als die Regierung an einem Abkommen mit Columbia arbeitete, das eine Entschuldigung und eine Entschädigung für die Vorfälle des Jahres 1903 vorsah. Roosevelts Stolz war dadurch empfindlich getroffen; denn er hatte stets sein Vorgehen gegenüber Columbia anlässlich der Panama-Revolution als das Höchste in «righteousness» empfunden und die damalige Regierung von Columbia, die die Annahme des Panama-Abkommens mit der Union verweigert hatte, verhöhnt. Eine nachträgliche Entschuldigung an Columbia, wo es nach seiner Meinung nichts zu entschuldigen gab, mußte ihn persönlich schwer treffen. Eine Regierung, die sich vor Columbia beugte, war für ihn völlig erledigt. Und so, obschon Wilson vieles aus Roosevelts innenpolitischem Programm verwirklichte oder zu verwirklichen suchte, vermochte der «Colonel» nichts Gutes an dessen Politik zu finden.

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges brachte Roosevelt in nicht geringe Verwirrung. Er scheint nicht recht gewußt zu haben, wie er sich verhalten sollte. Wenige Tage nach den ersten Kriegserklärungen äußerte er, er hoffe, daß das amerikanische Volk die Bestrebungen der Regierung unterstützen werde, die Union ungeschädigt durch die Krise zu bringen und die Ehre und die Interessen der Nation zu bewahren¹⁰⁷.

Die Invasion von Belgien schien er anfänglich gutzuheißen oder wenigstens nicht zu verurteilen. Sein Mißtrauen gegenüber internationalen Abkommen wurde durch dies Ereignis gestärkt¹⁰⁸. In Artikeln, deren Verfassung er nach wenigen Wochen bedauerte und die er änderte, bevor er sie in Buchform herausgab, verteidigte er die Verletzung der belgischen Neutralität durch deutsche Truppen aus seiner Einstellung zu «military efficiency» und seiner Philosophie der Freiheit in der Wahl der Mittel zur Erreichung eines großen Zieles heraus. Wenn es um den Existenzkampf geht, sagte er, gibt es «no such thing as abstract right or wrong»¹⁰⁹.

Jedoch bald machte Roosevelt einen raschen und energischen Geminnungswechsel durch, wenn von einem solchen gesprochen werden kann. Zusammen mit der öffentlichen Meinung Amerikas, die anfänglich den europäischen Krieg eher indifferent betrachtet hatte, ging er mit Herz und Verstand ins alliierte Lager über.

In seiner Kritik von Wilsons Politik kommt Roosevelts Auffassung von den Aufgaben eines Präsidenten deutlich zum Ausdruck¹¹⁰. Während Wilson den Ruf der öffentlichen Meinung abwartete, bevor er sich für den Krieg entschied, bestand er darauf, daß der Präsident die öffentliche Meinung führen müsse: Der Präsident muß handeln und

dann nachträglich die Nation zur Unterstützung seiner Maßnahmen veranlassen.

Roosevelt war einer der stärksten Befürworter der amerikanischen Intervention im Weltkrieg. Entsprechend seiner Idee der außenpolitischen Mission der Vereinigten Staaten vertrat er den Standpunkt, daß die Union die Pflicht habe, das Böse in der Welt, in diesem Falle Deutschland, zu bekämpfen. Die Neutralitätspolitik Wilsons bedeutete ihm, daß die Nation ihrer Pflicht auswich und so ihre Ehre schändete. Als amerikanisches Leben durch den deutschen Unterseebootkrieg gefährdet wurde, fand Roosevelt kaum genug Worte, die schmähliche Erniedrigung der amerikanischen Nation zu beschreiben und Wilson und die Regierung anzuklagen.

Im Wahljahr 1916 war Roosevelt sogar bereit, wenn nötig seinen ehemaligen Freund und seit 1912 bitteren Feind Taft gegen Wilson zu unterstützen. Andererseits warnte er seine Partei, er würde für Wilson eintreten, wenn sie in ihrer «platform» die nationale Ehre nicht hochhalten, sondern eine persönliche Haltung gegenüber Deutschland einnehmen sollte. Eine Nomination durch die «Progressive Party», die gegen die regulären Republikaner in den Kampf ziehen wollte, lehnte er ab, weil er fürchtete, daß sich die Vorfälle von 1912 wiederholen würden, nämlich, daß die Demokraten infolge der Spaltung der Republikaner siegen würden. Den Sieg Wilsons konnte aber auch Roosevelt nicht vereiteln.

Unterdessen hatte Wilson begonnen, die Nation für den Krieg zu rüsten. Roosevelts Haß gegen den Präsidenten verhinderten ihn aber, Wilson dabei zu unterstützen. Er konnte Wilsons Maßnahmen nur verächtlich machen und hörte nicht auf, vermehrte Kriegsbereitschaft und Rache für die durch die deutsche Kriegsführung verlorenen amerikanischen Leben zu fordern¹¹¹.

Nachdem die Vereinigten Staaten schließlich in den Weltkrieg eingetreten waren, bot Roosevelt seinem Feind im Weißen Haus seine Dienste an. Er bewarb sich darum, den Befehl über eine amerikanische Division in Europa zu übernehmen, indem er sich auf seine Teilnahme am kubanischen Feldzug berief. Sein Angebot wurde zu einer Forderung, als sein Verlangen abgelehnt wurde¹¹². Abgesehen von den berechtigten Zweifeln am militärischen Können des kranken Mannes, der Roosevelt war, dürfte sich Wilson an die triumphale Rückkehr des «Colonel» aus dem kubanischen Feldzug erinnert und eine Wiederholung ähnlicher Vorfälle befürchtet haben. Pringle meint, daß Roosevelts Erscheinen an der Front in Frankreich die alliierte Sache stark stimuliert und den Sieg beschleunigt hätte; denn Roosevelt galt als der Inbegriff des sich für das Schicksal Europas bekümmernenden Ame-

rikaners. Jedenfalls appellierte Clemenceau an Wilson, Roosevelt mit dem Expeditionskorps herüber zu senden¹¹³.

Roosevelts Haß und Zorn gegen den Präsidenten wurde durch diese Absage so verstärkt, daß er dessen Kriegsanstrengungen gefährdete, was allerdings nicht in seiner Absicht lag. Pringle betont im Gegenteil, daß Roosevelts Verhalten wesentlich zum Erfolg der amerikanischen Kriegsrüstung beigetragen habe. Seine Stimme «was the voice of emotion, but it did untold service in arousing the American people from their lethargy. The verdict of history may well be that Roosevelt at home, unhappy and vengeful, was far more useful than he could have been in France»¹¹⁴.

Im Februar 1918 begann das Ende von Roosevelts Leben. Nach einigen Vortragstournées, in denen er im Gegensatz zu Wilson die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, «peace with victory», forderte, und nach kurzer Mitarbeit am Kansas City Star starb er am 6. Januar 1919.

Mit einer gewissen Berechtigung wirft Pringle die Frage auf, wie sich Roosevelt im Kampf um den Völkerbund verhalten hätte. Der Biograph vermutet, daß sich Roosevelt infolge seines Hasses gegen den Präsidenten — alles, was von Wilson kam, war schlecht — den Gegnern der Völkerbundsidee angeschlossen hätte. Pringle spricht davon, daß sich Roosevelt in den letzten Jahren von seinen eigenen Vorschlägen einer Weltorganisation abgewendet habe. Meines Erachtens ist es richtiger zu sagen, daß Roosevelts Weltorganisation auf andern Grundlagen aufgebaut war als Wilsons Völkerbund¹¹⁵.

THEODORE ROOSEVELTS AUSSEN POLITISCHE KONZEPTION

Im ersten Kapitel der vorliegenden Arbeit haben wir die Geschichte der amerikanischen Außenpolitik im Hinblick auf die Ereignisse von 1898 untersucht. Wir haben dabei festgestellt, daß die amerikanische Außenpolitik in diesem Jahr insofern in eine neue Phase eingetreten ist, als bestimmte Kräfte und Strömungen, die von allem Anfang an in der amerikanischen Nation vorhanden gewesen waren, sich dank der momentanen politischen Gegebenheiten verwirklicht und die Union in die Arena der Weltpolitik hineingeführt haben.

Im zweiten Kapitel haben wir versucht, Roosevelts Wesen darzustellen, und haben in ihm einen Menschen kennengelernt, welcher sich infolge seines Charakters und Temperaments aktiv an der Entwicklung der Union von einem potentiellen zu einem faktischen Weltstaat beteiligt hat.

Unsere Aufgabe ist es nun, zu untersuchen, auf Grund welcher Motive und Ueberlegungen Roosevelt — vornehmlich als Präsident — außenpolitisch gehandelt oder zu handeln versucht hat. Wie wir in der Einleitung ausgeführt haben, stellen sich der Untersuchung von Roosevelts Aeüßerungen, die uns als Quellen dienen müssen, Schwierigkeiten entgegen, weil nämlich Theodore Roosevelt nie ein «Denker» gewesen ist, sondern weil seine Aeüßerungen Ausdruck seiner Emotionen und nachträgliche Rechtfertigungen seines Handelns sind, und weil er sehr oft mit diesen Aeüßerungen propagandistische Zwecke verfolgt hat. In der biographischen Skizze haben wir danach getrachtet, die Grundlagen und Hintergründe seines Denkens aufzuzeigen. Wir haben festgestellt, daß sein Leben von einer tiefen, konkret jedoch kaum faßbaren Ethik bestimmt gewesen ist. Unseres Erachtens ist seine Auffassung von Ethik der Schlüssel zum Verständnis seiner Außenpolitik, so daß wir in der folgenden Untersuchung davon ausgehen. Es ist die Ethik der «Rough Riders», wie wir sie auf Seite 57 gezeichnet haben, angewandt auf die Außenpolitik.

Der nächste Schritt ist dann die Untersuchung von Roosevelts Konzeption der Beziehungen zwischen Staaten im allgemeinen. Die folgenden Abschnitte über seine Auffassung der Stärke und Größe der Union sind Weiterentwicklungen seiner außenpolitischen, konkreter gewordenen praktischen Ethik. Nach diesen Untersuchungen können wir an speziellere Probleme herangehen.

1. Roosevelts außenpolitische Ethik

Ein Axiom in Roosevelts außenpolitischer Konzeption ist seine Forderung, daß die amerikanische Nation «honorable», ehrenhaft, rechtschaffen usw. sein muß und sein will und entsprechend zu handeln hat. Sonst wäre sie einer nationalen Existenz unwürdig, so wie ein unmoralisches Individuum seines Lebens nicht würdig ist. Diese Forderung ist in Roosevelts Äußerungen meist nur implizite enthalten. Sie umfaßt alles, was er mit dem Schlagwort «righteousness», das er immer wieder verwendet, bezeichnet «... righteousness...», sagt er einmal. «should bind the conscience of a nation as it should bind the conscience of an individual»¹. Dieser Begriff, wie ihn Roosevelt braucht, ist weder leicht zu übersetzen — er enthält Gerechtigkeit, Rechtschaffenheit, Ehrenhaftigkeit, Aufrichtigkeit — noch einfach konkret zu umschreiben. Wir müssen aber zu erkennen versuchen, was Roosevelt damit meint². Indem wir Roosevelts Beurteilung von Krieg und Frieden untersuchen, kommen wir zu einem vorläufigen Verständnis seiner außenpolitischen Ethik.

Für Roosevelt hat die Außenpolitik zu einem großen Teil mit Frieden zu tun. Wie wir noch darstellen werden³, ist es sein Bestreben, den Friedenszustand für die Union und die Welt zu erhalten. Wie er sagt, ist die amerikanische Nation zu tiefst friedliebend⁴, was in anderm Zusammenhang sein großer Kummer ist. Er selbst bekennt, daß der Friede ein großes Gut ist⁵. Für Roosevelt bedeutet jedoch Friede an sich nichts. Der Friedenszustand hat einen ethischen Wertgehalt; Friede muß «righteous» sein. «The wisest and most farseeing champion of peace will ever remember that, in the first place, to be good it (peace) must be righteous»⁶. Wenn es Roosevelt als eine der vornehmsten Pflichten der Nation betrachtet, den Friedenszustand zu erstreben, so sieht er in der ethischen Haltung der Nation eine noch größere Pflicht⁷.

Dieser «peace of righteousness» ist einer jener Begriffe von Roosevelt, welche er nur andeutungsweise gebraucht, von denen er aber ständig spricht. Aus seinen Äußerungen können wir entnehmen, daß

sich das außenpolitische Handeln nicht gegen die mit dem Gewissen übereinstimmende und von diesem bestimmte Ueberzeugung richten darf. Die Wohlfahrt der Nation, die Interessen kommender Generationen und die nationalen Existenzgrundlagen sind weitere Faktoren, welche die Außenpolitik zu berücksichtigen hat, um den «peace of righteousness» zu gewährleisten. Der schönste Friede belastet die nationale Seele, meint Roosevelt, wenn er sich auf die Einwilligung in Unrecht und Schlechtigkeit⁸, auf Feigheit und Egoismus stützt⁹.

Die Konsequenz dieser Ueberlegung ist dies, daß die Alternative zum «wahren» Frieden im Krieg besteht. Nach der Auffassung von Roosevelt kann sich die Außenpolitik, um den Frieden zu bewahren, nicht in der Verneinung des Krieges erschöpfen. Wenn der Friede mit der nationalen Ehre und den moralischen Grundsätzen der Nation in Konflikt gerät, führt Roosevelt aus, «then a great and upright people can never for a moment hesitate to follow the path which leads toward righteousness, even though that path also leads to war»¹⁰. Das heißt in andern Worten, daß ein «gerechter» Krieg besser als ein «unmoralischer» Friede sei. Roosevelt geht noch einen Schritt weiter und erklärt, daß wahrer Friede häufig nur auf Kosten eines Krieges erhalten werden kann¹¹. Allerdings verwahrt er sich dagegen, daß er den Krieg an sich befürworte; denn, sagt er, «unjust war is a terrible sin»¹². Doch unter dem Eindruck der deutschen Invasion von Belgien¹³ schreibt er: «Peace obtained by crushing the liberty and life of just and unfending peoples is as cruel as the most cruel war»¹⁴. Diese Ueberlegungen gipfeln im Satz, daß «even to be defeated in war may be far better than not to have fought at all»¹⁵. Dieser heroische Ausspruch erstaunt bei Roosevelt nicht. Entsprechend dem an anderer Stelle Gesagten ist für ihn eine Niederlage zweifellos ehrenvoller als der Verlust der Ehre¹⁶.

Was Roosevelt unter einem «gerechten» Friedenszustand versteht, kann aus seiner Betrachtung dessen erkannt werden, was er als den «great blot upon European international morality in the closing decade of this (19 th) century» bezeichnet: das passive Verhalten der europäischen Mächte gegenüber den türkischen Maßnahmen in Armenien. Während die Türkei «inflicted the last horrors of butchery, torture, and outrage upon the men, women and children of despairing Armenia», klagt Roosevelt, bewahrten die Mächte den Frieden. «War was avoided, peace was kept; but what a peace!» Dagegen bedeutete der Türkisch-russische Krieg nach Roosevelts Meinung «an immense and permanent increase of happiness» für den Balkan, «because of this expansion of the domain of civilization at the expense of barbarism. . . . This expansion produced peace . . .»¹⁷. Ähnlich interpre-

tiert Roosevelt den amerikanischen Sezessionskrieg. Auch in diesem Falle konnte der Friede nur mittels Krieg erreicht werden. «We escaped generations of anarchy and bloodshed . . .», sagt er darüber, «because our fathers who upheld Lincoln and followed Grant were men in every sense of the term»¹⁸.

Roosevelts ständiger Kampf gegen die Pazifisten, «peace-at-any-price men», wie er sie nennt, hat das gleiche Thema. Nach seiner Auffassung können solche Leute dem Frieden nur schaden. Gerade weil der Friede so kostbar ist, meint er, ist «the attitude of those who advocate it in terms that would make it synonymous with selfish and cowardly shrinking from warring against the existence of evil» besonders schädlich¹⁹. Roosevelt ist überzeugt, daß, wenn Tolstois Friedensphilosophie befolgt würde, dies den Triumph der Barbarei bedeutete. Rußland würde von Tartaren überschwemmt werden, ein armenisches Gemetzel im großen würde stattfinden und das russische Volk würde von der Erde verschwinden. «It is not necessary to point out that the teaching which would produce such a condition of things is fundamentally immoral»²⁰.

2. Zwischenstaatliche Beziehungen

Roosevelt will den Gedanken der «*rigtheousness*» sowohl in bezug auf die Vereinigten Staaten wie in bezug auf die andern Nationen angewendet wissen, d. h., er verlangt Gerechtigkeit gegenüber sich selbst wie gegenüber den andern.

Das Ehrgefühl der Nation verlangt, daß sie aus eigenem Willen und eigener Entschlußkraft handelt und ihre vitalen Interessen und Rechte kompromißlos erwahrt und verteidigt; das Essentielle der nationalen Souveränität darf nicht aufgegeben werden.

Andererseits empfiehlt Roosevelt der Nation, aus eigenem Interesse und aus einer gewissen ehrenhaften Großzügigkeit heraus die andern Nationen gemäß den Regeln des Völkerrechts und der internationalen Höflichkeit zu behandeln und nicht zu provozieren. Die andern Nationen könnten ja auch ein Ehrgefühl haben und dieses ebenfalls höher bewerten als den Frieden.

Diese beiden Anschauungen sind bei Roosevelt eng verbunden; doch hat die erste, die Wahrung der eigenen Interessen und Rechte, den Vorrang. Nach seinem Rücktritt als Präsident hat Roosevelt diese Politik, der er sich rühmte nachgelebt zu haben, mit folgenden Worten umschrieben: «There are certain elementary principles all of which should be kept steadily in view if a nation wishes to act justly

both by itself and by others. It must insist upon what is necessary for its own healthy life, and this even at the cost of a possible clash; but this insistence on what is due to itself should always be accompanied by all possible courtesy to and fair dealing with others»²¹.

Diesen Gedanken drückt Roosevelt in verschiedenen Varianten immer wieder aus. Auch in dieser Beziehung wird die Nation mit dem Individuum verglichen: «It is our duty to remember that a nation has no more right to do injustice to another nation, strong or weak, than an individual has to do injustice to another individual. . . . But we must also remember that it is as much the duty of the nation to guard its own rights and its own interests as it is the duty of the individual so to do»²². In diesen Sätzen ist auch Roosevelts ethische Begründung für seine These, welche er immer rasch zur Hand hat, festzustellen: Nation und Individuum haben die Pflicht, auf ihren Interessen und Rechten zu bestehen; sie haben kein Recht, Unrecht zu tun. Eine nähere Erklärung dafür gibt er allerdings nicht. Dies gehört unter den Begriff «righteousness», unter das undiskutable Axiom, das für jede zivilisierte und speziell amerikanische Person und Nation selbstverständlich ist, wenn sie überhaupt als solche gelten will.

Roosevelt hat den Eindruck, daß sich die Staatengesellschaft in einem anarchieähnlichen Zustand befindet. Im Gegensatz zum Staatsrecht, wo die Maxime gilt, «that for every wrong there is a remedy», vermißt er im Völkerrecht eine Autorität, die dazu berufen ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten und Vergehen der einzelnen Staaten zu bestrafen²³. In diesem ungeordneten internationalen Zustand muß sich daher, erklärt er, jede Nation selbst beschützen können und ihre Rechte und Interessen selbst wahren. «A self-respecting, just, and far-seeing nation», eine Nation also, die den Frieden will und für das Gute in der Welt eintritt, sagt er, wird aber dazu noch die Rechte der andern Staaten beachten. Denn schließlich sind alle aufeinander angewiesen. «I do most emphatically say that in international policy, the nation, while free from every taint of weakness, or of that foolish sentimentality that sacrifices reality to pretense, should also show a genuine and effective regard for the rights of others, genuine heed to what I believe to be the sound principle of mutuality of benefit and obligation in international precisely as in internal dealings»²⁴.» Gegenüber Trevelyan, dem englischen Historiker, äußert sich Roosevelt, daß er Politik als ein schmutziges Geschäft betrachte, «unless they (practical politics) rest on a basis of honest and disinterested sentiment», fügt aber sogleich bei, daß dieses Desinterressement von intelligentem Selbstinteresse begleitet sein müsse²⁵.

In Anbetracht der internationalen Lage, des anarchie-ähnlichen Zu-

standes, findet es Roosevelt notwendig, daß die Vereinigten Staaten das Wohlwollen der andern Nationen erwerben — typisch für ihn: «not only in our words, but in our deeds» , «by acting toward them in a spirit of just and generous recognition of all their rights»²⁶. Es genügt nicht, fährt er fort, die Rechte der andern Nationen nur zu beachten, sondern das amerikanische Volk und insbesondere die amerikanische Presse müssen sich hüten, andere Nationen durch ungeschickte Äußerungen zu beleidigen. Einmal, am Vorabend einer Reise während seiner Präsidentschaft, ermahnt er einen Admiral im Flottensekretariat: «I am going away and I want you and everybody around the Department to help me in seeing that no chance is given ignorant, foolish or reckless newspaper men to make statements which tend to embroil us with foreign nations. The last thing I want to see done is an impression conveyed that we are boasting, or saying anything that will hurt the feelings of powers with which we are at peace, and with which I hope we will continue on terms of friendship. I want to see every step possible taken to make us the most formidable of foes in the event of war, and at the same time to make it equally evident that no one need fear a war with us unless from his own fault»²⁷. Auch Admiral Dewey warnt er, vorsichtig mit politischen Äußerungen zu sein; «we are too big a people to be able to be careless in what we say»²⁸.

Hinter diesen und ähnlichen Äußerungen Roosevelts, welche die Beachtung fremder Rechte und der internationalen Höflichkeit verlangen und eine vorsichtige Politik befürworten, steht Roosevelts Forderung, daß die Vereinigten Staaten in erster Linie ihre eigenen Interessen und Rechte wahrnehmen und durchsetzen müssen. Ob es sich um die Beschränkung der Bewegungsfreiheit amerikanischer Bürger in fremden Staaten²⁹, um strategische und wirtschaftliche Interessen oder um die Nation schädigende Bestimmungen des Völkerrechts handle, ist es die Pflicht der Regierung einen festen Standpunkt einzunehmen, auch wenn dies Krieg bedeuten sollte.

Es entspricht nicht Roosevelts Charakter, eine passive Außenpolitik zu befürworten. Beharren auf den eigenen Interessen und Rechten heißt für ihn nicht unbedingt, daß sich die Union mit einer bestehenden Situation abfinden muß; Interessen und Rechte, die von der Nation neu erworben werden oder aus einer veränderten Situation heraus entstehen, sind ebenso wichtig wie überlieferte. So schreibt er im Hinblick auf die Wahlen von 1896: «It is earnestly to be hoped that the Republican Party will also make an aggressive fight on the question of America's foreign policy. A policy of buncombe and spread-eagleism in foreign affairs would be sincerely to be deprecated;

but a policy of tame submission to insult is even worse . . . America must never play the part of a bully; but even less must she play the part of a coward³⁰.»

«Speak softly and carry a big stick, you will go far», ist ein, wie er sagt, afrikanisches Sprichwort, das Roosevelt mit Vorliebe zitiert, um seine Politik zu charakterisieren. Der «big stick» ist mit Roosevelt in die Geschichte eingegangen; aber das Leise-Treten, das vorsichtige Abwägen der Möglichkeiten, das Höflich-Sein im internationalen Gespräch, gehört ebenso zu seiner Politik wie der «big stick». Die Frage, mit der wir uns nicht an dieser Stelle zu befassen haben, ob Roosevelt es verstanden hat, diese beiden Möglichkeiten der Politik weise zu gebrauchen, bleibt jedoch offen³¹.

Wir haben erwähnt, daß Roosevelt die internationale Lage als einen anarchieähnlichen Zustand empfindet. Seine Politik ist gekennzeichnet durch ein starkes Mißtrauen gegenüber den Großmächten.

Als Zeitgenosse der Auseinandersetzungen der Vereinigten Staaten mit Großbritannien über Fischereirechte, über den Venezuela-Grenzkonflikt, über die Alaska-Grenze usw. und als Beobachter der mühsamen Verhandlungen zwischen den beiden Mächten hegt Roosevelt anfänglich ein besonders starkes Mißtrauen Großbritannien gegenüber. Dieses, glaubt er im Jahre 1892, ist das Land, mit dem die Union am ehesten in diplomatische Konflikte geraten kann. Die Tatsache, daß die Union mit einer doppelten Macht, Großbritannien und Canada, rechnen muß, ist für ihn ein Grund, daß die bestehenden Schwierigkeiten noch erhöht werden³². Der Regierung Präsident Harrisons, deren Politik er sonst über alle Maße preist, wirft Roosevelt einen einzigen Fehler vor, nämlich den Mißerfolg in den Verhandlungen über die Robben-Fangrechte in der Beeringsee. Dieser Mißerfolg habe beruht, sagt er, auf «our overanxiety for a peaceful settlement, and consequent willingness to yield what we ought not to have yielded»³³. In seinem Widerwillen gegen England steht Roosevelt vor der Jahrhundertwende nicht allein in Amerika. Allgemein wird in den verwandten Briten der potentielle Feind gesehen. Sogar die Freundschaft mit dem englischen Diplomaten Sir Cecil Spring Rice kann Roosevelt nicht gnädiger gegen England stimmen³⁴. Im Disput über die Grenzen Venezuelas, in dem Großbritannien sich weigerte, die Monroe-Doktrin anzuerkennen, wirft er England vor, keinen Respekt vor «abstract right and morality» zu haben, wenn es eine Möglichkeit für Gebietserweiterung oder für Handelsgewinne sehe — er selbst sollte später auch nicht immer Verständnis für abstraktes Recht zeigen. Er scheut sich nicht, von einem bevorstehenden Krieg gegen Großbritannien zu reden und mit der Eroberung von Canada zu

drohen³⁵. Noch einmal, anläßlich der Verhandlungen über die Grenzen Alaskas, entbrennt Roosevelts Zorn gegen Großbritannien. Auch diesmal, als Präsident, erwägt er die Möglichkeit des Krieges und läßt geheime militärische Vorbereitungen treffen³⁶.

Unter dem Eindruck der englisch-deutschen Gespräche um die Jahrhundertwende ist Roosevelt wegen einer möglichen Kombination der beiden Mächte gegen die Union besorgt³⁷. Doch wenig später schreibt er seinem Freund, er sei im ganzen freundlich gegen England gesinnt, glaube jedoch, daß diese Freundschaft nicht übertrieben werden dürfe³⁸. In der Folge erkennt er immer mehr, daß Großbritannien ein für die Union verlässlicher Partner im internationalen Geschehen ist; tatsächlich hat England gezeigt, daß es die Freundschaft der Union braucht und sucht. Im Dezember 1904 empfindet Roosevelt «a sincere friendliness» für England. Sein Mißtrauen hat er jedoch noch nicht verloren und bleibt bewußt distanziert. Er äußert sich in dem Sinne, daß England die Freundschaft der Union erst gesucht habe, seit diese stark geworden ist. «If we quit building our fleet», meint er, «England's friendship would immediatly cool»³⁹. Nach seinem Rücktritt als Präsident hat er alles Mißtrauen Großbritannien gegenüber überwunden, und durch den Weltkrieg wird er ganz zu England hingezogen⁴⁰.

Auch Deutschland ist seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts von der amerikanischen Nation mißtraulich betrachtet worden. Der Samoa-Konflikt, das deutsche Verhalten im Spanisch-amerikanischen Krieg und die aktive deutsche Außenpolitik in überseeischen Gebieten haben dieses Mißtrauen geschürt. Roosevelts Einstellung zum Deutschen Reich ist schwierig zu beurteilen. Zweifellos liebt und achtet er das deutsche Volk⁴¹. Seine Freundschaft mit dem deutschen Botschafter in Washington, Speck von Sternberg, und seine intensive Korrespondenz mit Kaiser Wilhelm II. verschleiern jedoch seine wahre Einstellung zur deutschen Politik. Es scheint, daß die deutschen Stellen von seiner aufrichtigen Freundschaft zum Reich überzeugt gewesen sind⁴². Aber das aggressive Vorgehen im Venezuela-Zwischenfall von 1902 ist für ihn ein ausreichender Grund, vor der deutschen Politik auf der Hut zu sein. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß er sich nie ganz im klaren ist, was er vom Reich, dem Kaiser und der deutschen Außenpolitik halten soll. Besonders deutlich kommt dies in seinen Vermittlungsbemühungen im Russisch-japanischen Krieg zum Ausdruck: Einmal schreibt er Spring Rice, der Kaiser habe sich bewundernswert verhalten und ihm in seinen Bemühungen wirklich geholfen⁴³; etwas später schreibt er, es sei ihm ein Rätsel, warum der Kaiser Friede zwischen Rußland und Japan haben möchte, wobei er

ihm uneigennützige Gründe nicht zutraute⁴⁴. Roosevelts Verhältnis zum Deutschen Reich schwankt zwischen Bewunderung, Mißtrauen und Geringschätzung. Er bewundert es wegen seiner aktiven, auf Macht begründeten Außenpolitik; gleichzeitig ist er sich bewußt, daß Deutschland ein gefährlicher, wenn nicht der gefährlichste Rivale der Union ist, und er spottet über die «jumpy» Politik und das großtuerische Gebahren des Kaisers. Diesen bewundert er, wie er sagt, «very much as I would (admire) a grizzly bear»⁴⁵. Roosevelts Intervention in der Marokko-Krise ist deutlich gegen Deutschland gerichtet, und im sich anbahnenden Konflikt zwischen den Mächten nimmt er immer deutlicher Stellung zugunsten Großbritanniens und Frankreichs.

Frankreich spielt in der Außenpolitik der Union keine hervorragende Rolle. Roosevelt achtet dieses Land, ohne ihm jedoch eine große Zukunft zuzuschreiben, und unterstützt es besonders in der Marokko-Krise. Auch der französische Botschafter, Jusserand, gehört zu seinem Freundeskreis.

Rußland und Japan lernt Roosevelt vor allem durch seine Vermittlungsbemühungen im Russisch-japanischen Krieg kennen. Japan achtet er außerordentlich. Er begrüßt den japanischen Machtanstieg anfänglich als Gegengewicht gegen das zweifelhafte Rußland. «The Japanese», schreibt er, «I am inclined to welcome as a valuable factor in the civilization of the future.» Er zieht jedoch in Betracht, daß die Japaner gegenüber der weißen Rasse voreingenommen sein können⁴⁶. Allerdings ist der japanische Sieg über Rußland auch für Roosevelt des Guten zu viel. Was er schon immer befürchtet hat, daß Japan die amerikanischen Positionen im Pazifik gefährden könnte, nimmt mehr und mehr von ihm Besitz. Im Zusammenhang mit den kalifornischen Maßnahmen gegen die japanischen Einwanderer drückt er seine starke Besorgnis über mögliche japanische Feindseligkeiten aus. In seiner Selbstbiographie, die er 1913 veröffentlichte, schreibt er von der starken Bewunderung, die er für Japan und dessen Zivilisation hegt, betont jedoch die Verschiedenheit des japanischen und amerikanischen Volkes⁴⁷.

Rußland dagegen verachtet Roosevelt. Er lobt das russische Volk, verabscheut aber das russische Regierungssystem⁴⁸. Die Bemerkung, «what I cannot understand about the Russian is the way he lies when he knows perfectly well that you know he is lying»⁴⁹, könnte von einem Politiker unserer Tage geschrieben worden sein. Als echter Republikaner entpuppt sich Roosevelt, wenn er schreibt: «... the more I see of the Czar, the Kaiser and the Mikado the better I am content with Democracy, even if we have to include the American newspapers as one of its assets — liability would be a better term»⁵⁰.

Wir sind auf Roosevelts Einstellung zu den einzelnen Großmächten eingegangen, um zu zeigen, wie stark sein Mißtrauen diesen gegenüber war. Sein Temperament hat dahin gewirkt, daß er den kleinsten Konflikten größte Bedeutung beigemessen hat und sogleich mit der Möglichkeit von Kriegen gerechnet hat. Grundlegend für seine Politik sind die folgenden Worte, die er Ende 1904 in einem Brief schrieb: «... I do not in the last misunderstand England's attitude, or, for the matter of that, the attitude of any European nation as regards us. We shall keep the respect of each of them just as long as we are thoroughly able to hold our own, and no longer. If we got into trouble, there is not one of them upon whose friendship we could count to get us out; what we shall need to count upon is the efficiency of our fighting men and particularly of our neighbor»⁵¹.

3. Das Problem der nationalen Stärke

Aus den bisher angeführten Äußerungen Roosevelts geht hervor, daß er sich mit dem Problem der nationalen Stärke und Bedeutung befassen mußte. Seine Auffassung der nationalen Ehre, seine Ueberlegungen über «righteousness» in der Außenpolitik, sowie die Folgerungen, die er aus dem Zweifel an der Stabilität der internationalen Lage zieht, können nur in bezug auf eine militärisch starke Nation gelten.

Ebenso wie der schwache, asthmatische «Teedy» seinen Gegnern ausgeliefert war, so wenig kann ein schwacher Staat in der bestehenden Weltordnung existieren, ohne erniedrigt zu werden. Und ebenso wie einst der Knabe infolge seiner Hilflosigkeit am eigenen Ehrgefühl gepackt worden ist, so muß auch die Nation an ihrer Ehre gepackt werden. Denn wie kann eine Nation, so frägt Roosevelt, ihrer selbst würdig sein, wenn sie keine andere Alternative hat als unterzugehen, vorausgesetzt, daß sie kein Unrecht über sich ergehen lassen will? «Teedy» wollte nicht untergehen, ebensowenig darf die amerikanische Nation ihre geschichtliche Rolle aufgeben. «Ours is not the creed of the weakling and the coward», ruft Roosevelt aus, «ours is the gospel of hope and of triumphant endeavor»⁵². Dies ist Roosevelts Glaubenssatz in bezug auf das Verhalten seiner Nation, eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Verständnis seiner außenpolitischen Thesen.

Seit seiner Studie des anglo-amerikanischen Seekrieges, in der er die ungenügende Bereitschaft der bewaffneten Streitkräfte der Union rügte, bis an sein Lebensende unter dem Eindruck des ersten Weltkrieges führte Roosevelt einen ständigen Feldzug für vermehrte Wehr-

bereitschaft und appellierte an das amerikanische Volk, für einen Krieg gerüstet zu sein. Seine offensichtliche Geringschätzung Thomas Jeffersons gründete sich auf dessen bewußte Vernachlässigung der amerikanischen Kriegsflotte. Seine permanenten Anklagen gegen die Pazifisten, seine manchmal übertriebenen chauvinistischen Äußerungen waren Mittel dieses Appells⁵³.

Wie aus der biographischen Darstellung hervorgeht, bedeutet für Roosevelt das Leben dauernden Kampf und Anstrengung; das Gleiche gilt für die Nation: «The law of worthy national life, like the law of worthy individual life, is, after all, fundamentally, the law of strife. . . . certain it is that only through strife, through labor, and painful effort, by grim energy and by absolute courage we move on to better things»⁵⁴. Es ist bereits gezeigt worden, daß Roosevelt den Frieden von «righteousness» abhängig macht. Wie festgestellt worden ist, ist «righteousness» ein komplexer Begriff, eine Haltung, die — idealiter — eine große Anforderung an die Nation stellt. Es wird nun noch deutlicher, daß für Roosevelt der Friede kein Abseitsstehen, kein Nicht-Teilnehmen an den internationalen Ereignissen bedeuten kann. Denn Friede ist Kampf, Anstrengung; Friede ist die Auseinandersetzung mit den Problemen, welche sich der Nation stellen; Friede ist die Ueberwindung von Schwierigkeiten: «Remember that peace itself, that peace after which all men crave, is merely the realization in the present of what has been bought by strenuous effort in the past. Peace represents stored-up effort of our father or of ourselves in the past. It is not a means — it is an end. You do not get peace by peace; you get peace as the result of effort. If you strive to get it by peace you will lose it that is all. If we ever grow to regard peace as a permanent condition; if we ever grow to feel that we can afford to let the keen, fearless, virile qualities of heart and mind and body be lost, then we will prepare the way for inevitable and shameful disaster in the future. Peace is of true value only if we use it in part to make ready to face with untroubled heart, with fearless front, whatever the future may have in store for us. The peace which breeds timidity and sloth is a curse and not a blessing»⁵⁵.

Diese aus tiefster Ueberzeugung ausgesprochenen Sätze Roosevelts entstammen seiner eigenen individuellen Lebenshaltung. Sie widerspiegeln seine Aktivität, was Henry Adams «pure act» nannte. Sie sind die Substanz seiner außenpolitischen Konzeption, was das Verhalten seines eigenen Landes betrifft: Verpflichtung gegenüber seiner Vergangenheit, Hochhaltung seiner Ehre und seiner historischen Bedeutung, Vorsorge für seine Zukunft.

Der unorganisierte, anarchieähnliche Zustand der Welt macht es

notwendig, so glaubt Roosevelt, der Union die Möglichkeit zu geben, sich im Kriegsfall verteidigen zu können. Er schließt sich nicht den «social reformers» an, die behaupten, daß in der Zukunft eine Zeit des permanenten Friedens beginnen wird, und daraus folgern, daß die Wehrbereitschaft ein Ding der Vergangenheit sei⁵⁶. Im Gegenteil sieht er in der Welt lauter Gefahren, denen die Nation gewachsen sein muß. «As the world is now», erklärt er in seinem fünften Jahresbericht als Präsident, «only that nation is equipped for peace that knows how to fight, and that will not shrink from fighting if ever the conditions become such that war is demanded in the name of highest morality»⁵⁷.

Roosevelt ist sich der günstigen geographischen Lage der Vereinigten Staaten als Kontinentalmacht und der friedliebenden Einstellung des amerikanischen Volkes bewußt. Er kann daher eingestehen, daß die Union von der Notwendigkeit befreit ist «of maintaining such armaments as those that cramp the limbs of the powers of Continental Europe». Trotzdem, fährt er weiter, haben die Ereignisse gezeigt, daß Kriege auch für die amerikanische Nation in Frage kommen⁵⁸. In seinem Appell für Wehrbereitschaft denkt er nicht ausschließlich an die Notwendigkeit militärischer Verteidigung im eingetretenen Kriegsfall. Der banal anmutende Satz, daß dem Starken weniger Gefahr droht als dem Schwachen, ist für ihn fundamental: «Now, the surest way to avert war, if it can be averted, is to be prepared to do well if forced to go into war»⁵⁹. Diesen Gedanken führt er in dem Sinn noch weiter aus, als er sagt: «... the armies and navies of those peoples who on the whole stand for justice, offer not only the best, but the only possible, security for a just peace»⁶⁰.

Wenn Roosevelt mit allen Staaten gute Beziehungen unterhalten will und bereit ist, von sich aus dazu beizutragen, so heißt das, wie wir festgestellt haben, nicht, daß er seiner Nation erlaubt, sich zu erniedrigen und demütigen zu lassen. Militärische Stärke soll dazu beitragen, daß die Union als gleichberechtigter Partner im internationalen Gespräch teilnehmen kann. Denn Roosevelt überlegt, daß der militärisch Schwache den Stärkern ausgeliefert ist und von deren Großzügigkeit und Wohlwollen abhängt; dies aber ist einer Nation wie der amerikanischen nicht würdig. So erklärt er: «We desire the peace which comes as of right to the just man armed; not the peace granted on terms of ignominy to the craven and the weakling»⁶¹. Eine starke Union, meint Roosevelt, ist in der Lage, positiv am Friedenszustand mitzuarbeiten. Denn eine Stimme, die sich auf militärische Macht stützen kann, wird in der Welt eher erhört als diejenige, welcher infolge ihrer Schwäche nichts anderes übrig bleibt, als auf Frie-

den zu hoffen. Wiederum geht Roosevelt in seinen Ueberlegungen von der Einzelperson aus: «Scant attention is paid to the weakling or the coward who babbles of peace; but due heed is given to the strong man with sword girt on thigh who preaches peace, not from ignoble motives, not from fear or distrust of his own powers, but of a deep sense of moral obligation»⁶². In seinem vierten Jahresbericht als Präsident glaubt er der Nation sagen zu können: «Our voice is now potent for peace, and is so potent because we are not afraid of war»⁶³.

In seiner Rede vor der New Yorker Handelskammer faßt Roosevelt seine Gedanken mit folgenden Worten zusammen: «We are glad indeed that we are on good terms with all the other peoples of mankind, and no effort on our part shall be spared to secure a continuance of these relations. And remember, gentlemen, that we shall be a potent factor for peace largely in proportion to the way in which we make it evident that our attitude is due, not to weakness, not to inability to defend ourselves, but to a genuine repugnance to wrongdoing, a genuine desire for self-respecting friendship with our neighbors. The voice of the weakling or the craven counts for nothing when he clamors for peace; but the voice of the just man armed is potent. We need to keep in a condition of preparedness, especially as regards our navy, not because we want war, but because we desire to stand with those whose plea for peace is listened to with respectful attention»⁶⁴.

4. Das Problem der nationalen Weltgeltung

In Roosevelts nationalem Ehrbegriff und in den daraus hervorgehenden Konsequenzen, wie wir sie auf den letzten Seiten dargestellt haben, ist der Gedanke der nationalen Größe implizite enthalten. Wie aus seiner Lebenseinstellung zu entnehmen ist, ist nur eine ethisch, psychisch und physisch große Persönlichkeit wahrhaft wertvoll für das Leben. Moralisch-seelische Größe bedeutet «righteousness»; eine physisch starke Persönlichkeit kann sich eine hohe Moral leisten, ohne Gefahr zu laufen, in ihrem Wirkungsbereich und Ansehen eingeschränkt zu werden und ihre Ehre zu verlieren. Auch die Nation muß stark und mächtig sein, um sich wirklich ethisch verhalten zu können; denn, wie wir festgestellt haben, entspricht eine untergeordnete Stellung der Nation im internationalen Verkehr Roosevelts Ehrbegriff nicht. Die Vereinigten Staaten müssen und wollen ihre Stimme als gleichberechtigter Partner im internationalen Gespräch erheben; sie müssen vor sich selbst Respekt haben können und müssen vor allem von

den andern Gliedern der internationalen Gemeinschaft voll respektiert werden. Der Gedanke der nationalen Größe und Bedeutung ist die logische Folgerung aus diesen Ueberlegungen⁶⁵.

«We are yet ages from the millennium; and because we believe with all our hearts in the mighty mission of the American Republic, we must spare no effort and shrink from no toil to make it great⁶⁶.» Dieser Satz kann als typisch für Roosevelts Ueberzeugung angesehen werden. Er geht von der internationalen Lage seiner Zeit aus, von einem Zustand menschlicher Schwächen, in dem es keine von Gott gegebene Glückseligkeit gibt, in der die Selbstbehauptung nur durch Anstrengung, Arbeit und Kampf errungen werden kann.

Roosevelt und das amerikanische Volk glauben an die «mighty mission» der Vereinigten Staaten. Der Glaube an eine spezielle Sendung der Union ist nichts Neues: Er geht zurück in die Gründungszeit der Republik; er erreicht einen Höhepunkt in der amerikanischen Historiographie des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts; er überdauert die Zeit Roosevelts und ist auch heute noch kräftig⁶⁷. Es ist der Glaube, daß die amerikanische Nation die ethische Aufgabe zu erfüllen habe, die Welt auf die amerikanische Lösung des Problems der staatlichen Gemeinschaft, der soziologischen und ökonomischen Ordnung aufmerksam zu machen und sie zur Nachahmung anzuregen. Auch in dieser Beziehung kann sich Roosevelt nicht passiv verhalten. Es ist nicht zu viel gesagt, daß seine außenpolitische Konzeption, abgesehen von seiner grundlegenden ethischen Haltung, auf seine Ueberzeugung zurückzuführen ist, daß die Vereinigten Staaten mit all ihren Möglichkeiten dazu bestimmt sind, eine ausschlaggebende Rolle im Weltgeschehen zu spielen.

Roosevelts Ueberzeugung, daß es die Pflicht der Union ist, eine bedeutende Stellung unter den Mächten einzunehmen, ist der aktivierte amerikanische Missionsgedanke. Bei Roosevelt handelt es sich nicht nur darum, daß die amerikanische Nation in der Welt passiv als Beispiel für staatliche, soziale und wirtschaftliche Errungenschaften wirkt, sondern auch darum, andere Nationen aktiv auf sich aufmerksam zu machen und eine weltpolitische Führungsstellung einzunehmen.

Nur so sind scheinbare und tatsächliche Widersprüche in Roosevelts außenpolitischem Denken und Handeln zu erklären. Denn diese ethische Pflicht, die die Union auf sich genommen hat, soll von der übrigen Welt anerkannt werden. Um ihrer Pflicht nachkommen zu können, darf ihr Aufstieg nicht behindert werden, besonders nicht von Staaten, die ohnehin keinen wesentlichen Beitrag zur Weltzivilisation beitragen⁶⁸, auch nicht von innenpolitischen Gruppen, die, sei

es aus einem «falschen» Idealismus, aus Dummheit oder Egoismus, die Entwicklung der Union zu verhindern suchen.

Roosevelt trat als Präsident das Erbe des expansionistischen Ausbruchs von 1898 an, an welchem er selbst gearbeitet hatte. Deutlich erkannte er die Bedeutung der neuen Stellung der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik. Für ihn begann 1898 eine neue Epoche der amerikanischen Geschichte. Er war sich bewußt, daß die Union in die Weltpolitik eingetreten war, und daß sie die Konsequenzen aus ihrer neuen Stellung ziehen mußte.

Kaum vom kubanischen Feldzug zurückgekehrt, spricht er die folgenden Worte bei der Eröffnung seiner Wahlkampagne als Kandidat für den New Yorker Gouverneurposten: «There comes a time in the life of a nation, as in the life of an individual, when it must face great responsibilities, whether it will or not. We have now reached that time. We cannot avoid facing the fact that we occupy a new place among the peoples of the world, and have entered upon a new career. All that we can decide is whether we shall bear ourselves well or ill in following out this career»⁶⁹. Roosevelt sieht die neue Bedeutung der Union nicht nur im Lichte neu erworbener Rechte und Privilegien, sondern auch darin, daß die Union neue Verantwortungen auf sich genommen hat. Für den Sieger ist es selbstverständlich, daß ihm seine Anstrengungen Erfolge eingebracht haben; Roosevelt glaubt aber, die damit verbundenen Verantwortungen und Pflichten betonen zu müssen, Verantwortungen, die allgemein aus der neuen Stellung im Sinne des Missionsgedankens gewachsen sind, und spezielle Verantwortungen als Hüter der Ruhe und Ordnung in den neu erworbenen Gebieten und Einflußsphären.

Während der Missionsgedanke an sich schon genügte, das amerikanische Volk zu verpflichten, Großes zu leisten, hat der Krieg von 1898 die Union in eine Lage versetzt, die sie zur Uebernahme weltpolitischer Aufgaben zwang. Nach der Meinung Roosevelts kann es kein Zurück geben: «As a people we have played a large part in the world, and we are bent upon making our future even larger than the past» — diese Worte drücken Roosevelts Glauben in die Zukunft Amerikas aus. In seinem Jahresbericht von 1902 fährt er fort: «In particular, the events of the last four years have definitely decided that, for woe or for weal, our place must be great among the nations. We may either fail greatly or succeed greatly; but we cannot avoid the endeavour from which either great failure or great success must come. Even if we would, we cannot play a small part. If we should try, all that would follow would be that we should play a large part ignobly and shamefully»⁷⁰. Mit andern Worten bedeutet dies, was zweifel-

los richtig ist, daß ein Staat, der infolge seiner potentiellen Macht und Größe bestimmte weltpolitische Aufgaben übernommen hat oder sogar übernehmen mußte, mit dem Räderwerk der «großen Politik» engstens verbunden ist und sich nicht daraus lösen kann, ohne sich selbst und die Welt zu gefährden. Wenn es der Union vor 1898 gestattet war, die Monroe-Doktrin in einem Sinn zu interpretieren, der als totale Isolation von der übrigen Welt bezeichnet werden kann, so muß sie nun, wenigstens bis zu einem gewissen Grad, am Weltgeschehen teilnehmen. «We stand supreme in a continent, in a hemisphere», sagt Roosevelt, «east and west we look across the two great oceans toward the larger world life in which, whether we will or not, we must take an ever-increasing share. And as, keen-eyed, we gaze into the coming years, duties, new and old, rise thick and fast to confront us from within and from without»⁷¹. Er hätte hinzufügen können, daß die Union nicht nur über die Ozeane in das Weltgeschehen blickt, sondern in den Philippinen bereits mit einem Fuß darin stand.

Roosevelt lehnt es ab, für die Union eine abenteuerliche Politik zu postulieren: «We should not lightly court danger and difficulty...»⁷². Und noch deutlicher sagt er: «No sensible man... will advocate our setting deliberately to work to build up a great colonial empire»⁷³. Aber, fährt er sogleich fort, die Pflichten und die Verantwortung, die sich der Nation infolge ihrer Stellung aufzwingen, müssen erfüllt werden, auch wenn dies Anstrengung und Gefahren nach sich ziehen sollte. Es ist selbstverständlich, daß diese Pflichten und Verantwortungen von der subjektiven Auffassung abhängen: es ist Roosevelts Wesen, daß er Relatives verabsolutiert.

Er ist sich bewußt, daß sich die historischen Aufgaben der Union nicht von selbst erfüllen. Daß Größe Verantwortung, Anstrengung und Pflichtbewußtsein verlangt, wurde oben angeführt. «Greatness means strife for nation and man alike», ruft er seinen Wählern zu. «We must dare to be great: and we must realize that greatness is the fruit of toil and sacrifice and high courage»⁷⁴.

«... at present the nation, like the individual, which is going to do anything in the world must face the fact, that in order to do it, it must work and may have to fight. And it is only thus that great deeds can be done, and the highest and purest form of happiness acquired»⁷⁵.» Mit diesem Satz berührt Roosevelt den Kern seiner Auffassung der staatlichen Existenz. Seine außenpolitischen Äußerungen und seine ethische Haltung deuten darauf hin, daß die einzelnen staatlichen Akte, wie auch seine außenpolitischen Postulate nicht Selbstzweck sein können. Sondern alles ist darauf ausgerichtet, für die Nation die «höchste und reinste Form der Glückseligkeit» zu erlangen, ihr das

Gefühl einer glücklichen Erfüllung zu geben. Das Glücksgefühl erwirbt die Nation aber nur — typisch für Roosevelts Lebensanschauung —, indem sie große Taten vollbringt, indem sie aktiv ist, indem sie Arbeit leistet und Risiken auf sich nimmt. Mit andern Worten, die Nation muß groß sein, ethisch groß und, was für Roosevelt beinahe gleichbedeutend ist, politisch groß. Was Roosevelt unter ethischer Größe versteht, haben wir zu zeigen versucht; seine Auffassung der politischen Größe ist im einzelnen noch zu behandeln. Es wird jetzt schon ersichtlich, daß sich die beiden Begriffe widersprechen können. Es liegt ein Dualismus vor, der nur dialektisch verstanden werden kann. Auf diese Doppelspurigkeit kann man bei Roosevelt nicht genug hinweisen, wie man auch kaum von ihr loskommt. Seine idealistische Begründung von realpolitischen, vielfach ethisch anfechtbaren Aussagen und Maßnahmen ist nicht ausschließlich auf Propaganda zurückzuführen; zweifellos geht Roosevelt von einer ethisch-idealistischen Grundhaltung aus, auf die seine außenpolitische Konzeption zurückzuführen ist, wenn es auch schwierig ist, zwischen Propaganda und wahrer Ueberzeugung zu unterscheiden⁷⁶.

5. Die Bedeutung von Expansion und Zivilisation

Wie wir zu zeigen versucht haben⁷⁷, ist das Jahr 1898 insofern ein «turning point» in der Geschichte der amerikanischen Außenpolitik, als damals der Staatswille über Gebiete ausgedehnt wurde, die als ausgesprochene Kolonialgebiete bezeichnet werden müssen, d. h., welche in keinem geographischen Zusammenhang mit dem Mutterland standen und von einer unentwickelten, farbigen Bevölkerung bewohnt waren. Diese Maßnahme hat verschiedene Probleme aufgeworfen, mit denen sich die amerikanische Politik zu beschäftigen hatte. Theodore Roosevelt ist an diesen Problemen groß geworden und hat wesentlich zum Sieg der «imperialistischen» Richtung im Kampf um die Außenpolitik beigetragen.

Der koloniale Expansionismus fand seine ideologische Stütze in der Mission der weißen, angelsächsischen Rasse, die Errungenschaften der Zivilisation und das Christentum den primitiven Völkern zu vermitteln⁷⁸. Roosevelt hat sich diese Ideologie zu eigen gemacht und weiß sie in der Auseinandersetzung nach dem Spanisch-amerikanischen Krieg zur Verteidigung der expansionistischen Politik zu gebrauchen.

Wie wir ausgeführt haben, hat nach der Auffassung Roosevelts der Krieg von 1898 den Vereinigten Staaten die Verpflichtung auferlegt,

ihren Anteil an den Aufgaben der Großmächte zu leisten. Eine der wichtigsten Aufgaben, die die Union übernehmen mußte, war für ihn die zivilisatorische Mission. So sagt er, daß die amerikanische Nation nicht nur aus eigenem, wirtschaftlichem oder strategischem, Interesse an den Philippinen festhalten solle, sondern der Hauptgrund dafür sei die Bejahung der zivilisatorischen Pflicht⁷⁹. Sicher ist Roosevelt unangenehm davon berührt, daß die Filipinos der amerikanischen Herrschaft gewaltsamen Widerstand leisteten. Er steht aber auf dem Standpunkt, daß sie die Segnungen dieser Herrschaft nicht begriffen haben. Jedenfalls verbietet der Union die nationale Ehre, und zwar die Ehre gegenüber sich selbst wie gegenüber denjenigen, die ihr vertrauten, sich von dieser Aufgabe zurückzuziehen⁸⁰.

Roosevelt leugnet nicht, daß die Kolonialpolitik materielle Vorteile für die amerikanische Nation schaffen kann und schaffen wird. Das wichtigste Motiv für die Beherrschung primitiver Völker bleibt jedoch nach seiner Meinung die moralisch bedingte Aufgabe der Zivilisation. Daher weist er die Beschuldigung zurück, daß die amerikanische Außenpolitik seit 1898 «imperialistisch» und «militaristisch» gewesen sei. So schreibt er im Jahre 1900 als Kandidat für die Vize-Präsidentschaft, daß die gegenwärtige Politik eine Weiterentwicklung «of that policy of expansion which has been part of the history of America from the day when she became a nation» sei. «The words (militarism, imperialism) mean absolutely nothing as applied to our present policy in the Philippines⁸¹.» Ferner fügt er hinzu, daß die philippinische Politik in gleicher Weise «imperialistisch» sei wie Jeffersons Politik in bezug auf Louisiana, und ebenso «militaristisch» wie die militärischen Maßnahmen gegen die Indianer. Denn, sagt Roosevelt, jede Expansion eines zivilisatorisch hochstehenden Staates dient dem Wohle der ganzen Welt, und jeder Widerstand gegen die Verbreitung der Zivilisation muß gebrochen werden⁸².

Diese These gebraucht Roosevelt nicht nur in bezug auf die Philippinen. Die Ausdehnung der Zivilisation ist auch ein Faktor in seiner lateinamerikanischen Politik. So betrachtet er besonders den Bau des Panama-Kanals als ein die Zivilisation krönendes Werk und verurteilt jeden Widerstand, da er sich gegen die Zivilisation richte. Ueber die Regierung von Columbia, die sich weigerte, den Panama-Vertrag mit der Union zu unterzeichnen, sagte er seinem Staatssekretär, John Hay, er glaube nicht, daß «the Bogota lot of obstructionists should be allowed permanently to bar one of the future highways of civilization»⁸³. Und später umschrieb er die «ethical conception» seiner Maßnahmen in Panama mit folgenden Worten: «... I did not intend

that Uncle Sam should be held up while he was doing a great work for himself and all mankind»⁸⁴. Nicht zuletzt ist die Monroe-Doktrin für Roosevelt ein Instrument, die Zivilisation in der westlichen Welt zu schützen und zu verbreiten⁸⁵.

Roosevelt bemüht sich zu betonen, daß die primitiven Völker infolge der Expansion mit den Wohltaten der Zivilisation versehen werden⁸⁶. Er fordert, daß «the justification for our stay in the Philippines must ultimately rest chiefly upon the good we are able to do in the islands»⁸⁷. Noch während des Kampfes der amerikanischen Truppen gegen die philippinischen Freiheitskämpfer ruft er dem Volk von New York zu: «Where we have won entrance by the prowess of our soldiers we must deserve to continue by the righteousness, the wisdom, and the even handed justice of our rule. . . . we are bound to see that where the sword wins the land, the land shall be kept by the rule of righteous law»⁸⁸.

Der Vorwurf der anti-imperialistischen Opposition, daß die Regierungspolitik der amerikanischen Tradition entgegengesetzt sei, weil sie dem philippinischen Volk die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht vorenthalte, bedeutet für Roosevelt kein Problem. Im Gegenteil ruft er seinem Auditorium zu, daß die Filipinos in Freiheit leben werden unter der amerikanischen Herrschaft. In seiner Empörung über die philippinischen Nationalisten, die dem Vormarsch der Zivilisation Widerstand entgegensetzen, bezeichnet er diese als ein «unspeakably corrupt und unspeakably cruel syndicat of Malay bandits and Chinese halfbreeds». Deren Regime setzt er das Regime der Freiheit unter der amerikanischen Flagge gegenüber⁸⁹. Für Roosevelt besteht kein Zweifel, daß primitive, barbarische Völker unfähig sind, sich selbst anständig zu regieren. Denn Freiheit, Ordnung und Gerechtigkeit, in Roosevelts Auffassung die drei Grundpfeiler der menschlichen Gesellschaft, sind die Attribute der Zivilisation, wozu die primitiven Völker erst erzogen werden müssen. Er glaubt dem Kongreß erklären zu können, daß die amerikanische Regierung, trotzdem ihre Tätigkeit ähnlich der Tätigkeit anderer Kolonialmächte ist, deutlicher als diese bestrebt ist, «to develop the natives themselves so that they shall take an ever increasing share in their own government»⁹⁰. In seinem Jahresbericht von 1906 spricht er bereits von dem gewaltigen Nutzen, den die Einwohner der Philippinen aus den amerikanischen Bestrebungen, Freiheit und Ordnung einzuführen, und aus der Herrschaft des Rechtes gezogen haben⁹¹.

Roosevelt erklärt, daß seine Kolonialpolitik uneigennützige ethische Absichten und gesunden Menschenverstand kombiniere. Dadurch sei sie gekennzeichnet durch einen großen Schritt vorwärts, «in advance

of all steps that have hitherto been taken, along the path of wise and proper treatment of weaker by stronger races»⁹².

Dieser Aspekt der zivilisatorischen Aufgabe, der «expansion of civilization», tritt an die Seite eines andern Aspektes, der als die Pazifikation der Erde bezeichnet werden kann.

In den Augen Roosevelts ist der Weltfriede solange gefährdet, als ein Teil der Erdoberfläche von barbarischen Völkern bewohnt ist. Barbarei scheint für ihn gleichbedeutend mit kriegerischer Handlung zu sein. «With a barbarous nation peace is the exceptional condition», schreibt er⁹³. Er glaubt, in der Geschichte feststellen zu können, daß die Entwicklung der Friedensliebe auf zivilisierte Völker beschränkt gewesen ist. Denn nur dann führt ein möglicher internationaler Konflikt nicht zum Krieg, wenn beide Parteien von gleichem Geiste beiseelt sind, wenn beide auf gleich hoher zivilisatorischer Stufe stehen. Daher, so folgert Roosevelt, wird der zivilisierte Mensch den Frieden nur erhalten können, wenn er seinen primitiven Nachbarn unterwirft, «for the barbarian will yield only to force»⁹⁴. Allerdings, fährt er weiter, muß nach der Gewaltanwendung «fair dealing» folgen, wenn der Friede dauerhaft sein soll. Diesem humanitären Gedanken läßt Roosevelt die Bemerkung folgen: «But without force fair dealing usually amounts to nothing»⁹⁵.

Es ist jedoch ein Irrtum, meint Roosevelt, die Barbaren nur im Falle eines Konfliktes unterwerfen zu wollen. Es genügt nicht, diese einfach unbehelligt zu lassen, nicht in ihre Gebiete einzudringen und so auf Frieden zu hoffen. Der Historiker Roosevelt führt Beispiele aus der Geschichte an, die zeigen sollen, daß Barbaren ganze Zivilisationen überrannt haben, weil die zivilisierten Nationen unvorsichtigerweise an Frieden geglaubt und ihren Verteidigungs- und Wehrwillen vernachlässigt hatten. Der arabische Einfall im Mittelmeergebiet, die türkische Invasion des europäischen Südostens, die Verwüstungen Rußlands und Persiens durch die Tartaren sind Roosevelts Beweise für die Gefahren, die der Verlust der großen kriegerischen Qualitäten der zivilisierten Völker nach sich zieht, wodurch der Fortschritt der Welt während Jahrhunderten hintangehalten wird⁹⁶. Ähnlich schreibt er seinem Freund Spring Rice und fügt hinzu, daß nur dadurch, daß die «Nordischen Rassen» immer noch «fighting races» sind, ähnliche Ereignisse verhütet werden konnten⁹⁷. Nach seinen eigenen Worten glaubt er aus diesen Gründen an die Expansion großer Nationen⁹⁸. «Every expansion of civilization makes for peace», erklärt Roosevelt. «In other words, every expansion of a great civilized power means a victory for law, order and righteousness»⁹⁹.» Daß Roosevelt dieses Argument auch für seinen Appell für vermehrte Wehrbe-

reitschaft verwendet, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden: «It is only the warlike power of a civilized people that can give peace to the world»¹⁰⁰.

Expansion ist somit nach Roosevelt nicht nur im Interesse der expansiven Nation oder des mit der Zivilisation beglückten Volkes, sondern Expansion gereicht in erster Linie der ganzen Welt zum Nutzen: «In every instance the result proved that the expanding power was doing a duty to civilization far greater and more important than could have been done by any stationary power»¹⁰¹. Bereits drei Jahre vor dem Spanisch-amerikanischen Krieg und der Annexion Hawaiis hat Roosevelt geschrieben: «It was a crime . . . against white civilization, not to annex (Hawaii) two years and a half ago»¹⁰².

Roosevelts Behandlung des Kolonialproblems zeigt, daß er kein Theoretiker ist. Er will keine Theorien aufstellen über Nutzen und Notwendigkeit expansionistischer Politik. Für ihn steht es fest, in Anlehnung an Mahan, daß die Vereinigten Staaten überseeische Positionen haben und daher Kolonialpolitik treiben müssen. Dies betrachtet er als eine absolute Wahrheit, die überhaupt nicht zur Diskussion stehen kann. Erst wenn sich Widerstände gegen eine solche Politik regen, sucht er diesen zu begegnen. Kolonialpolitik an sich ist ein «absoluter Imperativ»; Roosevelt geht in der Diskussion daher nur auf sekundäre Erscheinungen ein, auf die Auswirkungen der Expansion. Diese selbst kann er nicht gültig begründen oder rechtfertigen — sie ist. Im Falle der Philippinen oder der Panama-Kanalzone¹⁰³, wo sich Schwierigkeiten ergaben, mit denen sich die Nation auseinandersetzte, muß sich auch Roosevelt mit den Problemen beschäftigen und seine Politik und Thesen verteidigen. Als gewiegtter Menschenkenner bringt er die Diskussion auf die idealistische Ebene und läßt die materiellen Gesichtspunkte in den Hintergrund treten. Dies fällt ihm umso leichter, als er selbst eines wahren Idealismus fähig ist, der sich jedoch auf reale, konkrete Bedingungen gründen muß.

6. Der karibisch-zentralamerikanische Raum und die Monroe-Doktrin

Die Begriffe «law, order, justice» sind für Roosevelt die wichtigsten Kriterien einer zivilisierten Nation. Mit andern Worten beruht der Grad der Zivilisation auf dem gesellschaftlich-politischen Aufbau des Staates. Primitive, unzivilisierte Völker bedrohen den Weltfrieden und behindern den Fortschritt der Menschheit, da ihre ungenügende staatliche Struktur, beziehungsweise das Fehlen jeder staatlichen Struktur, einen Faktor der politischen Unstabilität in der Welt dar-

stellt. Ihnen müssen die Prinzipien des gesellschaftlichen Lebens beigebracht werden, was in der Form der Kolonialherrschaft geschieht. Je ausgeprägter die Zivilisation einer Nation ist, je mehr ihr staatliches Dasein auf Gesetz, Ordnung und Recht beruht, um so mehr muß sich die betreffende Nation ihrer Verantwortung sich selbst gegenüber und gegenüber ihrer Umwelt bewußt sein, und um so mehr hat sie das Recht und die Pflicht, ins Weltgeschehen einzugreifen, um zur Weltzivilisation und zum Fortschritt der Menschheit beizutragen.

Es sind jedoch nicht nur die primitiven Völker, deren Zivilisationsstufe praktisch gleich null ist, welche das Wohl der Menschheit gefährden und den allgemeinen Fortschritt verlangsamen können. Roosevelt unterscheidet einen Zivilisationsgrad, der demjenigen der hochzivilisierten Nationen, wie der Vereinigten Staaten, nicht gleichkommt, aber doch eine »zivilisierte« staatlich-gesellschaftliche Struktur besitzt¹⁰⁴. Es handelt sich dabei vornehmlich um lateinamerikanische Staaten, welche sich durch häufige Revolutionen und administratives und wirtschaftliches Chaos auszeichnen. Ihre politische Instabilität hat gelegentlich zu internationalen Komplikationen Anlaß gegeben. Diesen gegenüber, sagt Roosevelt, ähnlich wie gegenüber den unzivilisierten Völkern, hat die hochzivilisierte Nation eine Mission zu erfüllen. Diese Mission besteht in der Stützung und Förderung der bereits vorhandenen Zivilisation in den betreffenden Staaten. Die ideale Definition der hochzivilisierten Nation — dies ist ein weiteres »Axiom« Roosevelts — besteht darin, daß ihr gesamtes Handeln auf die Weltzivilisation ausgerichtet ist und deshalb nur richtig — vor allem ethisch richtig — sein kann. Konkret ausgedrückt bedeutet dies, daß die Politik der Union gegenüber den ungenügend zivilisierten lateinamerikanischen Republiken immer ethisch einwandfrei ist und im Lichte der weltzivilisatorischen Mission gesehen werden muß. Roosevelt setzt natürlich voraus, daß die Vereinigten Staaten immer nur als hochzivilisierte Nation handeln¹⁰⁵.

Wie andere Phasen seiner Politik betrachtet Roosevelt die Beziehungen der Union zu Lateinamerika nicht allein von einem idealistischen, humanitären Gesichtspunkt aus, wie wir ihn oben zusammenfassend dargestellt haben. Dieser bildet vielmehr den ins Abstrakte gehenden Hintergrund seiner Außenpolitik. Im Konkreten, realpolitisch, folgt Roosevelt den Thesen Mahans, die dem karibisch-zentralamerikanischen Raum eine für die amerikanische Außenpolitik eminente Bedeutung gegeben haben¹⁰⁶.

Das Prinzip der Monroe-Doktrin, daß die westliche Hemisphäre für raumfremde Einflüsse gesperrt sein müsse, ist schon vor Roosevelts Eintritt in das politische Leben im Hinblick auf den zentralamerika-

nischen Isthmus mit seinem Vorgelände in dem Sinne aktiviert worden, daß dieser Raum ausschließlich in die Interessen- und Einflußsphäre der Union gehöre. Mahan hat dies theoretisch fundiert, während es an Roosevelt war, dessen Thesen in die Praxis umzusetzen und die Monroe-Doktrin zu einem aktiven politischen Instrument umzugestalten.

Daß Roosevelt mit der traditionellen Monroe-Doktrin nicht zufrieden war, zeigen Briefstellen, in denen er schreibt, er möchte sämtliche europäischen Mächte aus der westlichen Hemisphäre vertrieben sehen¹⁰⁷. Es ist an dieser Stelle nicht mehr zu betonen, daß er im Venezuela-Konflikt von 1896 mit den von Präsident Cleveland und Staatssekretär Olney unternommenen Schritten völlig einverstanden gewesen ist. Die Maßnahmen der Regierung empfand er als eine patriotische Tat, weil sie auf dem nationalen Selbst-Interesse beruhten¹⁰⁸. Die Doktrin faßte er als ein Instrument zum Schutze der Union auf, sah in ihr also weniger ein Hilfsmittel zugunsten der gefährdeten lateinamerikanischen Republik. Sie ist, schreibt er, ein allgemeines Prinzip *«of living policy»* und darf nicht von einem rein akademischen Standpunkt aus betrachtet werden. *«The Monroe Doctrine is not a question of law at all. It is a question of policy»*¹⁰⁹.» Diese Sätze, zur Zeit des Venezuela-Konfliktes niedergeschrieben, weisen auf die spätere Umwandlung der Doktrin durch Roosevelt hin. Als *«a broad, general principle of living policy»* — im Gegensatz zu einem Gesetz¹¹⁰ — wird sie sich durch Roosevelt den Bedürfnissen der Lage anpassen lassen, ohne daß ihr Wortlaut geändert werden müßte. Für Roosevelt hat die Doktrin einzig den Sinn, die Interessen der Vereinigten Staaten in Lateinamerika sicherzustellen und speziell die Isthmus-Region zur Verfügung des amerikanischen Einflusses zu halten.

Die amerikanische Hegemonie im Raume des zentralamerikanischen Isthmus ist das Hauptanliegen Roosevelts Politik in bezug auf die westliche Hemisphäre. Jede Politik, die dieses Ziel visiert, steht nach Roosevelt im Einklang mit der Monroe-Doktrin, weil — bedingt durch die damalige politische und wirtschaftliche Lage — ein Nachlassen des amerikanischen Einflusses oder wenigstens des immanenten Interesses der Union potentiell eine europäische Macht in die Lücke treten läßt¹¹¹.

Anläßlich der drohenden Verletzung der Doktrin im Venezuela-Zwischenfall von 1902 erstaunt Roosevelts passives Verhalten¹¹². In der Erklärung von Staatssekretär Hay gegenüber den Mächten kommt zum Ausdruck, daß die Union diesen das Recht nicht abstreiten könne, ihre Gelder zu fordern und mit militärischen Demonstrationen ihren Forderungen Nachachtung zu schaffen. Indem Hay die Monroe-Dok-

trin anruft, zitiert er eine Feststellung Roosevelts: «We do not guarantee any state against punishment if it misconducts itself, provided that punishment does not take the form of the acquisition of territory by any non-American power»¹¹³. Roosevelt anerkennt somit den Umstand, daß ein Kleinstaat die Folgen seiner mutwilligen Haltung gegenüber den ausländischen Gläubigern tragen muß und daß die Gläubigerstaaten berechtigt sind, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Andererseits erkennt er die Gefahr, daß eine Strafexpedition leicht zu einer permanenten Festsetzung in der westlichen Hemisphäre führen kann, was eine Verletzung der Monroe-Doktrin bedeuten würde.

Die Konsequenzen, die Roosevelt aus dieser Lage zieht, sind nahelegend: Die westliche Hemisphäre selbst muß dafür sorgen, daß die europäischen Mächte keinen Anlaß haben, im amerikanischen Raum einzugreifen; die Regelung der fiskalischen Schwierigkeiten amerikanischer Staaten muß im Rahmen der amerikanischen Kontinente vorgenommen werden. Mit andern Worten bedeutet dies, daß die Vereinigten Staaten, die an der Integrität der amerikanischen Kontinente am meisten interessiert sind, den fiskalischen Haushalt gefährdeter Kleinstaaten in irgend einer Weise in Ordnung bringen müssen¹¹⁴.

Diese Gedanken formuliert Roosevelt erstmals im Mai 1904, nachdem ein anderer lateinamerikanischer Staat, die Dominikanische Republik, in Schwierigkeiten mit seinen Gläubigerstaaten geraten ist. Der Präsident führt dabei aus, daß es der Wunsch der Union sei, alle ihre Nachbarstaaten stabil, geordnet und prosperierend zu wissen. Jedes Land, dessen Bürger sich gut aufführen, jede Nation, die zeigt, daß sie «mit Anstand in politischen und wirtschaftlichen Dingen» handeln kann, welche Ordnung im Innern hält und ihre auswärtigen Verpflichtungen erfüllt, brauche eine Intervention von seiten der Vereinigten Staaten nicht zu fürchten, könne vielmehr auf deren Freundschaft rechnen. Aber: «Brutal wrongdoing, or an impotence which results in a general loosening of the ties of civilized society, may finally require intervention by some civilized nation, and in the Western Hemisphere the United States cannot ignore this duty»¹¹⁵.

In seinem ersten Jahresbericht an den Kongreß (1901) hat Roosevelt auf Europa hingewiesen, das während des 19. Jahrhunderts durch gewisse Faktoren Beständigkeit und Unabhängigkeit für seine Kleinstaaten erreicht habe. In bezug auf die Neue Welt erklärt er, daß die Vereinigten Staaten hoffen, auf Grund der Monroe-Doktrin ähnliche Beständigkeit und Unabhängigkeit für die amerikanischen Kleinstaaten zu erwirken¹¹⁶. Diese Worte scheinen ganz dem ursprünglichen Sinn der Monroe-Doktrin zu entsprechen, welche die Unabhängigkeit

Lateinamerikas von Europa sicherzustellen suchte. In Roosevelts Worten spürt man jedoch ein Programm, das über den traditionellen Sinn der Doktrin hinausgeht. Die Wendung, «we hope to be able to safeguard . . . and secure . . .», läßt auf eine Aktivität der Union schließen, wie sie der ursprünglichen Doktrin fremd ist. Durch Roosevelt wird diese ein politisches Instrument zur Erreichung eines bestimmten Zieles, nämlich der Ausschaltung jedes europäischen Einflusses — es handelt sich hauptsächlich um den politischen, nicht wirtschaftlichen Einfluß —, während sie früher ein Prinzip gewesen ist, das für bestimmte Fälle Richtlinien festsetzte, von denen die amerikanische Außenpolitik im Bereich ihrer Möglichkeiten geleitet werden sollte. Früher war sie ein Aufruf an die interessierte Welt, dem mit mehr oder weniger aktiven politischen Mitteln nachgeholfen wurde; mit Roosevelt wird sie ein konkretes Programm für den unmittelbaren Hausgebrauch der amerikanischen Außenpolitik.

Nach dem Venezuela-Zwischenfall von 1902 scheint Roosevelt entschlossen gewesen zu sein, keine ähnliche Lage mehr entstehen zu lassen. Im Februar 1904 — Santo Domingo ist zu einem neuen Venezuela geworden — schreibt er einem seiner Vertrauten, er habe während dreier Monate gehofft und gebetet, «that the Santo Domingans would behave so that I would not have to act in any way. I want to do nothing but what a policeman has to do in Santo Domingo». Jeden Gedanken, die Insel annektieren zu wollen, weist er mit farbigen Worten zurück und fährt weiter: «If I possibly can I want to do nothing to them. If it is absolutely necessary to do something, then I want to do as little as possible¹¹⁷.» Diese Briefstellen zeigen deutlich, daß Roosevelt keineswegs die Absicht hatte, sich auf die Dominikanische Republik zu stürzen und sie in den Dienst seines Landes zu stellen. Das gleiche, wenn nicht stärkere Zögern zur Intervention auf Grund des Platt-Amendments läßt sich auch in seinen Äußerungen zu den Unruhen in Cuba von 1907 feststellen¹¹⁸.

In seinem Jahresbericht vom Dezember 1904 verkündet Roosevelt seine «Corollary of the Monroe Doctrine», die er bereits im vorangegangenen Frühjahr formuliert hat¹¹⁹: «If a nation shows that it knows how to act with reasonable efficiency and decency in social and political matters, if it keeps order and pays its obligations, it need fear no interference from the United States. Chronic wrongdoing, or an impotence which results in a general loosening of the ties of civilized society, may in America, as elsewhere, ultimately require intervention by some civilized nation, and in the Western Hemisphere the adherence of the United States to the Monroe Doctrine may force the Uni-

ted States, however reluctantly, in flagrant cases of such wrong-doing or impotence, to the exercise of an international police power¹²⁰.»

In der Begründung des Abkommens mit Santo Domingo vor dem Senat rechtfertigt Roosevelt «this burden and . . . this responsibility», welche die Union auf sich genommen hat, mit dem Hinweis darauf, daß, wenn die Vereinigten Staaten den Mächten verweigern wollten, das einzige Mittel, nämlich Gewalt, zur Eintreibung ihrer Forderungen anzuwenden, die Union selbst für die Regelung der Lage sorgen müsse¹²¹.

Für Roosevelt steht es fest, daß eine Großmacht polizeiähnliche Funktionen übernehmen muß, um die temperamentvollen Revolutionen und Diktaturen Lateinamerikas in Schach zu halten und die Abwicklung normaler internationaler Gepflogenheiten zu verbürgen. Wer anders als die Vereinigten Staaten durfte diese Funktionen übernehmen? Roosevelt betont, daß diese Maßnahmen dem Geiste der Monroe-Doktrin entsprechen. Wie er einem Freund schreibt, darf diese nicht aufgefaßt werden als «a warrant for letting any of these republics remain as small bandit nests of a wicked and inefficient type»¹²².

Roosevelts Politik des «big stick» im karibisch-zentralamerikanischen Raum stieß sowohl bei einem Teil des amerikanischen Volkes wie in Lateinamerika auf starke Opposition. Die imperialistischen Tendenzen, die dem Interventionsrecht als Teil der «Roosevelt Corollary of the Monroe Doctrine» innewohnen, wurden im Inland als unamerikanisch verschrien und in den lateinamerikanischen Republiken mit Mißtrauen betrachtet¹²³. Roosevelt selbst weist immer wieder darauf hin, daß die Doktrin oder die daraus resultierende Politik kein Mittel amerikanischer Machtpolitik darstelle. Er weist die Gedanken zurück, daß sie als ein Vorwand für die Annexion eines Gebietes aufgefaßt werden könne: «It cannot be too often and too emphatically asserted that the United States have not the slightest desire for territorial aggrandizement at the expense of any of its southern neighbors, and will not treat the Monroe Doctrine as an excuse for such aggrandizement on its part»¹²⁴. Diese Versicherung darf zweifellos ernst genommen werden. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß Roosevelt vor jeder Intervention deutlich gezögert und eine solche als den letzten Ausweg in einer verworrenen Lage betrachtet hat¹²⁵.

Als Präsident der Vereinigten Staaten mußte Roosevelt zu verhüten versuchen, daß europäische Mächte auf den amerikanischen Kontinenten Fuß fassen. Die lateinamerikanischen Republiken an sich stellten keine Gefahr für die Union dar, da diese relativ mächtig genug war, um eine natürliche Hegemonie in ihrer Nachbarschaft auszuüben. Die Kleinstaaten sind ihr aber insofern gefährlich geworden, als sie in-

folge ihrer Mißwirtschaft europäische Mächte geradezu einladen, sich intensiv mit der vitalen Einflußsphäre der Union zu beschäftigen. Roosevelts Mißtrauen gegenüber Europa war stark und echt¹²⁶; die politische und wirtschaftliche Lage in gewissen Republiken Lateinamerikas war katastrophal. Nichts läßt darauf schließen, daß Roosevelts Politik des «big stick» in Lateinamerika von andern Motiven und Absichten bestimmt war, als von denjenigen, die in seinen Äußerungen zum Ausdruck kommen und welche die traditionelle Politik der Vereinigten Staaten gewesen waren, nämlich die Wahrung der strategischen Interessen Amerikas gegenüber Europa. Seine Politik richtete sich im Grunde nicht gegen die von ihr betroffenen Kleinstaaten, sondern Roosevelt wollte diese in ihren Schwierigkeiten mit Europa unterstützen und die Ursachen von Konflikten ausschalten; natürlich war seine Absicht nicht auf Altruismus begründet. Der karibisch-zentralamerikanische Raum bildete ein Vakuum zu einer Zeit, da die verschiedenen Großmächte miteinander rivalisierten, um die letzten in der Welt noch bestehenden offenen Räume einzunehmen. Roosevelt hat dies — man möchte fast sagen intuitiv — erkannt. Es lag im Interesse der Vereinigten Staaten und vielleicht im Interesse der ganzen westlichen Hemisphäre, daß dieser Raum unter die Hegemonie der Union kam und nicht unter die Herrschaft Europas.

Mit der Zeit spezifiziert Roosevelt das Anwendungsgebiet seiner lateinamerikanischen Politik, indem er einen Teil Lateinamerikas für «mündig» erklärt. Früher, schreibt er, war es eine absolute Notwendigkeit gewesen, daß die Monroe-Doktrin — so wie er sie interpretiert — auf die ganze westliche Hemisphäre von den Vereinigten Staaten allein angewandt wurde. Je mehr aber die Republiken der amerikanischen Kontinente politische und soziale Stabilität erreichen, umso mehr verringert sich die Notwendigkeit, daß die Union der alleinige Wächter über die Doktrin bleibt. Für die Zukunft sieht Roosevelt sogar die Möglichkeit, daß die Verantwortlichkeit der Union so stark abnimmt, daß «we either share it with many others or the need for its assertion altogether vanishes». Vorläufig aber glaubt er, daß sich speziell die Region des Panama-Kanals noch in einem Zustand befinde, der die besondere Aufmerksamkeit der Union verlangte. Dieses Gebiet, sagte er, «can be defended only by a power of the first class»¹²⁷.

Wir sind davon ausgegangen, daß Roosevelts lateinamerikanische Politik auf das Ziel ausgerichtet ist, einen amerikanischen Kanal durch den zentralamerikanischen Isthmus zu bauen und diesen strategisch zu sichern. Entsprechend den Thesen Mahans beschäftigt er

sich schon früh damit. So schreibt er seinem Freund Lodge 1894: «I do wish our Republicans would go in avowedly to . . . build an oceanic canal with the money of Uncle Sam»¹²⁸.

Für den eifrigen Verfechter einer nationalen Verteidigung, einer starken Kriegsflotte und einer nationalen Weltgeltung, der Roosevelt ist, muß solch ein strategisch wichtiger Flottenweg Gewähr bieten, vollständig zur Verfügung seines Landes zu stehen und allen Eventualitäten gewachsen zu sein. Es erstaunt daher nicht, daß Roosevelt den ersten Entwurf des «Hay-Pauncefote Treaty» vehement ablehnt¹²⁹. Als Gouverneur von New York veröffentlicht er eine scharfe Kritik des Abkommens, obschon er sich scheut, in die nationale Politik einzugreifen¹³⁰. Seinem Freund John Hay gegenüber, der als Staatssekretär die Verhandlungen geführt hat, versucht er die Kritik zu begründen: Er macht geltend, daß ein unbefestigter, neutraler Kanal im Kriegsfall eine große Gefahr für die Union sei, weil daraus jede größere feindliche Flotte Nutzen ziehen könnte: ferner sei ein solcher Kanal eine schwere Belastung für die eigene Flotte, weil diese den Kanal sichern müsse, statt daß der befestigte Kanal die Flotte entlaste und unterstütze. Als weiteres Argument gegen das Abkommen seines Freundes führt er die Monroe-Doktrin an, die verletzt würde, wenn andere Mächte ein Mitspracherecht in Kanalsachen hätten: wenn die Union die Doktrin in bezug auf den Kanal, wo sie die größten Interessen hat, aufgebe, so könne sie diese kaum für das weit entfernte Südamerika beanspruchen¹³¹. In Briefen an Mahan und Spring Rice kommt zum Ausdruck, daß Roosevelt nicht so sehr England als Partner fürchtet, als die kontinental-europäischen Mächte, Deutschland und Frankreich, denen das vorgesehene Abkommen gleiche Rechte einräumen sollte¹³².

Mit dem zweiten «Hay-Pauncefote Treaty», das vom Senat ratifiziert wird, ist der Weg frei, an die unmittelbaren Aufgaben zum Bau eines Isthmus-Kanals heranzugehen. Roosevelt, nun Präsident, hält sich im Hintergrund. Er läßt sich überzeugen, daß der Kanal durch Panama einem solchen durch Nicaragua vorzuziehen ist. Er überläßt es John Hay, die Verhandlungen mit Columbia zu führen und den «Hay-Herran Treaty» abzuschließen, der vom Senat prompt ratifiziert wird. Columbia jedoch bereitet Schwierigkeiten und verweigert schließlich die Ratifikation¹³³. Im Jahre zuvor hat Roosevelt vom Senat den Auftrag bekommen, einen Schiffskanal durch den Isthmus von Panama zu bauen, mit der Einschränkung, daß, wenn dieses Projekt nicht verwirklicht werden könne, Panama aufzugeben und der Kanal durch Nicaragua zu bauen sei¹³⁴. Nach dem Scheitern des Vertrages mit Columbia hat Roosevelt also die Möglichkeit, wenn nicht die

Pflicht, seine Aufmerksamkeit Nicaragua zuzuwenden. Er hält aber an Panama fest. Es folgt die wahrscheinlich dunkelste und undurchsichtigste Phase in der Geschichte von Roosevelts Außenpolitik.

Wir müssen hier versuchen, die Motive aufzudecken, die dazu geführt haben, daß sich Roosevelt absolut versteift hat, den Kanal durch den Isthmus von Panama zu bauen, ohne Nicaragua als Möglichkeit in Betracht zu ziehen. Roosevelts Reaktion zu den Berichten, daß Columbia mit der Annahme des Abkommens zögere, ist umso bemerkenswerter, als er bis dahin völlig im Hintergrund geblieben ist. Unterstützt von der öffentlichen Meinung der amerikanischen Nation und von der Mehrheit des Parlaments hatte er keine Ursache, sich intensiv mit der Verwirklichung seiner Lieblingsidee zu befassen und konnte alles seinem Staatssekretär Hay überlassen. Im Moment aber, da «the Bogota lot of obstructionists» zu beabsichtigen scheint, «to bar one of the future highways of civilization», wie sich Roosevelt ausdrückt¹³⁵, tritt er selber in den Vordergrund. Wohl werden die Verhandlungen immer noch durch den Staatssekretär geführt; doch hat dieser nur noch die Aufgabe, die detaillierten Instruktionen seines Chefs in die diplomatische Sprache zu übersetzen¹³⁶.

In Roosevelt haben wir einen Menschen kennengelernt, der allzu bereit ist, seine eigenen ethischen Maßstäbe an das Tun anderer anzuzeigen. Wir haben darauf hingewiesen, daß es die Auffassung Roosevelts ist, die hochzivilisierte amerikanische Nation habe bestimmte Pflichten und Verantwortungen gegenüber sich selbst und der Welt, und daß all ihr Handeln, da es zur Weltzivilisation beiträgt, nur richtig sein könne. Roosevelt ist überzeugt, daß das Kanal-Projekt — speziell das Projekt durch Panama — ein solcher Beitrag zur Zivilisation ist und daß sich somit die Interessen der Vereinigten Staaten mit denjenigen der gesamten Welt treffen. Wer sich der Verwirklichung dieses Projektes in den Weg stellt, erklärt deshalb Roosevelt, vergeht sich am Wohle der Menschheit, hindert den Fortschritt der Zivilisation und ist der Acht verfallen. Daß «those contemptible little creatures in Bogota»¹³⁷ Sinn für nationale Ehre haben können und die nationale Souveränität als unverletzbar betrachten¹³⁸, weigert sich Roosevelt zu erwägen. In seinen Äußerungen gibt es keine Stelle, die auf eine sachliche Erwägung dieses Problems schließen läßt. Seine Reaktion ist rein impulsiv.

Es erübrigt sich hier, Roosevelts Haltung und seine Maßnahmen im Konflikt mit Columbia darzustellen. Es genügt zu erwähnen, daß er sich ernsthaft mit dem Gedanken beschäftigt, Gewalt anzuwenden, und überzeugt ist, die Union sei «certainly justified in morals, and therefore justified in law, under the treaty of 1864 (mit New Granada,

dem spätern Columbia), in interfering summarily and saying that the canal is to be built and that they (Columbia) must not stop it»¹³⁹. Die Vorschläge, in Panama eine Revolution anzuzetteln, verwirft er mit der Begründung: «Whatever other governments can do, the United States cannot go into the securing by such underhand means, the cession». Persönlich würde er aber eine revolutionäre Sezession Panamas begrüßen, «but for me to say so publicly would amount to an instigation of a revolt and therefore I cannot say it»¹⁴⁰.

Andere Leute hatten neben Roosevelt ein eminentes Interesse am Panama-Kanal. Ihnen hat er es zu verdanken, daß er seine Absicht, direkt vorzugehen und Columbia gewaltsam zu zwingen, nicht auszuführen braucht. Noch bevor er eine entsprechende Botschaft dem Kongreß vorlegen kann, bricht in Panama selbst die Revolution aus. Etwas besseres hätte sich Roosevelt gar nicht wünschen können. Panama wird unabhängig — nicht ohne Unterstützung durch die Union —, und beinahe zu rasch anerkennen die Vereinigten Staaten den neuen Staat und schließen mit ihm einen Vertrag über die Kanalzone ab¹⁴¹.

In seiner bilderreichen Sprache rechtfertigt Roosevelt seine Haltung gegenüber Columbia mit folgenden Worten: «Of course, to me, the situation is simple. In its essence it is exactly as if a road agent had tried to hold up a man, and the man was quick enough to take his gun away. Under such circumstances I would regard it as the wildest sentimental folly for outsiders to claim that the road agent did not intend to shoot, and that it was his gun and ought to be given back to him»¹⁴². Roosevelts leichtfertige Geschichtsinterpretation erleichtert ihm seine Stellungnahme zur Revolution von Panama. Eine Revolution, erklärt er, kann nur dann gerechtfertigt werden, wenn sie sich auf ausreichende Gründe stützt und wenn sie beweist, daß ihr Gelingen von gutem Willen gefolgt ist. «In other words, each revolutionary movement must be judged on its own merits.» Dementsprechend erscheint die Amerikanische Revolution gut und wertvoll für die ganze Welt. Dagegen hat die Sezession der Südstaaten keine genügende Begründung gehabt und ihr Erfolg hätte «unmeßbaren Schaden für die ganze Menschheit» nach sich gezogen. Mit diesen zwei Beispielen versucht Roosevelt zu zeigen, daß äußerlich ähnliche Revolutionen «vom moralischen Standpunkt aus an einander entgegengesetzten Polen» stehen können. Die Revolution oder Sezession von Panama, führt er weiter aus, war ausreichend begründet. Er vergleicht sie mit dem Abfall der christlichen Staaten vom türkischen Reich. Wie diese habe Panama während Jahren unter der Herrschaft Columbias gelitten. Die wichtigste und gerechteste Ursache für die Re-

volution von Panama ist jedoch nach Roosevelt die Weigerung Columbias, den Vertrag über den Kanal zu ratifizieren, welcher die letzte Hoffnung für die Bewohner des Isthmus gebildet habe. Auf Grund seiner Interpretation der Lage stellt Roosevelt fest, daß die Union «was bound by every consideration of honor and humanity, and of national and international interest, to take exactly the steps it took»¹⁴³.

Es wäre falsch, wollte man Roosevelts Verteidigung seiner Maßnahmen und seines Verhaltens gegenüber den schweren Anschuldigungen seiner Gegner als bloße propagandistische Rechtfertigungsversuche hinstellen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß er den Erwerb der Kanalzone für die Vereinigten Staaten als den größten Erfolg seiner persönlichen Außenpolitik betrachtet hat und daß er überzeugt war, moralisch und politisch richtig gehandelt zu haben. Irgendwie hat sich sein Geist zu einem frühen Zeitpunkt der Verhandlungen mit Columbia darauf versteift, daß der Kanal, der unbedingt gebaut werden mußte, nur durch den Isthmus von Panama führen könne. Die Weigerung Columbias, das Abkommen zu ratifizieren, faßte er — entsprechend seiner «Philosophie» — als eine grobe Beleidigung der Zivilisation und der für die Zivilisation verantwortlichen amerikanischen Nation auf. Nach seiner Meinung durften sich solche halbbarbarische Leute nicht erlauben, die Politik der Vereinigten Staaten zu behindern. Wie er sagt, bestand seine «ethical conception», auf Grund derer er handelte, darin, daß er «did not intend that Uncle Sam should be held up while he was doing a great work for himself and all mankind»¹⁴⁴. «From the beginning to the end our course was straightforward and in absolute accordance with the highest of standards of international morality . . . To have acted otherwise than I did would have been on my part betrayal of the interests of the United States, indifference to the interests of Panama, and recreancy to the interests of the world at large»¹⁴⁵. Die Ueberzeugung, daß die «by far the most important action I took in foreign affairs»¹⁴⁶ den Gesetzen der «righteousness» entsprochen habe, verließ ihn nie. Im Gegenteil gab er seinem Stolz, die Kanalzone für die Union erworben und den Bau des Kanals ermöglicht zu haben, öffentlichen Ausdruck und bemühte sich, dies als sein persönliches Verdienst darzustellen. «I took Panama»¹⁴⁷ und ähnliche Bemerkungen¹⁴⁸, mit denen er den Kanal als sein persönliches Werk bezeichnete, waren jedoch auch Wasser auf die Mühlen seiner Feinde und speziell Columbias. Es ist zu verstehen, daß Roosevelt den Vorschlag Präsident Wilsons, neben einer finanziellen Entschädigung die Union wegen der Ereignisse von 1903 bei Columbia ausdrücklich zu entschuldigen, als eine persönliche Beleidigung aufgefaßt hat¹⁴⁹.

Auch wenn Roosevelt selbst von seiner Panama-Politik begeistert und von ihrer politischen und ethischen Vollkommenheit überzeugt war, muß man seine staatsmännische Klugheit in dieser Sache bezweifeln. Moderne Historiker sind der Ansicht, daß etwas größere Geduld und weniger moralisches Bewußtsein und Temperament wahrscheinlich auch zum Ziel geführt hätten. Lateinamerika, das bereits durch die Rooseveltsche Interpretation und Anwendung der Monroe-Doktrin mißtrauisch gemacht worden war, sah in «I took Panama» einen Beweis für die imperialistischen Absichten des Präsidenten und für die Gefährlichkeit der mächtigen Schwesterrepublik im Norden. Wie Bemis bemerkt, brauchte es «much diplomacy and a generation of time», um die lateinamerikanischen Befürchtungen zu widerlegen¹⁵⁰, wobei allerdings beizufügen ist, daß Roosevelts unmittelbare Nachfolger nicht dazu beigetragen haben, Lateinamerika zu beruhigen.

Roosevelts «Abenteuer» in Panama ist vielleicht das beste Beispiel für seine außenpolitische Handlungsweise, auch wenn es nicht das günstigste Licht auf ihn wirft. Es zeigt, wie er ein politisches Ziel, in diesem Falle den Kanalbau, von dessen nationaler Notwendigkeit und zivilisatorischem Nutzen er axiomatisch überzeugt ist, verabsolutiert und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu erreichen sucht. Wiederum müssen wir auf die Dialektik von Idealismus und Realismus hinweisen, welche bei Roosevelt ausgeprägt zu finden ist. Obschon wir uns bewußt sind, daß Roosevelt den idealistisch-humanitären Aspekt seiner Politik in seinen Äußerungen stark in den Vordergrund stellt und daß der praktisch-materielle Gesichtspunkt nur wenig zum Ausdruck kommt, ist es kaum möglich zu entscheiden, welcher der beiden Aspekte für Roosevelt primär ist. Es ist wohl richtig, die gegenseitige Abhängigkeit und Wirkung des Idealistischen und des Materiellen im Geiste Roosevelts anzunehmen. Sicherlich ist es falsch, in Roosevelt nur den Idealisten, der für Zivilisation, Wohlfahrt usw. kämpft, zu sehen: ungerechtfertigt ist es aber auch, Roosevelt nur als den berechnenden und verschlagenen Realpolitiker, der seine Politik in schöne Worte kleidet, darzustellen. Gerade seine Panama-Politik illustriert, daß für ihn politischer Nutzen und materielle Notwendigkeit gleichwertig mit humanitär-idealistischen Motiven sind. Idealismus ist für ihn nur gerechtfertigt, wenn er durch praktische Maßnahmen verwirklicht werden kann; ebenso müssen realpolitische, praktische Maßnahmen idealistisch begründet werden können.

Man würde Roosevelts «Philosophie» zuviel Bedeutung beimessen, wollte man seine Äußerungen philosophisch untersuchen und in ein System einordnen. Wir haben bewußt davon abgesehen, die verschie-

denen Quellen und Einflüsse seines Denkens zu analysieren. Es darf aber darauf hingewiesen werden, daß Roosevelt im Zeitalter eines auf Darwinismus begründeten Nationalismus aufgewachsen ist und durch seine naturwissenschaftlichen Studien selbst darwinistische Ideen angenommen hat; und eine vom Elternhaus übernommene starke ethisch-religiöse Lebensanschauung hat ihn veranlaßt, sein eigenes Tun und Handeln und dasjenige seiner Mitmenschen moralisch zu bewerten¹⁵¹. Wir haben gesehen, daß seine Auffassung der Ethik ihre eigenen Wege gegangen und von seiner Persönlichkeit geprägt worden ist. Es ist eine Ethik, die dem Menschen und der Nation die Möglichkeit gibt, im «Kampf ums Dasein» zu bestehen. Der «Kampf ums Dasein» und die Verpflichtung gegenüber der Weltzivilisation sind die zwei wichtigen Faktoren, welche Roosevelts Außenpolitik bestimmen. Wie Pringle in andern Zusammenhang sagt, hätte sich Roosevelt nicht gescheut, einen zwischenstaatlichen Vertrag zu brechen, «if he believed that righteousness dictated the violation»¹⁵². Tatsächlich diktiert «righteousness» Roosevelts Politik. «Righteousness» aber heißt für ihn sowohl Recht-Tun als auch Richtig-Machen; d. h. Idealismus, Ethik und Humanität einerseits und Realismus, praktische Verwirklichung der vorgenommenen Aufgabe, Nutzen und Notwendigkeit andererseits ergänzen einander und bedingen sich gegenseitig.

Roosevelts Politik gegenüber Lateinamerika muß in diesem Licht gesehen werden. Es ist nicht die Politik eines machthungrigen Imperialisten, auch wenn sie als solche erscheinen mag. Es ist die Politik eines Mannes, der überzeugt ist, daß die Festigung der Macht der Vereinigten Staaten im Interesse der ganzen Menschheit liegt, weil die Vereinigten Staaten bereit sind, ihre Macht in den Dienst der Menschheit zu stellen.

7. Das Problem des Weltfriedens

In dieser Arbeit haben wir schon mehrmals Gelegenheit gehabt festzustellen, daß Roosevelt die weltpolitische Situation seiner Zeit einem anarchieähnlichen Zustand gleichsetzt. Sein Mißtrauen gegenüber den andern Großmächten, denen er eine hemmungslose Machtpolitik vorwirft, macht ihn für die internationalen Spannungen besonders empfindlich, auch dann, wenn ihm die geheimen Hintergründe der hohen Politik zu einem großen Teil verborgen bleiben. Das Gefühl, das er im Jahre 1911 seinem Freund Lodge mitteilt, daß «at this moment there is a very great crisis in Europe» und daß sich die

Kriegswolken zusammenballen¹⁵³, hat ihn auch in früheren Jahren bedrückt. Seine Unsicherheit gegenüber der politischen Weltlage bewirkte nicht nur, daß er die Notwendigkeit der erhöhten Wehrbereitschaft und der strategischen Vorsorge betonte und ein vorsichtiges, mißtrauisches Verhalten zu den Großmächten empfahl: sie hat auch zur Folge, daß er Mittel und Wege suchte, die internationalen Spannungen aufzuheben und Kriege zu verhindern.

Roosevelts erster weit ausholender Schritt in die Weltpolitik bezog sich auf die Vermittlung im Russisch-japanischen Krieg. Wir werden uns zuerst damit befassen und dann auf seine Vorschläge und Erörterungen einer internationalen Friedensordnung eingehen, welche uns eine Zusammenfassung seiner außenpolitischen Konzeption vermitteln.

Roosevelts Vorgehen im Russisch-japanischen Krieg ist insofern bemerkenswert, als seine sich darauf beziehenden Äußerungen frei von ethischen und grundsätzlichen Ueberlegungen sind. Seine Bemühungen um den Frieden zwischen Japan und Rußland begründet er nicht mit mehr oder weniger tiefsinnigen Exkursen über Krieg und Frieden, Freiheit des Handels, internationale Verantwortung usw., wie man es von ihm auf Grund der bisherigen Ausführungen erwarten könnte. Dies dürfte seinen Grund darin haben, daß die politische Tätigkeit des Präsidenten in diesem Falle persönlich und rein diplomatisch war. Er hat sich nicht mit dem amerikanischen Senat und der öffentlichen Meinung auseinanderzusetzen: vielmehr sind seine Verhandlungspartner ausländische Regierungsstellen und Staatsoberhäupter. Er kann sich deshalb in seinen Äußerungen auf die Sache selbst beschränken und rein real-politische Ueberlegungen anstellen¹⁵⁴.

Bis zum Ausbruch des Russisch-japanischen Krieges hat sich Roosevelt nicht intensiv mit fernöstlichen Problemen befaßt, mit Ausnahme Hawaiis und der Philippinen¹⁵⁵. Gegenüber Rußland und Japan hat er seinem üblichen Mißtrauen Ausdruck gegeben, wobei er eine gewisse Bewunderung für Japans militärische Haltung und politische Aktivität zeigt¹⁵⁶. In Staatssekretär Hay ist ihm ein Spezialist für fernöstliche Politik zur Seite gestanden, dem er insbesondere die Obhut über die «Open Door» überlassen konnte. Der Ausbruch des Krieges dagegen zieht Roosevelts ganze Aufmerksamkeit auf den Fernen Osten und die damit verbundene Weltpolitik¹⁵⁷.

Bei Beginn des Krieges zwischen Japan und Rußland am 8. Februar 1904 standen die Vereinigten Staaten vor folgender Situation: Durch den Erwerb der Philippinen waren sie eine fernöstlich-pazifische Macht geworden, welche ihre alten handelspolitischen und neuern

strategischen Interessen zu wahren hatte. Staatssekretär Hays Politik der offenen Türe trug dem Rechnung, indem sie China vor der Zerstückelung zu bewahren und indem sie dem Handel aller Mächte in China gleiche Möglichkeiten offen zu lassen suchte¹⁵⁸. In erster Linie hatte die amerikanische Politik handelspolitische Bedeutung; sie hatte jedoch auch einen strategisch-politischen Aspekt: sie suchte den Machtanstieg irgend eines Staates und die dadurch hervorgerufene Störung des Gleichgewichtes zu verhindern. Der Krieg von 1904/5 ging um die Machtstellung von Rußland und Japan im chinesischen Raum; ein eindeutiger Sieg des einen Staates hätte das Gleichgewicht im Fernen Osten gestört und die Interessen der Vereinigten Staaten, wie übrigens die der andern Mächte auch, empfindlich gefährden können. Im Gegensatz zu den europäischen Staaten, die in Ostasien im Grunde europäische Politik trieben und deren gegenseitige Beziehungen komplexer Natur waren, brauchten die Vereinigten Staaten ausschließlich fernöstliche Probleme in ihrer Politik in Rechnung zu ziehen und waren nicht stark im Netz der weltpolitischen Diplomatie verstrickt¹⁵⁹.

Der Konflikt zwischen Japan und Rußland, der für das Schicksal des Fernen Ostens ausschlaggebend zu werden drohte, beschäftigte die amerikanische Nation naturgemäß in hohem Maße. Rußlands Expansionsbestrebungen in die Mandschurei und seine Mißachtung der «Open Door» waren von Roosevelt und seinen Landsleuten mit starkem Unbehagen beobachtet worden. Als Gegengewicht zur russischen Macht hatte Roosevelt die aufstrebende Entwicklung Japans schon früh begrüßt¹⁶⁰. Der russische Expansionsdrang wurde in Amerika als die größte Gefahr für die Integration Chinas und damit für die «Open Door» und das Gleichgewicht der Kräfte im pazifisch-fernöstlichen Raum empfunden. Man glaubte in Japan die Macht zu erkennen, die dem Russischen Reich direkt entgegentreten konnte und — so glaubte man in Washington — die offene Türe in China eher respektieren werde. Dies war die Ausgangslage für Roosevelts Verhalten im Russisch-Japanischen Krieg.

Dafür spricht ein Brief, den er seinem Sohn zwei Tage nach dem japanischen Angriff auf die russische Flotte in Port Arthur, dem Kriegsbeginn, geschrieben hat: Er stellt darin fest, daß «Russia behaved very badly in the Far East, her attitude toward all countries, including us, . . . being grossly overbearing». Beinahe bedauernd bemerkt er, daß die Vereinigten Staaten keine «sufficient cause» für einen Krieg gegen Rußland gehabt haben¹⁶¹. Seinem Sohn gibt er ferner vertraulich bekannt, daß er äußerst zufrieden mit dem japanischen Sieg bei Port Arthur sei, «for Japan is playing our game»¹⁶².

Während Roosevelt anfänglich die japanische Initiative begrüßt hat und überzeugt war, daß Japan im Sinne der amerikanischen Interessen gegen Rußland Krieg führe, wird es mit dem Fortschreiten des Krieges immer deutlicher, daß er von den beiden Mächten Japan nur als das kleinere Uebel betrachtet. Angesichts der japanischen Siege über den russischen Koloß fragt er sich, ob der bisher harmlose Partner, von seinen Erfolgen ermuntert, später nicht auch für die Vereinigten Staaten und ihre pazifischen Besitzungen gefährlich werden könnte¹⁶³. Es ist nun seine Ansicht, daß Rußland soweit erhalten bleiben müsse, daß es in Zukunft die japanischen Kräfte zu binden vermöge. Die beiden Mächte sollen «in a sense the guarantor of the other's good conduct» werden¹⁶⁴. Er geht schließlich so weit, zu sagen, daß das Interesse Rußlands identisch mit dem Interesse der ganzen Welt, d. h. im speziellen der Vereinigten Staaten, sei. «I should be sorry to see Russia completely driven off the Pacific coast». Doch gerade das, glaubt er, werde geschehen, wenn kein Friede zustande kommen sollte¹⁶⁵.

Roosevelts Politik im Russisch-japanischen Krieg ist ein Versuch, durch die Wiederherstellung des Status quo und des Gleichgewichts die bestehenden Interessen der Union im Fernen Osten zu schützen¹⁶⁶. Von der scheinbaren Harmlosigkeit Japans getäuscht, hatte er anfänglich dessen Bekämpfung des Russischen Reiches begrüßt: bald aber erkannte er die nicht minder gefährliche Stoßkraft des Inselreiches und die Notwendigkeit, daß sich Rußland und Japan gegenseitig die Waage halten. Tatsächlich, wie Bemis ausführt¹⁶⁷, erwies sich bald, daß der Ersatz Rußlands durch Japan alles andere als günstig für Amerika war, umso mehr als Japans einziges Wirkungsfeld der pazifisch-fernöstliche Raum war, während Rußland an mehreren Fronten Interessen zu wahren hatte.

Roosevelt hatte richtig erkannt, daß die Union an der Weltpolitik teilnehmen mußte, um zu versuchen, weltweite internationale Konflikte zu verhüten, welche ihren Interessen nur schaden konnten. Für die Union handelte es sich nicht darum, neue und günstigere Positionen zu erwerben — diese Phase war 1899 praktisch abgeschlossen —, sondern darum, die früher erworbenen Interessen zu behaupten. Jede Aenderung in der weltpolitischen Konstellation zugunsten eines möglichen Feindes konnte sich auf die Vereinigten Staaten ungünstig auswirken: Roosevelt versuchte darum, solche Aenderungen zu verhüten und internationale Spannungen zu vermindern, Spannungen, welche infolge ihrer Auswirkungen auf die Weltpolitik die Union gefährden könnten. Dies muß als der tiefere Sinn von Roosevelts Vermittlungsbemühungen im Russisch-japanischen Krieg angesehen

werden. Das Gleiche gilt auch für seine Intervention im Marokko-Konflikt von 1905/6.

In Roosevelts vertraulicher Korrespondenz über die Marokko-Krise kommt deutlich zum Ausdruck, daß er einen unmittelbaren Krieg zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Großbritannien andererseits befürchtete. Ausgehend von seinem ethischen Empfinden und ohne Kenntnis der geheimen Verträge und Hintergründe der europäischen Politik, war er überzeugt, daß Frankreich mit seinen Forderungen prinzipiell im Recht war. Er glaubte dazu beitragen zu können, die drohende Kriegsgefahr zu bannen, indem er die beteiligten Regierungen, in erster Linie Deutschland und Frankreich, im Sinne einer Verständigung zu beeinflussen suchte. Das gelang ihm auch. «Each nation is working itself up to a condition of desperate hatred of the other; each from sheer fear of the other», erklärte er dem amtierenden Staatssekretär Taft. Er war überzeugt, daß, wenn er jede Regierung über die Motive der andern aufklären würde, er alle zur Vernunft bringen könne¹⁶⁸.

In den Jahren 1905/6 trug Roosevelt maßgebend zur Verhinderung eines Weltkrieges bei. Ob ihm das gleiche auch 1914 gelungen wäre, ist eine offene Frage; doch darf angenommen werden, daß er versucht hätte, als Präsident sein ganzes persönliches Gewicht sowie das Prestige der Vereinigten Staaten in die Waagschale zu werfen, um dem Ausbruch des Weltkrieges entgegenzuwirken. Denn es war seine Grundkonzeption, daß die Welt und speziell die Vereinigten Staaten nur in einem wahrhaften Frieden «menschenwürdig» leben können.

Wenn wir nun zu Roosevelts Vorschlägen für eine internationale Friedensordnung übergehen, tun wir es in Anlehnung an die oben gemachten Ausführungen. Die Untersuchung seiner Friedensvorschläge ist gleichsam eine Zusammenfassung und Verdeutlichung verschiedener Aspekte seiner außenpolitischen Konzeption.

Es sei daran erinnert, daß Roosevelt ein Nationalist war, für den die Existenz und die Ehre seiner Nation an höchster Stelle stand und der die gleiche Haltung von den Angehörigen anderer Staaten in bezug auf ihre Nation erwartete. Ferner ist zu beachten, daß Roosevelt den Frieden nicht um des Friedens willen befürwortete, sondern er erstrebte einen politischen Zustand der Welt, in dem jede Nation ehrenvoll, in «rightheousness», existieren konnte. Schließlich ist dem darwinistischen Zug in seiner «Philosophie» Rechnung zu tragen, der ihn veranlaßte, an eine völkisch-politische Hierarchie zu glauben, so daß er den großen Mächten die natürliche Welthegemonie zuschrieb.

In Roosevelts Äußerungen zur Frage des Weltfriedens weist folgende Stelle auf seine Haltung gegenüber politischen Problemen hin: «Moreover, and above all, let us remember that words count only when they give expression to deeds or are to be translated into them. . . . Our words must be judged by our deeds; and in striving for a lofty ideal we must use practical methods; and if we cannot obtain all at one leap, we must advance toward it step by step, reasonably content so long as we do actually make some progress in the right direction¹⁶⁹.»

Mit der gleichen Einstellung des praktischen Mannes hat Roosevelt während seines ganzen politischen Lebens die verschiedenen Idealisten, von den innenpolitischen Reformern über die Pazifisten bis zu Präsident Wilson, scharf kritisiert. Ihnen wirft er vor, in einer von der Wirklichkeit getrennten Welt zu leben und dadurch dem Fortschritt der Nation und der Menschheit hinderlich zu sein. Er glaubt, daß, wenn die «bösen» Kräfte die Oberhand haben, man mit ihnen zusammenarbeiten muß, um wenigstens ein Minimum von «righteousness» verwirklichen zu können; wenn man nur zwischen dem Schlechten und dem Mäßigen wählen kann, hat es keinen Sinn, das Gute zu wollen und auf das Mäßige zu verzichten, weil so das Schlechte auf jeden Fall triumphieren würde. Ebenso muß die konzipierte Friedensordnung der Wirklichkeit entsprechen und den Tatsachen der Politik Rechnung tragen, wenn der Menschheit tatsächlich geholfen werden soll.

Im Jahre 1910 legte Roosevelt vor dem Friedensnobelpreis-Komitee seine Vorschläge für eine internationale Friedensordnung dar¹⁷⁰:

1. Schiedsgerichtsabkommen unter zivilisierten Staaten: das Territorium und die Souveränität der einzelnen Nation sind unanfechtbar, ebenso «rare cases where the nation's honor is vitally concerned».
2. Weiterentwicklung des Internationalen Gerichtshofes im Haag als Schiedsgerichtshof; Roosevelt weist auf den Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten hin, der als Vorbild genommen werden könne.
3. Internationale Verträge zur Kontrolle der Rüstungen.
4. «. . . it would be a master stroke if those great powers honestly bent on peace would form a League of Peace, not only to keep peace among themselves, but to prevent, by force if necessary, its being broken by others.»

Die einzelnen Punkte sollen in der Folge näher untersucht werden¹⁷¹:

Unter den ersten zwei Ziffern berührt Roosevelt das Problem der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Prinzipiell befürwortet er den Abschluß von internationalen Schiedsverträgen. Die erste Panamerikanische Konferenz von 1889 hat er begrüßt, da sie unter anderem «the great principle of arbitration as the proper method of settling international disputes, thus lessening the chance of future wars», anerkannte¹⁷². Auch die Arbeit des Internationalen Gerichtshofes hat er herzlich unterstützt. So sagt er über die friedliche Regelung des Venezuela-Zwischenfalles: «It seemed to me to offer an admirable opportunity to advance the practice of the peaceful settlement of disputes between nations and to secure for the Hague Tribunal a memorable increase of its practical importance»; der Haager Gerichtshof biete ein gutes Beispiel, wie solche Konflikte friedlich geregelt werden können, und sollte deshalb tatkräftig unterstützt werden¹⁷³. Von vornherein ist es für Roosevelt selbstverständlich, daß nur wahrhaft zivilisierte Nationen an Schiedsverträgen teilnehmen können; denn «with a barbarous nation peace is the exceptional condition»¹⁷⁴. Aber in bezug auf die zivilisierten Nationen glaubt er in der neuern Geschichte feststellen zu können, daß diese auf einen Zustand des permanenten Friedens unter sich hintendieren; so bezeichnet er die erste Haager Konferenz als ein Zeichen, daß Kriege unter zivilisierten Staaten im Abnehmen begriffen seien¹⁷⁵.

In seiner fünften Jahresbotschaft rühmt er die vorgesehene zweite Haager Konferenz als ein Mittel «to offer, at least to all civilized powers, some substitute for war which will be available in at least a considerable number of circumstances»¹⁷⁶. Diese letzte Bemerkung weist darauf hin, daß Roosevelt nicht bereit war, alle Streitfälle dem Schiedsgericht zu unterstellen. Er erklärt vielmehr, daß die Fälle, die schiedsgerichtlich geregelt werden sollen, in den Staatsverträgen scharf definiert werden müssen. Dieses Mißtrauen gegenüber der Schiedsgerichtsbarkeit wird bei Roosevelt im Laufe der Jahre immer deutlicher. Je zugespitzter die internationalen Spannungen werden, umso weniger traut er solchen Staatsverträgen, die das Schicksal der Nation völlig von Schiedsgerichten abhängig machen, um sie schließlich unter dem Eindruck des Weltkrieges und aus Opposition zu Wilson scharf zu kritisieren und sie ganz abzulehnen¹⁷⁷. Er hält daran fest, daß «vitale» Rechte und Interessen der Nation nicht von einem internationalen Organ diskutiert werden können. So ist es für ihn ausgeschlossen, daß das Territorium und die Souveränität der Nation in Frage gestellt werden kann; ebenso ist es für ihn undenkbar, daß z. B. die

Frage der Befestigung des Panama-Kanals in Schiedsgerichten angeschnitten werden darf.

Staatsverträge sind für Roosevelt nur Hilfsmittel. Er steht auf dem Standpunkt, daß diese nur etwas nützen, wenn ihre Verwirklichung nötigenfalls mit Gewalt erzwungen werden kann. Wenn eine Nation einen Vertrag nicht einhalten will, so kann nur die Macht ihres Partners sie dazu zwingen¹⁷⁸. Roosevelts Schulbeispiel für diese These ist die Verletzung der belgischen Neutralität, welche in Staatsverträgen auch von Deutschland garantiert worden ist. Dieser Fall zeige, sagt er, daß Staatsverträge vom Wohlwollen des Stärkern abhängig seien: wenn sie diesem unbequem geworden sind, kann ihn niemand daran hindern, sie zu brechen, es sei denn, es bestehe eine internationale Polizeigewalt. Für die Vereinigten Staaten postuliert Roosevelt, daß sie an ihrer Ehre gebunden sind, einerseits ihre unveräußerlichen Interessen und Rechte zu wahren und anderseits alle internationalen Uebereinkommen strikte einzuhalten. Daher, sagt er, ist es unsinnig, allgemeine, nicht spezifizierte Schiedsverträge abzuschließen, nach denen die Nation rechtlich gezwungen werden könnte, ihre Ehre in Frage zu stellen. Es ist ethisch verwerflich, erklärt er vehement, Staatsverträge einzugehen, von denen man von Anfang an weiß, daß sie von der Nation nicht eingehalten werden können¹⁷⁹.

Roosevelts dritter Vorschlag für eine internationale Friedensordnung bezieht sich auf die Kontrolle der Rüstungen. Die Abrüstung verwirft er entschieden, solange die Möglichkeit von Kriegen und die Notwendigkeit der nationalen Verteidigung besteht¹⁸⁰. Er kann nicht glauben, daß die Zeit des definitiven Weltfriedens in Sicht sei: vielmehr hält er an seiner Ansicht fest, daß sich die Staatengesellschaft in einem anarchieähnlichen Zustand befindet und daß es Nationen geben wird, die den Frieden stören. Er meint, daß die Abrüstung die gleichen Folgen zeigen würde, wie wenn man die Polizeikräfte New Yorks abschaffen wollte: es würde den Triumph von Barbarei und Despotismus bedeuten¹⁸¹. Ein anderer Vergleich, den Roosevelt für seine Argumentation herbeizieht, bezieht sich auf den amerikanischen Westen der Pionierzeit oder auf das Mittelalter: Solange es keine wirksame Polizeigewalt gab, mußte jeder einzelne selbst bewaffnet sein, um sich gegen Uebeltäter zur Wehr setzen zu können¹⁸². Ebenso ist es für Roosevelt unbestritten, daß, solange im internationalen Bereich eine wirksame Ordnung fehlt, jede Nation einzeln fähig sein muß, sich zu verteidigen, wenn sie den Uebeltätern unter den Staaten nicht ausgeliefert sein will. Es ist sinnvoller, schreibt er, die Kriegsgründe auszumerzen, als die Kriegsmittel abschaffen zu wollen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß Roosevelt einen ungehemmten

Rüstungswettlauf befürwortete. Er hat nichts gegen eine schrittweise, vorsichtige Eindämmung der nationalen Rüstungen, umso eher als es nach seiner Meinung niemandem in den Sinn kommen könnte, von den Vereinigten Staaten die Abrüstung zu verlangen, weil sie doch nur ein Minimum von Bewaffnung besitzen¹⁸³. Auf jeden Fall, betont Roosevelt, ist es im bestehenden Zustand der Welt unbedingt erforderlich, daß die Nation über ein Mindestmaß von wirksamen Verteidigungsmitteln verfügt.

Beim vierten Punkt von Roosevelts Friedensvorschlägen handelt es sich um eine Liga von friedenswilligen Staaten, die bereit sind, als Polizeimacht in der Welt zu wirken. Dieser Punkt muß als der Kern von Roosevelts Friedensordnung angesehen werden; denn diese Liga soll die Autorität ausüben, die bisher in der Staatengesellschaft gefehlt hat.

Wie oben dargestellt, nützen nach der Meinung Roosevelts Schiedsabkommen nichts und die Abrüstung ist geradezu gefährlich, wenn die internationale Anarchie nicht durch eine staatsähnliche Ordnung ersetzt wird¹⁸⁴. Roosevelt nimmt wieder seinen geliebten «wilden» Westen zum Vorbild: Der dortige anarchistische Zustand dauerte an, bis sich einige tatkräftige und ehrenvolle Siedler zu einer Miliz-Polizei, dem «posse comitatus», zusammentaten und der Gemeinschaft zu einer Ordnung von Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit verhalfen¹⁸⁵. Ein «international posse comitatus» von mächtigen und zivilisierten Nationen, «all of them being bound by solemn agreement», muß in der internationalen Gesellschaft die Funktionen der Polizei ausüben¹⁸⁶. Wie der «posse» im amerikanischen Westen zur Verfügung des Sheriffs stand, so soll der «international posse comitatus» die Dekrete eines großen internationalen Gerichtshofes ausführen¹⁸⁷.

In einem Aufsatz «Utopia or Hell?» spekuliert Roosevelt, daß die europäischen Mächte und die amerikanischen Pazifisten und Isolationisten nach dem Kriege bereit sein werden, einer wirklichen Organisation beizustimmen, welche «the only kind of peace worth having, the peace of justice and righteousness», garantieren würde¹⁸⁸. Diese Organisation entspricht der oben dargestellten «league of the peace of righteousness», an welcher die «efficient civilized nations» teilnehmen. Diese Nationen bestimmen jede für sich den Umfang ihrer eigenen Rechte, die auf keinen Fall geschmälert werden dürfen; wogegen alle Zwiste, welche diese vorausbestimmten Rechte nicht berühren, einem internationalen Gerichtshof unterbreitet werden sollen. Die Aufgaben der Liga — «the vital and essential point in the whole system» — besteht darin, daß ihre Mitglieder mit vereinter militärischer Macht dafür sorgen müssen: 1. daß Zwistigkeiten dem

Gerichtshof vorgelegt werden, 2. daß den Verfügungen des Schiedsgerichts nachgelebt wird, und 3. daß die den einzelnen Nationen reservierten Rechte nicht böswillig verletzt werden. Die Liga wird nicht nur unter ihren Mitgliedern für Ordnung und Gerechtigkeit sorgen, sondern auch infolge ihrer natürlichen Hegemonie die weltweite Polizeigewalt ausüben. Dadurch wird sie in der Lage sein, den Weltfrieden zu sichern.

Unsere Ausführungen dürften gezeigt haben, daß Roosevelt mit seinen Friedensvorschlägen im Grunde die gleiche Konzeption vertrat, die wir in frühern Abschnitten dieser Arbeit feststellen konnten. Es handelt sich darum, daß die Nation — im speziellen Fall heißt dies die amerikanische Nation — auf Grund ihrer Größe und potentiellen Macht bestimmte Interessen hat, welche sie, ohne ihre Ehre und Existenz gefährden zu wollen, nicht aufgeben kann und für die sie sich einsetzen muß.

Nach Roosevelts Konzeption erstrebt die amerikanische Nation einen Friedenszustand, der es ihr ermöglichen soll, unbehelligt von äußern Gefahren, ihre Möglichkeiten, welche ihr als historisch gewordene Entität eigen sind, zu nutzen. Roosevelt hat erkannt, daß die Union nicht nur für die bestehenden und voraussichtlichen Gefahren militärisch und strategisch gewappnet sein muß, sondern daß sie auch am Weltgeschehen Anteil zu nehmen hat, um die der Staatengesellschaft innewohnenden Zwiste nach Möglichkeit auszuschalten.

Roosevelts politische Aktivität im Russisch-japanischen Krieg und in der Marokko-Krise kann nur dahin interpretiert werden — wir wiederholen uns —, daß er die internationalen Spannungen vermindern und den Frieden bewahren wollte¹⁸⁹. In der Darstellung von Roosevelts lateinamerikanischer Politik haben wir darauf hingewiesen, daß er äußerlich eine imperialistische, aggressive Politik trieb, prinzipiell um die bereits bestehenden Interessen, die einer Großmacht wie den Vereinigten Staaten eigen sind, zu erhalten, und nicht in der Absicht, neue Ausgangsstellungen zu erwerben. Hinter seiner weltpolitischen Intervention liegt im wesentlichen eine ähnliche Idee: Den Vereinigten Staaten, die darauf verzichten wollen und müssen, eine aggressive Machtpolitik zu führen und sich mit den übrigen Weltmächten um Machtpositionen auseinanderzusetzen, ist daran gelegen, ihren eigenen Interessen in einer von politischen Spannungen unbelasteten Welt nachgehen zu können¹⁹⁰.

In seiner Konzeption geht Roosevelt noch weiter und erkennt, übrigens wie Wilson, daß die Union selbst an einer Friedensorganisation teilnehmen muß, um im Frieden leben zu können. Roosevelt bleibt jedoch Nationalist: nach seiner Auffassung muß der Friede das oben

angeführte Bedürfnis der Nation erfüllen. Eine Friedensorganisation darf deshalb die vitalen nationalen Interessen und Rechte nicht schmälern; sie hat nur dafür zu sorgen, daß ein Rechtsbruch in der Staatengesellschaft wirksam geahndet wird und daß die Mächte Gelegenheit haben, ihre Konflikte auf friedliche Weise zu regeln. Das wichtigste ist die Sanktion, ohne die die schönsten Rechtssätze sinnlos bleiben. Die Gewalt der Sanktion behält Roosevelt den höchstzivilisierten Nationen vor, die nach seiner Meinung allein fähig sind, für einen wahren Frieden einzustehen; sie werden damit die Führer der Welt.

Am Tage vor seinem Tod diktierte Roosevelt seine letzte Äußerung über aktuelle Probleme. Er verwirft darin Wilsons Völkerbundsidee und legt nochmals seine Grundsätze für eine Friedensordnung dar. Er kritisiert Präsident Wilson, schöne Sätze aufgestellt zu haben, die jeder Bedeutung und Wirklichkeitsnähe entbehren. Er selbst schlägt vor, mit einer Liga der Alliierten, die den Krieg siegreich durchgekämpft haben, zu beginnen. Die Siegernationen sollen zuerst unter sich für Gerechtigkeit sorgen, d. h. ihre internen Dispute rechtlich regeln. Erst nachträglich, «as rapidly as their conduct warrants it to other nations» und nach der Bußeleistung für ihre Kriegsführung, sind die geschlagenen Feinde in die Liga aufzunehmen¹⁹¹. Die Mitglieder der Liga unterteilt Roosevelt in große mächtige Nationen, die das Geschick der Staatengemeinschaft leiten, und in kleine, schwache, welche kein Mitbestimmungsrecht besitzen¹⁹². Jede Nation hat ihre unverletzlichen, nicht diskutierbaren Rechte im voraus festzulegen. Für die Vereinigten Staaten behält Roosevelt insbesondere das Recht der nationalen Wehrbereitschaft und die Monroe-Doktrin vor. Europa und Asien sollen eine Polizeiorganisation einrichten, stark genug, um unter den schwachen, ordnungswidrigen Staaten ihrer Sphären den Frieden zu wahren. Denn, sagt er, «we don't wish to undertake responsibilities of sending our gallant young men to die in obscure fights in the Balkans or in Central Europe, or in a war we do not approve of». Nur ein Ueberseekrieg, bei dem es um eine große Sache geht und dessen Streitfrage völlig klar ist, kann die Union verpflichten. Mit Kleinkriegen und Friedensstörern sollen Europa und Asien selbst fertig werden. In der westlichen Hemisphäre werden die Vereinigten Staaten selbst für Ruhe und Ordnung sorgen und verbitten sich jede europäische Einmischung¹⁹³.

Diese letzte Äußerung Roosevelts zeugt dafür, daß er sich der Politik als der «Kunst des Möglichen» bewußt ist. Auch sie enthält Züge, deren Verwirklichung in der Welt des zwanzigsten Jahrhunderts fraglich erscheint. Sie fußt aber auf einer weisen Verbindung

von Realismus und Idealismus, von nationalem Selbst-Interesse und wahrem Friedensglauben. Sie versucht, die Tatsachen, die das Leben der Staatengesellschaft bestimmen, zu berücksichtigen, Tatsachen, die ein bestimmtes Maß von nationalem Egoismus als völlig berechtigt erscheinen lassen.

Roosevelts Idealismus basiert auf der Ueberzeugung, daß Zivilisation und Macht identische Qualitäten sind. Da die Weltmächte als hochzivilisierte Nationen immer richtig und gut, also auf die Weltzivilisation und den Weltfrieden hin, handeln, überträgt er ihnen die Leitung der Staatengesellschaft. Es ist realistisch gedacht, daß das Einvernehmen unter diesen notwendig und genügend ist, um die Welt in Schach zu halten. Da die Weltmächte den Frieden und das Wohl der Menschheit erstreben, können sich die kleinern friedliebenden Staaten getrost ihrem Schutz unterstellen, während die «ungehorsamen» Nationen mittels einer regionalen Polizeiorganisation zum Frieden gezwungen werden müssen! Roosevelts Realismus bricht dort durch, wo er die nationalen Minimal-Interessen bewahrt sehen will. Er anerkennt die einzelne Nation als die internationale Einheit, für deren Wohlergehen und Sicherheit in erster Linie zu sorgen ist. Denn für ihn ist die internationale Friedensorganisation nicht Selbst-Zweck, sondern ein Mittel, das spezielle Dasein jeder Nation sicherzustellen. Auf Grund dieser Ueberlegung postuliert er die Intervention der Vereinigten Staaten nur in Fällen, in denen der Weltfriede, somit die Union selbst, gefährdet ist.

Die oben besprochenen Vorschläge für eine Weltfriedensordnung enthalten die gleichen Elemente, auf die wir in der Darstellung von Roosevelts außenpolitischer Konzeption immer wieder hinweisen mußten: einerseits der Glaube an das Vorherrschen der Zivilisation wenigstens bei den maßgebenden Mächten, besonders bei Amerika, wodurch der Friede und die Sicherheit der Menschheit verwirklicht werden kann; andererseits die Ueberzeugung, daß die einzelne Nation angesichts der Weltlage in erster Linie für sich selbst sorgen muß, um bestehen zu können. Jedes dieser zwei Elemente zieht entsprechende Ueberlegungen nach sich, die gesamthaft Roosevelts außenpolitische Konzeption ausmachen. Im folgenden, letzten Kapitel soll diese zusammengefaßt und interpretiert werden.

ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSS

Theodore Roosevelts Konzeption der amerikanischen Außenpolitik konzentriert sich um folgendes Problem: Es sollen die Bedingungen geschaffen werden, unter denen die Vereinigten Staaten in der Lage sind, ihre bestehenden Interessen — strategische, wirtschaftliche und ideelle — ungehindert von internationalen Störungen zu erwahren und durchzusetzen. Es handelt sich um Interessen, die im Grunde jedem Staatswesen eigen und mit der Ehre und Existenz jeder Nation eng verbunden sind, welche also weder aufgegeben noch verletzt werden dürfen. Es kann keinen Katalog solcher Primär-Interessen geben; denn sie sind in jedem einzelnen Fall entsprechend den Umständen neu zu bestimmen.

Roosevelt hat eine eindeutige Auffassung, wie die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung der amerikanischen Nation erreicht werden können. Er geht davon aus, daß die Union, je entschiedener sie in der internationalen Politik auftritt, umso eher ihre fundamentalen Interessen wahrzunehmen vermag. Er ist sodann überzeugt, daß die Vereinigten Staaten eine ausschlaggebende Rolle im Weltgeschehen übernehmen müssen. Auf diese außenpolitische Grundkonzeption sind seine Aeüßerungen, die wir im vorhergehenden Kapitel darzustellen und zu deuten versucht haben, zurückzuführen.

Es sind im wesentlichen drei Motive, die den Kern seiner Außenpolitik ausmachen:

1. Die Reinhaltung der nationalen Ehre — wie der persönlichen — ist für Roosevelt eine ethische Forderung. Sein stark ausgeprägter Ehrbegriff gründet sich darauf, daß die Nation — wie die Einzelperson — in der Lage sein muß, ihre volle Handlungsfreiheit gegenüber äußern Einflüssen zu wahren. Dies kann sie jedoch nur, wenn sie stärker und entschlossener als die andern ist. Sie soll keine unberechtigten Forderungen stellen und niemanden provozieren. Ihre Ehre und ihr Stolz verlangen aber, daß sie jeden Angriff auf ihre inhärenten Interessen bekämpft. Roosevelt ist sich bewußt, daß Amerika fähig

ist, seine Stärke und Macht gewaltig zu steigern und sie in politischen Auseinandersetzungen zu gebrauchen. Bereitschaft zum Kampf ist seine Lösung. Er erkennt, daß der Einsatz von Stärke und Macht prophylaktisch wirkt, wenn er klug gehandhabt wird. Vorbeugung, oder offensive Verteidigung, ist deshalb der Grundton seiner Politik; es handelt sich immer um Verteidigung und nicht um Angriff, um Erhaltung und nicht um Erneuerung. Da Amerikas Interessen in das Gefüge der Weltpolitik eingewoben sind, gebietet die nationale Ehre, daß die Vereinigten Staaten zu den maßgebenden Mächten gehören und ihre Interessen auf weltpolitischem Boden erwahren.

2. Roosevelt hat sich die rassischen Theorien seiner Jugendzeit zu eigen gemacht und ist von der weltzivilisatorischen Mission der amerikanischen Nation überzeugt. Diese wendet sich vor allem gegen barbarische und unterentwickelte Völker. Deren «Erziehung» ist eine moralische Pflicht der Union, die sich an der Weltzivilisation aktiv beteiligen muß. Da die amerikanische Nation zur internationalen Elite gehört, ist es für sie Ehrensache, auch weltpolitisch eine leitende Stellung einzunehmen. Nach Roosevelts Meinung hat in Amerika die Zivilisation ihr Maximum erreicht: die Suprematie der amerikanischen Lebensart steht daher für ihn fest. Also ist die Union am besten befähigt, im Verein mit gleichgestellten Nationen das Geschick der Welt zu leiten. Denn nur die Herrschaft der Zivilisation kann die Welt auf den Weg des allgemeinen Friedens führen.

3. Das dritte Motiv von Roosevelts Konzeption ist ausgesprochen politischer Art: es besteht in der Erkenntnis der Dynamik in der Politik, der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der politischen Wirklichkeit. In hohem Maße entwickelt Roosevelt seine Politik empirisch aus den gegebenen Umständen. Auf Grund der weltpolitischen Lage mit ihren Rivalitäten der Mächte im Zeichen des Neo-Imperialismus und der Machtpolitik und auf Grund der von ihm vorgefundenen Stellung der Union in der Welt schließt er, daß sich die Vereinigten Staaten aktiv am internationalen Geschehen beteiligen müssen, um politische Rückschläge zu vermeiden.

Während die zwei ersten der oben angeführten Motive den Hintergrund von Roosevelts außenpolitischer Konzeption bilden und ihm wohl die Impulse zu seinen Handlungen gegeben haben, sehen wir im dritten Motiv das eigentlich Bestimmende seiner Politik. Er ist insofern Realpolitiker, als seine Staatsführung auf der Wirklichkeit, so wie er sie erfaßt, fußt und zweckgerichtet ist. Das Ideelle nimmt eine Rahmenstellung ein, indem es den allgemeinen Kurs seiner Politik einordnet; es ist Anfang und Ende. Die konkrete politische Handlung selbst entzieht sich dem idealistischen Einfluß; sie setzt sich einzig

mit der Wirklichkeit auseinander und sucht abstrakt festgelegte Ziele zu erreichen, die wir oben als das Grundproblem seiner Konzeption bezeichnet haben. In Roosevelts Politik setzen sich Idealismus und Realismus auseinander; das Gleiche haben wir in bezug auf seine Persönlichkeit feststellen können. Es ist kaum möglich, diese Auseinandersetzung im einzelnen Fall aufzuzeichnen. Denn jede Handlung ist zu einem gewissen Grad von einer Idee getragen, wie auch jede Idee, um wirksam zu sein, auf der Wirklichkeit gegründet sein muß. Wir glauben aber, indem wir Roosevelts *Konzeption* dargestellt haben, das Ringen zwischen den beiden Kräften deutlich gemacht zu haben. Demgegenüber berücksichtigt eine Geschichte der politischen Ereignisse zur Hauptsache nur Beziehungen zwischen den realen Gegebenheiten. In bezug auf Roosevelt hat sie seine Maßnahmen darzustellen und diese im Zusammenhang mit den übrigen Ereignissen und Umständen zu interpretieren; seine Absichten, Voraussetzungen und die hinter dem Handeln stehende Idee werden dabei leicht vernachlässigt.

Roosevelts Konzeption der amerikanischen Außenpolitik geht zugleich von einer Ideologie und von der Wirklichkeit aus. Wir müssen uns fragen, wie diese Wirklichkeit ausgesehen hat und was er aus ihr gemacht hat. Es ist die Wirklichkeit, die sich als Resultat des Spanisch-amerikanischen Krieges aus einer über ein Jahrhundert langen Entwicklung herauskristallisiert hat. Wir haben zu zeigen versucht, daß die amerikanische Geschichte darauf ausgerichtet war, die Lebensbedingungen, die der amerikanischen Nation zusagten und an die sie glaubte, zu bewahren. Diese hatte im Grunde keine andern Aspirationen, als sie selbst zu sein und zu bleiben. Dies muß als das «nationale Interesse» der Vereinigten Staaten angesehen werden; es ist zutiefst konservativ; es bedeutet Selbst-Erhaltung, Erhaltung des Bestehenden. Das Schicksal der amerikanischen Politik war jedoch, daß das Bedürfnis nach Sicherheit eine Kettenreaktion von weitem Bedürfnissen verursachte, bis die konservierende Expansion die Union in die Kraftfelder der Weltpolitik hineinführte. Es geschah dies im Zeitalter der verstärkten politischen Aktivität der Großmächte am Ende des neunzehnten Jahrhunderts; «Europa» war nicht mehr, wie zu Beginn des Jahrhunderts, identisch mit dem Alten Kontinent. Um die vom «nationalen Interesse» diktierte Politik durchführen zu können, sah sich nun die Union mehr und mehr veranlaßt, mit den übrigen Großmächten zu rivalisieren. Sie wollte keine Kolonien in fremden Erdteilen; sie wollte keine ausschließlichen Märkte für sich. Aber sie wollte nicht gefährdet sein; sie wollte das «nationale Inter-

esse» auch im Zeitalter der Imperialismen durchsetzen und wählte dazu imperialistische Methoden.

Es ist bezeichnend für die amerikanische Politik, daß sie opportunistisch war und empirisch geführt wurde. Das «Imperium» ist beinahe zufällig als Folge des in erster Linie idealistisch begründeten Krieges gegen Spanien entstanden. Wohl hatte ein Jahrzehnte altes «imperialistisches» Programm als Idee bestanden, das, gesamthaft gesehen, der Dynamik der amerikanischen Entwicklung entsprach und auf bestimmte Zwecke hin orientiert war. Dessen Verwirklichung ergab sich aus der konkreten Situation. So bestand das Hauptargument, das für den Erwerb der Philippinen ausschlaggebend war, darin, daß die Inselgruppe im Besitz einer andern Großmacht der Union gefährlich werden könnte und deshalb nicht aus der Hand gegeben werden dürfe. Es war das gleiche Argument, das zu Beginn des Jahrhunderts in bezug auf Florida, Cuba und später auf Kalifornien angewandt worden war.

Roosevelt setzte diese Entwicklung bewußt fort. Er war das Kind seiner Zeit; er war von den herrschenden Ideen des Evolutionismus, Darwinismus, Imperialismus und Nationalismus beeinflusst. Anderseits bestand die zweite Komponente seines Wesens in der amerikanischen, puritanischen Tradition der ethischen Lebenshaltung, der idealistischen Weltansicht und des Glaubens an die Sendung seiner Nation. Darin, im Missionsgedanken, treffen sich die beiden Komponenten, die im übrigen antithetisch zueinander stehen. Drittens schließlich erschaute er die Vereinigten Staaten im Zeitalter der nationalen Rivalitäten: er empfand die Gefahren, denen die Union zufolge der Imperialismen ausgesetzt war. Er übernahm das alte amerikanische Mißtrauen gegenüber den Großmächten. Er wollte seine Nation mächtig wissen, fähig, ihre Ideale und ihr spezielles Dasein zu erhalten und zu verteidigen. In Verfolgung der alt-amerikanischen Politik des «nationalen Interesses» berücksichtigte er die veränderte weltpolitische Lage; im Zeitalter der politischen Aktivität entwickelte auch er Aktivität.

Als Präsident übernahm Roosevelt ein amerikanisches «Imperium». Besitzungen im Pazifischen Ozean bis in den Fernen Osten, Stützpunkte und neue Verantwortungen im Karibischen Meer hatten die kontinentalen Vereinigten Staaten erworben, welche selbst an zwei Weltmeere grenzten. Amerika war eine fernöstlich-pazifische Macht geworden mit Interessen, die keine nationalbewußte Regierung außer Acht lassen konnte. In Lateinamerika, speziell im karibisch-zentral-amerikanischen Raum, standen die Vereinigten Staaten als eine Macht da, deren alte Ambitionen und Interessen in diesem Gebiet verschärft

und konkretisiert worden waren infolge der neuen Wirklichkeit; das Problem des zentralamerikanischen Isthmus, ein altes Anliegen der amerikanischen Politik, rückte in das Zentrum und diktierte den Anspruch auf Hegemonie in der westlichen Hemisphäre.

Die weitverzweigten Interessen der nordamerikanischen Republik mußten im Zusammenhang der Weltpolitik betrachtet werden; es besteht kein Zweifel, daß sich Roosevelt durch diese Erkenntnis ausgezeichnet hat. Sein Temperament, seine Charakterzüge zusammen mit seinen Ideologien des Nationalismus und des Missionsgedankens haben dazu beigetragen, daß er das Schicksal seines Landes an dasjenige der ganzen Welt geknüpft hat. Er mußte sich fragen, wie die Union neben den rivalisierenden, um Machtpositionen ringenden Mächten bestehen konnte, ohne ihre eigenen Positionen verlieren zu müssen; er mußte sich mit der gleichen Frage abgeben, die seit jeher die amerikanische Außenpolitik im wesentlichen bestimmt hatte. Sicherlich ist dies die Frage, die sich jeder verantwortliche Staatsmann stellen muß; sie war besonders aktuell in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende. Wir können hier nicht auf die Geschichte des modernen Imperialismus eingehen, glauben aber feststellen zu dürfen, daß zwischen der Politik Amerikas und derjenigen anderer Groß- und Weltmächte zum mindesten ein gradueller Unterschied bestand. Amerika, auch unter Roosevelt, nahm insofern eine Sonderstellung ein, als es nicht in die eigentliche europäische Politik verwickelt war. Für die europäischen Mächte blieb die Kolonialpolitik in erster Linie Bestandteil der europäischen Politik. Amerika hatte es nicht nötig, seine Macht zu stärken, um in einem regionalen Staatensystem, wie dem europäischen, mitreden zu können, — in der westlichen Hemisphäre übte die Union eine natürliche Hegemonie aus, die sie höchstens gegenüber einem andern Staatensystem verteidigen mußte. Amerika war damals noch nicht einmal so weit, sich an der Weltwirtschaft, die in nationale Wirtschaften gegliedert war, intensiv zu beteiligen. Es genügte ihm, sich Handelsmöglichkeiten offenzuhalten; dank seiner Tradition und seines Potentials neigte es eher dazu, in freien Wettbewerb zu treten. Die Vereinigten Staaten mußten also keine Machtpolitik treiben, wie es die europäischen Mächte glaubten tun zu müssen, um sich behaupten zu können. Roosevelt sah jedoch in der Rivalität der Weltmächte die Gefahr für die Union, von der Weltpolitik erdrückt zu werden. Beeinflußt von seiner Ideologie und zweifellos von den verschiedenen wirtschaftlichen und ideellen Strömungen innerhalb der Union, die seinen Anschauungen entsprachen, suchte er dieser Gefahr zu begegnen, indem er die politischen Methoden seiner Zeit anwandte. Was die amerikanische, und speziell Roose-

velts, Politik charakterisiert, ist deren Zweckorientierung. Sie ist auf kein Programm begründet; wenn ein solches besteht, ist es abstrakter Natur. Es handelt sich nicht um Machtpolitik um der Macht willen; vielmehr ist diese das Mittel, um einen konkreten politischen Zweck zu erfüllen.

Wenn im besondern Roosevelts lateinamerikanische Politik häufig imperialistisch genannt worden ist, so ist zu bedenken, daß diese ganz bestimmte, begrenzte, konkrete Zwecke erfüllen sollte, nämlich das Problem lösen, das die amerikanische Politik seit Jahrzehnten beschäftigt hat: die Herstellung einer Verbindung der atlantischen und der pazifischen Küste durch den zentralamerikanischen Isthmus. Dies war vor allem ein strategisches Problem, von dem nach der Meinung Roosevelts die Existenz der Union abhing. Entsprechend seinem Mißtrauen gegenüber der internationalen Lage forderte Roosevelt nicht nur einen ausschließlich amerikanischen Kanal, sondern legte auch auf dessen Sicherung gegen allfällige Uebergriffe von seiten der europäischen Mächte größtes Gewicht. Dieses Ziel wurde von ihm idealisiert zum Absoluten erhoben. Daraus ist seine politische Methode zu erklären, die nicht immer seinem Idealismus und seiner Ethik entsprochen hat. In Verteidigung seiner Politik gegenüber Columbia und Panama kann er deshalb sagen, daß es töricht sei, ein ideales Ziel anzuerkennen, die Methoden aber, die zu diesem Ziel führen, zu verwerfen. Auch die Politik gegenüber den finanziell gefährdeten mittelamerikanischen Republiken, seine «Corollary» zur Monroe-Doktrin, muß als eine Defensivmaßnahme betrachtet werden. Für ihn bedeutete die Doktrin, das Prinzip der Ausschließung Europas von der westlichen Hemisphäre, mehr als eine Regierungserklärung; er suchte sie aktiv, durch vorbeugende Maßnahmen zu verwirklichen. Unter Roosevelt hatten die wirtschafts-expansiven Ueberlegungen noch nicht die selbe Bedeutung wie unter seinen Nachfolgern. Wir können hier nicht entscheiden, ob seine Maßnahmen richtig und notwendig gewesen waren. Sie sind entstanden aus seiner Konzeption, daß die Vereinigten Staaten, angesichts der weltpolitischen Situation und entsprechend ihrem Ehrgefühl und Idealismus, eine Machtposition erstreben müssen, die es ihnen erlaubt, ungefährdet ihren Idealen nachzuleben und diese zu verteidigen.

Während Roosevelts lateinamerikanische Politik im großen ganzen eine Fortsetzung der alt-amerikanischen Haltung gegenüber den Republiken mit neuen Mitteln war, ging seine Weltpolitik neue Wege. Der Erwerb der Philippinen und der pazifischen Stützpunkte aktivierte die amerikanische Politik im Fernen Osten. Es ist hier vor allem die Politik der Offenen Türe zu erwähnen, die auf Staatssekretär Hay

zurückging. Roosevelt selbst erkannte die fernöstlichen Probleme als Teil der universalen politischen Zusammenhänge. Immer noch, wie im 19. Jahrhundert, hielt sich die Union von der europäischen Politik fern. Aber nach Roosevelts Auffassung konnte sie sich nicht mehr vom weltweiten Geschehen isolieren, gleich ob es sich in Europa oder in einer andern Region abspielte. Wollte sich Amerika mit seinen weitverzweigten Interessen in der Welt behaupten, d. h. das «nationale Interesse» des beginnenden 20. Jahrhunderts bewahren, so konnte es nicht abseitsstehen, es mußte in der Weltpolitik mitsprechen. Die Welt wurde immer mehr eins; die Staaten kamen sich immer näher, und die Reibungsflächen wurden ständig größer. Roosevelt erkannte, bewußt oder unbewußt, daß die Union in das Weltgeschehen eingreifen mußte, auch wenn ihre Interessen nur indirekt betroffen wurden. Tatsächlich konnte man nicht mehr allein die einzelnen, konkreten Interessen beachten; es handelte sich um nichts Geringeres als darum, mögliche weltpolitische Störungen frühzeitig auszuschalten. Die europäischen Mächte waren ineinander gekeilt nicht nur in Europa, sondern auch in überseeischen Gebieten, in welche Amerika bereits vorgedrungen war und wo eine neue Macht, Japan, ihre eigenen Ambitionen verfolgte. Da nach Roosevelts Meinung und entsprechend der Einstellung des amerikanischen Volkes die Union keine andern Ziele verfolgte als die vom «nationalen Interesse» diktierten, schienen die Vereinigten Staaten in der Lage zu sein, indem sie in die Weltpolitik eingriffen, den universalen Machtkampf mäßigend zu beeinflussen und den Zustand des Weltfriedens zu erstreben. Es sei noch beigelegt, daß Roosevelt gegen das Ende seines Lebens der Auffassung war, daß Großbritannien ähnliche Ziele wie die Union verfolgte, nämlich die Erhaltung des Status quo, und daß deshalb die beiden Mächte zusammenarbeiten sollten.

Ob Roosevelt seine außenpolitische Konzeption logisch erarbeitet hat oder ob sie ihm gleichsam intuitiv gegeben worden ist, es haftet ihr etwas Großartiges an: die Erkenntnis der Bedürfnisse eines zu einer Weltmacht gewordenen Staates, der die aus seiner Weltstellung hervorgehenden Konsequenzen zu ziehen hat, um sich selbst treu zu bleiben; die Erkenntnis, daß je größer und bedeutender ein Staat ist, er umso größere Verantwortungen in einer Welt übernehmen muß, die keine isolierten Sphären von der Art Amerikas mehr duldet und in welcher jedes Teilgeschehen unweigerlich mit dem Gesamten verbunden ist. Trotz aller Ueberheblichkeit und imperialistisch-nationalistischer Ideologie erscheint dies der Kern, die Substanz von Roosevelts Außenpolitik zu sein. Wir finden, daß dieser Aspekt in den wenigsten Darstellungen der amerikanischen Geschichte genügend

gewürdigt worden ist, wo meist nur seine einzelnen Maßnahmen behandelt und häufig mißverstanden worden sind. Vielleicht, daß in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in einer Zeit, da ein großer Teil der Menschheit das Wiedererwachen des amerikanischen Isolationismus als eine Katastrophe empfinden würde, und da es offensichtlich geworden ist, daß Einzelmaßnahmen nur im Zusammenhang der Zwecke betrachtet werden dürfen und daß kein Land für sich allein bestehen kann, Roosevelts außenpolitische Konzeption eher Anerkennung finden wird.

Roosevelts Einfluß auf die amerikanische Geschichte kann nicht übersehen werden. Als einer der schärfsten Exponenten einer aktiven Außenpolitik trug er wesentlich dazu bei, daß sich das amerikanische Volk der Bedeutung des Spanisch-amerikanischen Krieges und seiner eigenen Machtstellung bewußt wurde. Er betonte den ideellen Aspekt der neu gewonnenen Machtposition, löste jedoch auch materielle Kräfte aus, die in der Folge zum amerikanischen Wirtschaftsexpansionismus führten. Dies kommt besonders deutlich in der lateinamerikanischen Politik zum Ausdruck. Während er sich in erster Linie von strategischen Ueberlegungen leiten ließ und seine Maßnahmen idealistisch begründen konnte, nahm unter seinen Nachfolgern der wirtschaftliche Aspekt, den seine Politik zweifellos gefördert hatte, überragende Bedeutung an. Sein Werk in Lateinamerika wurde fortgesetzt und in die «dollar diplomacy» umgewandelt. Mit Rooseveltschen Methoden wurden ökonomische Interessen der Union wahrgenommen. Sein Folgesatz zur Monroe-Doktrin wurde weiter angewandt, verlor dabei aber seinen ursprünglichen Sinn, wie er in Roosevelts Konzeption enthalten ist.

Auf lange Sicht gesehen dürfte die Bedeutung Roosevelts auf die amerikanische Geschichte — damit auf die Weltpolitik — darin am größten sein, daß er die Vereinigten Staaten, wenigstens vorübergehend, aus ihrem Isolationismus herausgeführt hat. Seine Politik der kooperativen Intervention in das Weltgeschehen und der Stärkung der amerikanischen Macht machte die Welt auf die Vereinigten Staaten als einen ernstzunehmenden Faktor im internationalen Gespräch endgültig aufmerksam. Während seiner Präsidentschaft wußte man, daß die Macht Amerika willens war, den Gang der Weltpolitik zu beeinflussen im Sinne der Erhaltung des Gleichgewichts der Mächte; Japan, Rußland und Deutschland wurden von Roosevelt zurechtgewiesen. Zum mindesten Roosevelt glaubte, daß die Union dank ihrer Machtstellung den Weltfrieden erhalten und sichern konnte. Fünf Jahre nach dem Ausscheiden Roosevelts als aktiver Staatsmann miß-

achtete eine Mächtegruppe, speziell Deutschland, Amerika, das seinerseits die Rolle, die ihm Roosevelt zugeschrieben, vernachlässigt hatte. Ob dieser als «großer Mediator» den ersten Weltkrieg hätte verhindern können, ist eine offene Frage; er hätte sich jedoch kaum im Hintergrund gehalten und hätte wohl versucht, ein Machtwort zu sprechen.

Roosevelts Konzeption einer Friedensorganisation bereitete den Weg für Wilsons Friedensprogramm, das allerdings vom amerikanischen Volk verworfen werden sollte. Es war vielleicht eine Tragik für die Weltgeschichte, daß sich Wilsons Idealismus und Roosevelts Realismus nicht vereinigen konnten. Im Gegensatz zu jenem war Roosevelt nicht bereit, Amerika auf gut Glück an das Schicksal der Welt zu ketten. Er kam insofern dem amerikanischen Wesen entgegen, als er nur konkrete, scharf definierte Verpflichtungen befürwortete, die eindeutig im Interesse der Union standen und ihr zum Nutzen gereichten, aber dennoch zum Wohle der ganzen Welt beitragen sollten, — womit natürlich noch nicht ausgesagt ist, ob sich Roosevelts Programm hätte verwirklichen lassen und ob es von Erfolg gekrönt gewesen wäre.

Seine Politik war zu sehr persönlich, zu sehr seinem Charakter entsprechend, als daß sie hätte linientreu weitergeführt werden können. Taft übernahm Roosevelts lateinamerikanische Politik, nicht aber dessen außenpolitische Konzeption. Er kümmerte sich nur um die unmittelbaren Interessen der Union, ohne die Zusammenhänge der Weltpolitik zu beachten. Die amerikanische Nation zog sich deshalb wieder auf sich zurück und glaubte, außerhalb des großen Weltgeschehens verbleiben zu können. Auch Wilsons Idealismus und Bryans Pazifismus waren nicht dazu geeignet, der Union die Kraft zu geben, das Ringen der Mächte vor dem Waffengang entscheidend zu beeinflussen. Während Roosevelt gewillt gewesen war, die amerikanische Zivilisation, «die höchste aller Zivilisationen», zugunsten der Welt — wenn auch im eigenen Interesse — aktiv wirken zu lassen, bedauerte 1914 das amerikanische Volk von hoher Warte herab die barbarischen Ereignisse, die sich in Europa abzuspielen begannen. Erst unter der erzwungenen Beteiligung Amerikas am Weltkrieg näherte sich Wilson der Rooseveltschen Konzeption der amerikanischen Verantwortung am Weltgeschehen. Denn nun hatte es sich gezeigt, daß die amerikanische Nation, um ihr eigenes Dasein fristen zu können, selbst aktiv Weltpolitik treiben mußte. Was Roosevelt immer angenommen hatte, wurde während und unmittelbar nach dem Krieg offenbar: die natürliche Führungsstellung der Vereinigten Staaten in der Staatengemeinschaft dank ihrer Positionen und ihres Poten-

tials. Roosevelt hatte diese bejaht; Wilson wurde zu ihr bekehrt. Das amerikanische Volk jedoch glaubte, sie verleugnen zu können, bis es im zweiten Weltkrieg zur Führung genötigt wurde und sich so Roosevelts Konzeption wieder näherte.

Macht und Verantwortung waren Roosevelts Credo. Zweckmäßigkeit diktierte sein politisches Handeln. Zweckmäßigkeit mag dem Staatsmann anzeigen, was zu tun ist; sie kann jedoch die Handlung weder begründen noch rechtfertigen. Darin liegt Roosevelts Schwäche, die in der Geschichte seiner *konkreten Politik* zum Ausdruck kommt. Als Beitrag zum Verständnis der amerikanischen Außenpolitik haben wir versucht, Roosevelts außenpolitische *Konzeption*, die seiner Politik zugrunde liegt, darzustellen und den Sinn seiner Maßnahmen zu finden.

ANMERKUNGEN

Einleitung

- ¹ Vgl. den Aufsatz von Adolf Keller, *Amerika als Erfahrung*.
- ² Es gibt noch ältere, unvollständigere Ausgaben: Sagamore Ed., 15 Bde., 1900; Executive Ed., 14 Bde., 1901; Elkhorn Ed., 28 Bde., 1906—1920; Dakota Ed., 16 Bde., 1907.
- ³ s. Bibliographie: *The Letters of Theodore Roosevelt*.
- ⁴ Henry Adams: *Roosevelt . . . «was pure act»*; unten pp. 56 f.

Kapitel I

- ¹ Paine, Thomas, *Common Sense*, 1776; cit. in Bemis, *Diplomatic History*, p. 12, Anm. 1.
- ² Jefferson in Frankreich, 1887; cit. in Bemis, *Washington's Farewell Address*, p. 261. Vgl. auch *ibid.* pp. 260 ff., Zitate über die Notwendigkeit der Isolation von John Adams, 1777, Madison, 1788, Jefferson, 1787, 1790, u. a.
- ³ Vgl. Bemis, *Diplomatic History*, pp. 94 ff. Die dank den innereuropäischen Spannungen ungestörte Entwicklung der Union ist ein Hauptthema von Bemis' Darstellung.
- ⁴ *ibid.* p. 197.
- ⁵ *ibid.* pp. 186 f.
- ⁶ Vgl. u. a. *ibid.* p. 208.
- ⁷ *ibid.* p. 209.
- ⁸ *ibid.* p. 137.
- ⁹ Entsprechend seiner dualistischen Interpretation der amerikanischen Geschichte — agrikulturelle Interessen einerseits und kommerzielle Interessen andererseits — unterscheidet Beard zwei Typen der Expansion: Expansion im Dienste der Landwirtschaft im Sinne der Jeffersonschen Philosophie (bis zum Sezessionskrieg) und Expansion im Dienste des Handels und der Industrie (hauptsächlich nach dem Sezessionskrieg). Diese Expansionstypen widerspiegeln nach Beard einen Interessenkonflikt innerhalb der Union, in welchem auch der Louisiana-Kauf einbegriffen war. — In diesem Sinne betrachtet Beard den Kauf von La. als die Verwirklichung der Politik Jeffersons, die mittels territorialer Expansion den landwirtschaftlichen Charakter der Union

- zu bewahren suchte. Nach Beard war Jefferson zu weiterer Expansion bereit, solange die neu erworbenen Gebiete ohne Kriegsmarine verteidigt werden konnten; Cuba bildete die äußerste Grenze. Gegen den Jeffersonschen Expansionismus traten die kommerziellen Interessen des amerikanischen Nordostens in Opposition, welche, wenigstens später, Expansion in überseeische Gebiete zu betreiben suchten. S. Beard, *National Interest*, pp. 50 ff., 84.
- ¹⁰ Wir haben hier nicht die tatsächliche Notwendigkeit solcher Sicherungsmaßnahmen zu untersuchen. Es genügt festzustellen, daß sie zur Zeit jeweils als notwendig empfunden wurden.
- ¹¹ Vgl. Weinberg, *Manifest Destiny*. In dieser Untersuchung schält Weinberg die Doktrinen heraus, die den einzelnen Expansionsphasen zu Grunde gelegen haben. Als gemeinsamen Nenner für alle führt er verschiedene Aspekte des nationalen Interesses an. Je ein Kapitel behandelt die folgenden Doktrinen: «Natural Rights» als Grundmotiv für alle weiteren; «Geographical Predestination»; «the Destined Use of the Soil» in bezug auf die Indianer; «Extension of the Area of Freedom» als Reaktion gegen europäische Aspirationen auf dem nordamerikanischen Kontinent; the True Title, so in bezug auf Oregon; «the Mission of Regeneration» als Motiv für den Expansionismus in Gebiete mit fremder Bevölkerung (Mexiko); «Natural Growth» als Ausdruck der schicksalsbestimmten Expansion; und weiter, die eher für den Neo-Expansionismus nach 1865 gültig sind.
- ¹² Silberschmidt, *Aufstieg der USA.*, p. 12.
- ¹³ Bemis, op. cit., p. 215.
- ¹⁴ Weinberg ist hierbei zu einseitig, da er alles auf rationale Motive zurückzuführen sucht.
- ¹⁵ Vgl. oben p. 13, Anm. 9. Im Sinne Beards ist an den Konflikt zwischen Landwirtschaft und Handel — Industrie und an die diesen entsprechenden Expansionstypen zu erinnern.
- ¹⁶ s. oben, pp. 11 f.
- ¹⁷ Vgl. Bemis, op. cit., pp. 313 ff.
- ¹⁸ ibid. pp. 343 f.
- ¹⁹ ibid. p. 343.
- ²⁰ Vgl. ibid. p. 363.
- ²¹ Vgl. Bailey, *Diplomatic History*, pp. 467 f.
- ²² cit. in Morison/Commager, *Growth II*, p. 315. Ueber Perrys Expansionismus im Fernen Osten s. u. a. Bemis, op. cit., p. 356.
- ²³ Dazu verlangte Seward die Annexion von Cuba, Puerto Rico und Canada; «Seward's Design». Vgl. Morison/Commager, op. cit., pp. 315 ff.; Bemis, op. cit., pp. 396 f.
- ²⁴ In diesem Sinne schlägt Bemis (op. cit., p. 216) wohl den Begriff «Manifest Opportunity» anstelle von «Manifest Destiny» vor.
- ²⁵ Vgl. ibid. p. 404.
- ²⁶ ibid. p. 411: «It was a magnificent triumph of conciliation.» Es sollten allerdings noch einige kritische Konflikte zwischen den beiden Mächten folgen.
- ²⁷ ibid. p. 350.
- ²⁸ In den Jahren des Neo-Expansionismus bezeichnete der demokratische Staatssekretär Gresham (1893–95) dieses Dreier-Protektorat als «the first departure from our traditional and well established policy of avoiding entangling alliances with foreign powers . . .»; cit. in Morison/Commager, op. cit., p. 318.
- ²⁹ Edward A. Freeman, cit. in Schlesinger, *Political and Social Growth*, p. 245.
- ³⁰ s. Pratt, *Expansionists of 1898*, pp. 3 ff.

- ³¹ In diesem Zusammenhang besonders sein «Manifest Destiny» von 1885; s. Pratt, op. cit., pp. 4 f.; Renouvin, Théodore Roosevelt, p. 210.
- ³² «Our Country: Its Possible Future and Its Present Crisis», 1885; s. Pratt, op. cit., pp. 5 f.; Renouvin, op. cit., p. 210.
- ³³ Der Einfluß der kirchlichen Mission auf den neuern amerikanischen Expansionismus ist besonders hervorzuheben. Wie manche europäische versprachen sich amerikanische Missionare fruchtbare Tätigkeitsfelder in staatlichen Kolonien; vgl. unten, pp. 31 f.
- ³⁴ «Political Science and Comparative Constitutional Law», 1890, speziell Bd. I: «Sovereignty and Liberty»; vgl. Pratt, op. cit., pp. 7 ff.; Renouvin, op. cit., p. 210.
- ³⁵ Burgess, op. cit., p. 4.
- ³⁶ ibid. p. 44.
- ³⁷ ibid. p. 46.
- ³⁸ ibid. p. 45.
- ³⁹ ibid. p. 46.
- ⁴⁰ ibid. p. 47.
- ⁴¹ ibid. p. 48.
- ⁴² Vgl. Beard, op. cit., p. 337: «While it cannot be said that his (Mahan's) work was marked by strict philosophical consistency, he did particularly emphasize the conception of interest as the motive force of international relations, the object of defense, and the grounds of war.»
- ⁴³ Zeitschriftenartikel von 1890—97 sind wiedergegeben in Mahans «The Interest of America in Sea Power.»
- ⁴⁴ Vgl. Pratt, op. cit., pp. 12 ff.; Renouvin, op. cit., pp. 210 f.
- ⁴⁵ Mahan, Influence, p. 1.
- ⁴⁶ ibid.
- ⁴⁷ ibid. p. 25.
- ⁴⁸ Mahan, Interest, p. 52.
- ⁴⁹ ibid.
- ⁵⁰ Mahan, Influence, p. 26.
- ⁵¹ ibid. p. 27.
- ⁵² ibid.; Interest, p. 52. Ueber die Bedeutung von Kolonien in Krieg und Frieden s. Influence, pp. 82 ff.
- ⁵³ ibid. p. 28.
- ⁵⁴ ibid. pp. 84, 87; Interest, pp. 3 f.
- ⁵⁵ ibid. p. 5.
- ⁵⁶ Blaine! ibid. pp. 3, 5.
- ⁵⁷ ibid. pp. 21 f.
- ⁵⁸ ibid. p. 21.
- ⁵⁹ ibid. p. 6.
- ⁶⁰ Influence, p. 88.
- ⁶¹ ibid. p. 87. Eine Marine für die Küstenverteidigung war schon immer gebiligt worden. Mahan faßt jedoch den Begriff Verteidigung weiter, so daß dieser die vitalen Interessen des Landes, z. B. die Verbindung der atlantischen und pazifischen Küsten über den zentralamerikanischen Isthmus, mit einschließt; vgl. darüber Interest, pp. 103 f.
- ⁶² Influence, p. 83.
- ⁶³ Vgl. insbesondere ibid. pp. 325 f.; Interest, pp. 7, 13, 21, 52, 82 ff.
- ⁶⁴ ibid. pp. 82 ff. (in bezug auf den Isthmus).
- ⁶⁵ ibid. p. 21.

- ⁶⁶ Influence, p. 416.
- ⁶⁷ Interest, p. 49.
- ⁶⁸ *ibid.*
- ⁶⁹ *ibid.* p. 36.
- ⁷⁰ *ibid.* p. 33.
- ⁷¹ *ibid.* p. 50.
- ⁷² *ibid.* pp. 35 f.
- ⁷³ *ibid.* p. 51.
- ⁷⁴ s. Pratt, *op. cit.*, pp. 18 ff.
- ⁷⁵ Ueber Mahans Einfluß s. *ibid.* pp. 20 ff.
- ⁷⁶ s. unten I, 6.
- ⁷⁷ Pratt, *op. cit.*, p. 19.
- ⁷⁸ Bailey, *op. cit.*, p. 459. Das Bedürfnis nach «Lebensraum» darf allerdings nicht rein ökonomisch verstanden werden, sondern vielmehr im Sinne Renouvins (*op. cit.*, p. 208): «Cette politique d'expansion ... est la conséquence d'un mouvement d'opinion, qui procède d'un état d'esprit, plus encore que de nécessités immédiates; elle est l'expression d'une force jeune, qui éprouve le besoin de s'affirmer aux yeux du monde. Théodore Roosevelt est ... celui qui représente le mieux cet état d'esprit, celui qui incarne le mieux cette jeunesse et cette force.» Vgl. Pratt, *op. cit.*, z. B. p. 22, der darauf hinweist, daß nicht die Geschäftswelt, sondern Intellektuelle und Politiker koloniale Märkte und deren Möglichkeiten entdeckt haben.
- ⁷⁹ Vgl. Schlesinger, *op. cit.*, p. 262.
- ⁸⁰ Vgl. Pratt, pp. 22 ff., u. a.
- ⁸¹ Bailey, *op. cit.*, p. 457.
- ⁸² Unter dem Vorgänger Clevelands, dem Republikaner Harrison, war der Annexionsvertrag mit Hawaii bereits unterzeichnet worden, doch gelang es Cleveland, die Ratifikation zu vereiteln. Es ist bemerkenswert festzustellen, im Sinne der Ausführungen auf p. 17 oben, daß die offizielle Politik der Harrison-Administration im Falle Hawaiis der privaten Initiative gefolgt ist; denn diese hatte die Gelegenheit zur Annexion geschaffen und die maßgebenden Stellen bearbeitet.
- ⁸³ *cit. in* Pratt, *op. cit.*, p. 154.
- ⁸⁴ Vgl. *ibid.* pp. 154 f.; über die Argumente der Opposition vgl. auch unten, p. 31.
- ⁸⁵ *cit. in* Bemis, *op. cit.*, p. 432.
- ⁸⁶ s. Schlesinger, *op. cit.*, p. 258.
- ⁸⁷ *ibid.* pp. 158 f.
- ⁸⁸ Bailey, *op. cit.*, p. 437.
- ⁸⁹ Vgl. Dennis, *Adventure*, p. 123.
- ⁹⁰ Pratt, *op. cit.*, pp. 212 ff.
- ⁹¹ Bemis, *op. cit.*, p. 434.
- ⁹² Der Wahlkampf wurde jedoch nicht im Zeichen der Außenpolitik ausgefochten; die innenpolitischen Probleme erschienen noch wichtiger.
- ⁹³ *ibid.* p. 440.
- ⁹⁴ Annual Message, 1896; *cit. ibid.*
- ⁹⁵ Annual Message, 1897; *cit. ibid.* p. 441.
- ⁹⁶ *ibid.* p. 442.
- ⁹⁷ Sen. Porter, 2. Mai 1893; *cit. in* Bailey, *op. cit.*, p. 508, Anm. 41.
- ⁹⁸ *ibid.* p. 508. Bailey weist darauf hin, daß die Rechtfertigungen der Intervention völkerrechtlich unhaltbar waren.

- ⁹⁹ Vgl. Beard, op. cit., pp. 366 f.
- ¹⁰⁰ Vgl. unten, II, 5, p. 52.
- ¹⁰¹ Bemis, op. cit., p. 468.
- ¹⁰² Pratt, op. cit., p. 319: «Inevitably, Dewey's victory at Manila turned American eyes to the Pacific as never before.»
- ¹⁰³ Ueber die Annexion Hawaiis s. ibid. pp. 317 ff.; Bemis, op. cit., pp. 461 f.
- ¹⁰⁴ Pratt, op. cit., p. 326. Pratt (p. 317) bezeichnet die Annexion, ein Nebenprodukt des Krieges gegen Spanien, als den ersten Triumph der expansionistischen Politik.
- ¹⁰⁵ Die Gerichtsentscheide in den «Insular Cases» (1901 ff.) gaben dem «big business» die Möglichkeit, «to eat its cake and have it», indem zollpolitisch usw. die neuen Erwerbungen nach dem Willen des Kongresses wie ausländische Territorien behandelt wurden; vgl. Morison/Commager, op. cit., pp. 341 ff.; Schlesinger, op. cit., pp. 371 f. Ueber den «business point of view» in der Diskussion über Expansion s. Pratt, op. cit., Kap. VII.
- ¹⁰⁶ Ueber diesen Aspekt s. «The Imperialism of Righteousness», ibid. Kap. VIII. Beard, op. cit., pp. 366 ff., weist darauf hin, daß sich die offizielle Rechtfertigung der Expansion und Annexion in großem Maße auf das Argument der moralischen Pflicht stützte.
- ¹⁰⁷ s. oben, pp. 24 f.
- ¹⁰⁸ Vgl. Beard, op. cit., pp. 390 ff., «the moral antithesis to moral obligation.» Ueber Argumente und Gegenargumente in Beziehung zu den Verhandlungen über den Friedensvertrag mit Spanien im Senat s. Pratt, op. cit., pp. 346 ff.
- ¹⁰⁹ Die knappe Annahme des Friedensvertrages im Senat und die Verwerfung des Antrages, der die Unabhängigkeit der Philippinen vorsah, einzig durch den Stichentscheid des Vorsitzenden sprechen für die starke Opposition gegen den Expansionismus. Bailey, op. cit., p. 521, nennt diese Debatte «one of the most heated and momentous in all American history.»
- ¹¹⁰ Vgl. Morison/Commager, op. cit., p. 322.
- ¹¹¹ oben, p. 25.
- ¹¹² Silberschmidt, op. cit., p. 8.
- ¹¹³ Vgl. das Stimmungsbild bei Morison/Commager, op. cit., p. 331.
- ¹¹⁴ oben, p. 25.

Kapitel II

- ¹ s. Works XX (Autobiography), pp. 15, 30 f.; Roosevelt, Diaries; Pringle, Theodore Roosevelt, pp. 3—15 (I, Kap. I).
- ² ibid. p. 4.
- ³ Works XX, pp. 30 f.
- ⁴ s. Robinson, My Brother, p. 75.
- ⁵ Works XX, p. 31.
- ⁶ Vgl. ibid. p. 3, und Dictionary unter «Roosevelt, Theodore».
- ⁷ Works XX, pp. 3 f.
- ⁸ Vgl. Pringle, op. cit., p. 7.
- ⁹ Der Einfluß des Vaters auf Roosevelt schien stark gewesen zu sein, von der

Naturkunde bis zur Lebenseinstellung. Er war für ihn das leuchtende Vorbild eines mutigen, starken und furchtlosen, doch sanftmütigen und moralisch hochstehenden Mannes. Vgl. *ibid.* pp. 5 f.; *Letters*, u. a. II, No. 1901, p. 1443; *Works* XX, pp. 9 ff.

- ¹⁰ Es ist bemerkenswert, daß ein Ahne mütterlicherseits von Roosevelt, des Kämpfers für den Panama-Kanal, im 17. Jh. an einer (fehlgeschlagenen) Kolonisation von Dairen (Panama) teilgenommen hat; s. Pringle, p. 22. Roosevelt haßte und verachtete die konföderierten «Rebellen», was ihn aber nicht hinderte, in Wahlkampagnen seine verwandtschaftlichen Bande mit den Südstaaten zu betonen (*ibid.* p. 8). Einer seiner exilierten Onkel war z. T. verantwortlich für seine nautischen Kenntnisse; vgl. unten, p. 44.

¹¹ Pringle, pp. 22 f.

¹² *ibid.* p. 22.

¹³ cit. in Robinson, op. cit., p. 78.

¹⁴ Pringle, pp. 2, 9, 32 f.

¹⁵ Ueber seine Harvard-Zeit s. *Works* XX, pp. 24 ff.; Pringle, pp. 26—64 (Kap. I/V).

¹⁶ *ibid.* pp. 36 f. Die erste Erwähnung von Lodge in einem Brief datiert von 1882/3 (Datum unbestimmt), s. *Letters* I, No. 96, p. 60 und Anm. 4.

¹⁷ *Works* XX, p. 58; vgl. Pringle, pp. 54 f.

¹⁸ Ueber Roosevelt in Columbia scheint nicht viel vorzuliegen; vgl. *ibid.* pp. 55 ff.; *Works* XX, p. 57. Im gleichen Jahr, 1880, heiratete Roosevelt. Seine Frau starb vier Jahre später und hinterließ ihm eine Tochter. In der Nacht nach dem Tod seiner Frau starb seine Mutter (s. Pringle, pp. 50 f.). Im Jahre 1886 verheiratete er sich wieder mit einer Jugendfreundin, die ihm weitere fünf Kinder schenkte.

¹⁹ *Works* XX, p. 58.

²⁰ Pringle, p. 51.

²¹ *Works* XX, p. 59.

²² Pringle, p. 59.

²³ *ibid.* pp. 59 ff.; *Works* XX, pp. 62 ff.; vgl. unten, pp. 42 f.

²⁴ s. Bishop, Theodore Roosevelt I, pp. 9 f.; Pringle, pp. 66 f.

²⁵ Als in seinem dritten Amtsjahr die republikanische Fraktion die Mehrheit bildete, mußte er jedoch einem regulären Parteimann für das Amt des «Speakers» Platz machen. Ueber Roosevelt als Abgeordneter (1882—84) s. Pringle, pp. 65—78 (Kap. I/VI); Bishop, op. cit., pp. 6—32 (Kap. II—IV); *Works* XX, pp. 57—95 (Kap. III).

²⁶ Ueber Roosevelt und die Nomination Blaines s. Pringle, pp. 79—91 (Kap. I/VII); Bishop, pp. 33—38 (Kap. V); *Works* XX, p. 89; *Letters* I, Nos. 113 ff., pp. 68 ff.

²⁷ s. unten, pp. 45 f.

²⁸ *Works* VII, p. 189.

²⁹ s. unten, p. 54; vgl. *Letters* II, No. 1523, pp. 1196 ff.

³⁰ Ehrverletzungsklage von William Barnes gegen Roosevelt, cit. in Pringle, p. 214.

³¹ *Works* XX, p. IX.

³² Vgl. auch unten, pp. 57 f.

³³ In 1883 ff. hatte Roosevelt Geld in zwei Vieh-Ranches in South Dakota investiert. Sie wurden sein Asyl in Zeiten von persönlichem und politischem Unglück. «It was still the West in those days», bemerkt er in seiner Autobiographie (*Works* XX, p. 96). Dort lernte er die Cowboys Fraktion und ihr rauhes Leben

- kennen; er war davon begeistert und trachtete danach, selbst ein Cowboy zu sein. Er nahm an «round-ups» teil; er verhaftete Diebe und bewachte sie in der Prärie; er jagte, ritt und schoß. Im Winter 1886/87 erlitt er schweren finanziellen Verlust, als der größte Teil seiner Herden einging, so daß er das Unternehmen aufgeben mußte; immer blieb er aber mit dem Mittelwesten verbunden und verbrachte manche Ferien dort. Vgl. Pringle, pp. 92—105 (Kap. I/VIII «Gentleman Cowhand»); Works XX, pp. 96—132 (Kap. IV).
- 34 Vgl. Pringle, pp. 109 ff. Der Bürgermeisterwahl-Episode hat Roosevelt in der Autobiographie knapp drei Zeilen gewidmet (Works XX, p. 133).
- 35 Pringle, pp. 115 f.
- 36 Gwynn, *Letters of Spring Rice* I, p. 48.
- 37 *The Naval War of 1812* (Works VI).
- 38 Works XX, p. 24.
- 39 Works VI, p. XXIV.
- 40 Vgl. die Einführung zu Works XI von Wm. S. Sims.
- 41 Works VI, p. 114.
- 42 *ibid.* p. 50.
- 43 *ibid.* p. 114.
- 44 *cit.* in Bishop I, p. 73.
- 45 Thomas Hart Benton, *American Statesmen Series*, 1886 (Works VII, pp. 1 bis 233).
- 46 Vgl. oben, p. 41.
- 47 *New York Daily Tribune* XLVI, 14735 (20. März 1887), p. 6; *The Dial* VIII, 85 (März 1887), p. 11; *Political Science Quarterly* II, 2 (Juni 1887), pp. 343 ff. (Wm. A. Dunning); *The Nation* XLVI, 1187 (März 1888), p. 264.
- 48 z. B. Works VII, p. 26.
- 49 *ibid.* pp. 170 ff. Roosevelt begründet seine Stellungnahmen selten; er stellt nur fest und behauptet.
- 50 *ibid.* p. 80.
- 51 Lodge, *Correspondence* I, p. 57.
- 52 Works VII (Gouverneur Morris), p. 322.
- 53 *ibid.* p. 333 f.
- 54 *ibid.* p. 313.
- 55 *ibid.* pp. 336 f.
- 56 *ibid.* p. 326.
- 57 an Brander Matthews, 31. Juli 1889; *cit.* in Pringle, p. 122.
- 58 *New York Sun*, 23. April 1895; *cit.* in Bishop I, p. 54. Ueber Roosevelt in der Kommission s. *ibid.* pp. 43—57, Kap. VII; Pringle pp. 120—131, Kap. I/X; Works XX, pp. 133—172, Kap. V («Applied Idealism»).
- 59 Titel von Pringles Kap. I/XI, welches Roosevelt als Präsident des Polizeidirektoriums behandelt.
- 60 Sein häufiger Begleiter in den Gassen New Yorks war Jacob Riis, Verfasser von «*How the Other Half Lives*», der ihn auf die sozialen Mißstände aufmerksam machte und ihn mit seinen sozialpolitischen Thesen beeinflusste. Vgl. Works XX, pp. 173 f., 205 f.
- 61 Gesetze, die keinen Sinn mehr haben, sogar schädlich sein können, aber theoretisch immer noch in Kraft sind.
- 62 Pringle, p. 150. Ueber diese zwei Jahre s. *ibid.* pp. 132—151 (I/XI); Bishop I, pp. 58—69, Kap. VIII; Works XX, pp. 173—209.
- 63 s. Pringle, p. 154.
- 64 Bishop I, p. 63.

- ⁶⁵ Später nahm Roosevelt vieles von Bryan in sein innenpolitisches Programm auf, ohne jedoch die Quelle zuzugeben und ohne sich mit Bryan zu versöhnen.
- ⁶⁶ Pringle, p. 163. Auf wirtschaftlichem Gebiet, um das es in diesem Wahlkampf hauptsächlich ging, erwies sich Roosevelt als ein naiver Laie; umso mehr betonte er den Kampf für «righteousness» und die außenpolitischen Probleme.
- ⁶⁷ cit. ibid. p. 164.
- ⁶⁸ cit. ibid. p. 165.
- ⁶⁹ cit. in Bishop I, p. 71. Nach der Explosion der «Maine» soll Mark Hanna seine Genugtuung ausgedrückt haben, daß er dem Verlangen, Roosevelt als Staatssekretär einzusetzen, nicht entsprochen habe: «We'd be fighting half the world.» (cit. in Beer, Mark Hanna, pp. 198 f.).
- ⁷⁰ Vgl. Pringle, pp. 165 ff.; Bishop I, pp. 70 ff.
- ⁷¹ Vgl. oben, pp. 43 ff.
- ⁷² Renouvin, op. cit., p. 212.
- ⁷³ s. Lodge, op. cit., pp. 44 f.
- ⁷⁴ s. Gwynn, op. cit., p. 326.
- ⁷⁵ New York Evening Sun, 23. Dezember 1895, cit. in Pringle, p. 167.
- ⁷⁶ Lodge I, p. 204.
- ⁷⁷ cit. in McCaleb, Theodore Roosevelt, pp. 74 ff.
- ⁷⁸ Address, Naval War College in Newport, 2. Juni 1897, in Works XIV, pp. 182 bis 199. Vgl. auch Pringle, pp. 172 f.
- ⁷⁹ s. Roosevelt an Mahan: Lettres I, No. 292, 12. Mai 1890, pp. 212 f.; No. 718, 3. Mai 1897, pp. 607 f.; No. 961, 21. März 1898, p. 797.
- ⁸⁰ s. Pringle, p. 178. Telegramm in Bishop I, p. 95.
- ⁸¹ Anfänglich war er stellvertretender Kommandant mit dem Rang eines Oberstleutnants. Später wurde er «Colonel» und Kommandant des Regiments, das schon zu Beginn als das Seinige angesprochen worden war.
- ⁸² «The Rough Riders».
- ⁸³ Works XX, pp. 210—262, Kap. VII; vgl. auch Bishop I, pp. 92—108, Kap. X; Letters II, pp. 827—866.
- ⁸⁴ Lodge I, p. 327.
- ⁸⁵ Vgl. unten, pp. 60 f.
- ⁸⁶ Lodge I, pp. 356 f.
- ⁸⁷ cit. in Pringle, p. 208. Ueber Roosevelt als Gouverneur s. ibid. pp. 201—215 (I/XV); Bishop I, pp. 109—133, Kap. XI—XII; Works XX, pp. 263—307, Kap. VIII; Letters II, pp. 1474—78, App. II; pp. 1496—1510, App. V.
- ⁸⁸ s. oben, pp. 41 f.
- ⁸⁹ cit. in Pringle, p. 223.
- ⁹⁰ Vgl. ibid. pp. 216—33 (I/XVI); Bishop I, pp. 134—47, Kap. XII; Works XX, pp. 393 f.
- ⁹¹ Wir müssen darauf verzichten, die knapp acht Jahre von Roosevelts Präsidentschaft biographisch zu behandeln; s. Pringle, pp. 237—494 (Buch II). Komplementär zum Hauptkapitel III versuchen wir hier, Roosevelts Außenpolitik in großen Zügen zu charakterisieren. Obschon wir uns bewußt sind, wie sehr sich gerade in den USA. Innen- und Außenpolitik gegenseitig beeinflussen, können wir nicht auf Roosevelts Innenpolitik eingehen, die in vielem seiner Außenpolitik parallel geht.
- ⁹² Beer, op. cit., p. 296.
- ⁹³ Latané, America as a World Power, p. 132.
- ⁹⁴ John Morley (später Lord), cit. in Bishop I, pp. 338 ff.

- ⁹⁵ Adams, op. cit., p. 417.
- ⁹⁶ Thayer, John Hay, I, p. 297.
- ⁹⁷ Hervorzuheben ist die Korrespondenz mit dem deutschen Kaiser, dessen zweifelhafte Freundschaft mit Roosevelt bis zum Weltkrieg andauerte; vgl. oben III, Anm. 45.
- ⁹⁸ Besonders: Baron Speck von Sternberg (auch Sternburg), schon vor 1890 an der deutschen Botschaft in Washington, seit 1903 Botschafter in USA, großer Freund von Amerika; Jules Jusserand, französischer Botschafter seit 1904; Sir Cecil Spring Rice, britischer Diplomat und alter Freund Roosevelts, häufig an der Botschaft in USA., Botschafter erst seit 1913. Spring Rice, ständiger Korrespondent Roosevelts, war dessen inoffizieller Verbindungsmann zur britischen Regierung, besonders weil der Präsident keine enge Beziehung zu den britischen Botschaftern in Washington hatte.
- ⁹⁹ Vgl. oben, pp. 37 f.
- ¹⁰⁰ Hill, Roosevelt and the Caribbean, p. 198.
- ¹⁰¹ s. oben p. 31.
- ¹⁰² Lodge, op. cit. II, p. 336, von Britisch Ostafrika, 15. 5. 1909.
- ¹⁰³ ibid. p. 364.
- ¹⁰⁴ Vgl. Pringle, pp. 508—524 (II/II).
- ¹⁰⁵ Works XIII, p. 343 (The Strenuous Life, III. Aus «The Century», Juni 1900).
- ¹⁰⁶ Vgl. Pringle, pp. 572 ff.
- ¹⁰⁷ New York Times, 6. August 1914, cit. ibid. pp. 577 f.
- ¹⁰⁸ Er hatte bereits Tafts Außenpolitik wegen internationalen Schiedsverträgen kritisiert, dann Wilson vor Ausbruch des Weltkrieges, als dieser solche allgemein gehaltenen Verträge erneuern wollte; vgl. unten, III, 7, p. 102.
- ¹⁰⁹ Vgl. Pringle, pp. 577 ff. Nach Pringles Meinung dürfen diese ersten Artikel über den Weltkrieg nicht als Beweise für Roosevelts pro-deutsche Einstellung interpretiert werden. «If the statements of September, 1914, prove anything, it is that Roosevelt was confused.» (ibid. p. 578).
- ¹¹⁰ Vgl. auch oben, p. 46.
- ¹¹¹ Ueber Roosevelts Opposition zu Wilson s. Pringle, pp. 572—88 (III/VI).
- ¹¹² Seit 1886, als er sich bereit erklärt hatte, seine Cowboys gegen Mexiko zu führen, hatte Roosevelt davon gesprochen, an einem Kriegszug teilnehmen zu wollen. 1898 trat er in Aktion. Kaum hatte er das Ende seiner Präsidentschaft erkannt, offenbarte er wieder seine Begeisterung für die Teilnahme an einem Kriegszug. Vgl. die Aufstellung in Pringle, pp. 589 f.
- ¹¹³ ibid. pp. 597 f.
- ¹¹⁴ ibid. p. 600. Roosevelts vier Söhne kämpften in Frankreich; sein jüngster Sohn wurde in einem Luftkampf getötet.
- ¹¹⁵ ibid. pp. 603 f. Vgl. unten III, 7, pp. 100 ff.

Kapitel III

- ¹ Works XV, p. 402.
- ² Vgl. oben II, pp. 41 f., 56 ff.
- ³ s. unten III, 7, pp. 95 ff.
- ⁴ Z. B. Works XIV, p. 292.
- ⁵ XIII, p. 332.

- ⁶ *ibid.*
- ⁷ XVI, p. 310.
- ⁸ XV, p. 402.
- ⁹ XIII, pp. 332 f.
- ¹⁰ XV, p. 296.
- ¹¹ XIII, p. 333.
- ¹² *ibid.*, p. 334.
- ¹³ Vgl. oben, pp. 60 f.
- ¹⁴ XVIII, p. 12.
- ¹⁵ XV, p. 403.
- ¹⁶ s. oben, pp. 56 ff.
- ¹⁷ XIII, p. 333. Ueber die Bedeutung von Expansion und Zivilisation s. unten III, 5, pp. 79 ff.
- ¹⁸ XIII, p. 334 f.
- ¹⁹ *ibid.*, p. 332.
- ²⁰ *ibid.*, pp. 333 f.
- ²¹ XVI, p. 288; betrifft hier die Opposition Kaliforniens zur japanischen Immigration.
- ²² XV, p. 255.
- ²³ *ibid.*, pp. 255 f. Ueber seine Vorschläge für eine internationale Friedensorganisation s. unten III, 7, pp. 95 ff.
- ²⁴ XVI, p. 292.
- ²⁵ Bishop, op. cit. I, pp. 418 f.
- ²⁶ XV, p. 268.
- ²⁷ an Admiral H. C. Taylor, 28. März 1903, cit. in Bishop I, p. 239.
- ²⁸ 30. März 1903, cit. *ibid.*
- ²⁹ XV, p. 259, betrifft jüdische Amerikaner in Rußland.
- ³⁰ XIV, p. 247.
- ³¹ Vgl. Pringle, p. 279.
- ³² 11. August 1892, XIV, p. 142.
- ³³ November 1895, *ibid.*, p. 249. Roosevelts Argumentation für die Rechte der Union an den Robbenherden ist typisch für ihn: Er behauptet, daß Canada nur am momentanen Nutzen der Herden interessiert sei und so deren Bestand vernichten werde. Im Grunde habe Großbritannien die gleichen Interessen an der Erhaltung der Robben wie die übrige Welt; aber es sei verpflichtet gewesen, Canadas Anmaßungen zu unterstützen. Die Interessen der Union dagegen seien identisch mit den Interessen der ganzen Welt. Die Union sei bestrebt, den Bestand der Herden zu erhalten und sie wirtschaftlich im Hinblick auf die Zukunft zu nutzen, was zum Wohle der Menschheit gereiche. Aus diesem Grund besteht für ihn kein Zweifel, daß die USA. im Recht und Canada im Unrecht gewesen sei.
- ³⁴ Vgl. Pringle, pp. 128 f.
- ³⁵ an Reporter der New York Evening Sun, 26. Dezember 1895; cit. in Pringle, p. 167. Vgl. oben, p. 51.
- ³⁶ s. Pringle, pp. 290 f.
- ³⁷ Lodge I, p. 485.
- ³⁸ *ibid.*, p. 280.
- ³⁹ an Finley Peter Dunn, 3. Dezember 1904; cit. in Pringle, p. 281; Bishop I, p. 348.
- ⁴⁰ Vgl. oben, p. 64. 1918 verwirft Roosevelt alle Bedenken einer Gefährdung der Union durch die britische Marine; im Gegenteil sei es wichtig für Ame-

rika, daß Großbritannien die größte Flotte der Welt besitze; denn in einem zukünftigen Konflikt können die beiden Mächte nur gemeinsame Sache machen. *Kansas City Star*, pp. 285 f. Nach den Erinnerungen seines Verlegers Putnam hat Roosevelt auf seinem letzten Krankenbett die Unmöglichkeit eines anglo-amerikanischen Konflikts, der nicht in freundschaftlichem Gespräch oder durch Schiedsgericht geregelt werden könnte, betont. Die Gemeinschaft der beiden Mächte sei wesentlich für die englisch sprechenden Völker und notwendig für die Sicherheit und den Frieden der ganzen Welt. G. H. Putnam, «Roosevelt, Historian and Statesman», in *Works IX*, p. XVIII.

⁴¹ Vgl. oben, p. 38.

⁴² Vgl. Pringle, pp. 378 f.

⁴³ Gwynn, op. cit. I, p. 473 (16. Juni 1905).

⁴⁴ an Spring Rice, 24. Juli 1905; cit. in *Letters IV*, No. 3608, pp. 1285 f.

⁴⁵ cit. in Pringle, p. 379. Ein Grizzly-Bär ist für Roosevelt äußerst bewundernswert; der Jäger bewundert dessen Stärke und Fähigkeiten, hütet sich aber, unbewaffnet in die Nähe des Bären zu geraten. — In verschiedenen Briefen vor 1900 kommt zum Ausdruck, daß Roosevelt einerseits die Gefahr des deutschen Strebens nach Weltmacht für die USA völlig realisiert und andererseits im deutschen Volk — neben dem amerikanischen und englischen — eine der drei ersten und bedeutendsten Nationen erblickt, welche er achten und schätzen muß und der er eine große Zukunft verspricht. Für die deutsche Politik, die den Frieden gefährdet, macht er den Kaiser verantwortlich. Vgl. *Letters I/II*, pp. 656, 636, 695, 743, 768 f., 890, 1130 f. Sein Mißtrauen gegenüber Deutschland wird in den folgenden Jahren immer stärker; doch will er alles vermeiden, um mit Berlin in Konflikt zu geraten — so verschiedene Briefe in *Letters III/IV*. Weitere Bemerkungen Roosevelts über Deutschland und den Kaiser s. Pringle, pp. 281 f., 378 f.

⁴⁶ an Sir G. O. Trevelyan, 13. Mai 1905, cit. in *Bishop I*, p. 381, und *Letters IV*, No. 3519, p. 1174.

⁴⁷ *Works XX*, pp. 368 ff.

⁴⁸ wie Anm. 46.

⁴⁹ *Lodge II*, p. 155 (16. Juni 1905).

⁵⁰ *ibid.*, p. 152.

⁵¹ an P. F. Dunn, cit. in *Bishop I*, p. 348. Roosevelts Einstellung zu den einzelnen Mächten wurde hier stark vereinfacht dargestellt. Die vier Bände Roosevelt-Briefe (*Letters*) enthalten viel Material, das zeigt, wie stark seine Äußerungen von der momentanen politischen Situation abhängig sind. Ueber Russisch-japanischen Krieg und Marokko-Krise s. unten III, 7, pp. 96 ff.

⁵² *Works XV*, p. 140.

⁵³ Vgl. oben, pp. 49 ff.

⁵⁴ *Works XIV*, p. 316.

⁵⁵ *ibid.* pp. 315 f.

⁵⁶ *ibid.* p. 315.

⁵⁷ *XV*, p. 298. Daß der Krieg moralisch gerechtfertigt sein kann, wurde bereits festgestellt, oben, p. 65.

⁵⁸ *XIV*, p. 292.

⁵⁹ *ibid.*

⁶⁰ *XV*, 298. Vgl. seine Vorschläge für eine internationale Friedensordnung, unten, pp. 99 ff. Im September 1911 schrieb er an Lodge: «If war is averted, it will be only because Germany thinks that France has a first-class army and will fight hard, and that England is ready and able to render her some prompt

assistance.» Lodge II, p. 409. Um die Welt und speziell Japan zu beeindrucken, und als Krönung seiner Präsidentschaft schickte Roosevelt von Dezember 1907 bis Februar 1909 eine amerikanische Flotte auf eine Fahrt um die Erde; s. Pringle, pp. 409 ff.; XX, pp. 535 ff.

⁶¹ Annual Message, 3. Dezember 1901, XV, p. 118.

⁶² XIII, p. 335.

⁶³ XV, p. 260.

⁶⁴ 11. November 1902, cit. in Bishop I, pp. 230 f. In Beachtung der kontinental-insularen Lage der USA. legte Roosevelt naturgemäß das Hauptgewicht der Wehrbereitschaft auf eine wirksame Kriegsflotte. Als stellvertretender Flottensekretär versuchte er eifrig, seinen Vorgesetzten von der Notwendigkeit zu überzeugen, das Flottenbauprogramm zu aktivieren und zu erhöhen. Von vornherein hielt er es für unmöglich, daß die USA. die britische Flotte übertreffen könnten; doch suchte er die Regierung dahin zu beeinflussen, die amerikanische Flotte auf wenigstens gleiche Stärke zu bringen wie die japanische im Pazifik und die deutsche in allen Meeren. Vgl. Letters I/II, pp. 597 bis 826; vgl. auch oben, Anm. 60, über die Weltreise. Für uns ist interessant zu notieren, daß Roosevelt Holland und die Schweiz um ihre vorbildliche Wehrbereitschaft, dank der allgemeinen, obligatorischen Wehrpflicht, beneidete. Der Appell für Wehrbereitschaft ist in erster Linie eine innenpolitische Forderung. Dieses Thema wurde hier nur soweit behandelt, als es zur Darstellung von Roosevelts außenpolitischer Konzeption beiträgt.

⁶⁵ Es kann sich hier nicht darum handeln, wenn es überhaupt möglich ist, zu untersuchen, ob bei Roosevelt die ethische Haltung primär und alles andere, auch das nationale Ansehen in der Welt, davon abgeleitet ist. Es ist auch möglich anzunehmen, daß er das Postulat der nationalen Größe sekundär ethisch zu begründen sucht. Am wahrscheinlichsten ist die Mutmaßung, daß die beiden Gedanken gegenseitig, dialektisch, aufeinander wirken.

⁶⁶ XIV, p. 291.

⁶⁷ Vgl. die Ausführungen über Fiske, Strong, Burgess, oben, pp. 19 ff. Die Untersuchung des Missionsgedankens in der amerikanischen Geschichte ist ein Thema, das verdient, als solches dargestellt zu werden.

⁶⁸ Vgl. unten, III, 5, 6.

⁶⁹ XIV, p. 290.

⁷⁰ XV, p. 139.

⁷¹ *ibid.* p. 77.

⁷² XIV, p. 315.

⁷³ *ibid.* p. 314.

⁷⁴ *ibid.* p. 291.

⁷⁵ *ibid.* p. 315.

⁷⁶ Vgl. oben II.

⁷⁷ Vgl. oben, I, 8.

⁷⁸ Vgl. oben I, 5.

⁷⁹ Works XV, p. 263.

⁸⁰ «... the old doctrine, the old American doctrine, that where the flag has been hoisted in honor it shall never be hauled down in dishonor.» XIV, p. 400, und ähnlich *ibid.* p. 317. Verpflichtung gegenüber Außenstehende s. *ibid.* p. 400.

⁸¹ *ibid.* p. 368.

⁸² *ibid.*

⁸³ Bishop I, p. 276.

⁸⁴ *ibid.* p. 449.

⁸⁵ s. unten III, 6, pp. 83 ff.

⁸⁶ Roosevelts Einstellung zum Problem des Kolonialismus ist natürlich diktiert von den Ereignissen auf den Philippinen. Ursprünglich dürfte er allein mit militärisch-strategischen Vorteilen der Annexion des Archipels gerechnet haben. Dieses erste koloniale Abenteuer hat völlig neue Probleme für die Union aufgeworfen. Die Begründung und Rechtfertigung mußte sich immer mehr idealistisch gestalten, um den Argumenten der Opposition gewachsen zu sein; das nationale Interesse mußte in den Hintergrund treten. So betont auch Roosevelt den idealistischen Aspekt der kolonialen Expansion. Da es sich beim amerikanischen Expansionismus im Grunde um eine Form der nationalen Verteidigung handelt, also nicht um Aggression oder um wirtschaftliche Ausbeute (auch wenn letztere sekundär dazu kommen kann), ist der idealistische Aspekt verständlich. — Bei Roosevelts Amtsantritt als Präsident waren die Inseln zum größten Teil befriedet. Jahrelang standen sie aber noch unter militärischer Besetzung, und der innere Widerstand gegen die Besetzung dauerte an, ebenso die amerikanische innenpolitische Opposition. — Sicherlich ist Roosevelt kein Idealist im Sinne eines uneigennütigen Missionars. Vor allem sieht er in den Inseln ihre strategische Bedeutung und die Mehrung der machtpolitischen Stellung Amerikas. Es ist aber doch so, daß sein Idealismus im Moment durchbricht, wenn die realpolitischen Bedingungen, die er erreichen will, erfüllt sind. — Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß sein privates Leben ethisch fundiert war. Dem ist Rechnung zu tragen in der Beurteilung seiner idealistischen Äußerungen über den Kolonialismus. Seine Äußerungen haben mehr Gewicht und Inhalt als bloße propagandistische Phrasen zur Beeinflussung der Nation.

⁸⁷ XV, p. 263.

⁸⁸ XIV, pp. 317 f.

⁸⁹ *ibid.* p. 400.

⁹⁰ XV, p. 263. Es ist nicht eindeutig ersichtlich, ob Roosevelt daran dachte, den Filipinos je die volle Unabhängigkeit zu geben. Einmal war er nahe daran, die Unabhängigkeit der Philippinen zu befürworten. Es geschah dies jedoch aus politischen Gründen, als er fürchtete, die Inselgruppe könnte in die Hände Japans fallen aus Unfähigkeit der USA., die Philippinen zu verteidigen. (1907, s. Pringle, pp. 408 f.). Es ist zu beachten, daß Roosevelt in erster Linie Stratege, militärisch und politisch, ist und daß er den Wert der Philippinen hoch einschätzt.

⁹¹ XV, p. 381.

⁹² XVI, p. 264.

⁹³ XIII, p. 335.

⁹⁴ *ibid.* pp. 335 f.

⁹⁵ *ibid.* p. 336.

⁹⁶ *ibid.* pp. 339 f. Dies ist eine typische Rooseveltsche Geschichtsinterpretation, wie sie auch in seinen «Benton» und «Morris» vorkommt, — die Angleichung der Geschichte an seine Thesen.

⁹⁷ Gwynn, *op. cit.* I, pp. 306 f.

⁹⁸ *ibid.* p. 307.

⁹⁹ XIII, p. 336.

¹⁰⁰ *ibid.* pp. 339 f.

¹⁰¹ *ibid.* p. 336.

¹⁰² *Republican View* (November 1895), p. 71.

- ¹⁰³ s. unten, pp. 89 ff.
- ¹⁰⁴ Vgl. die entsprechenden Thesen von Burgess (oben, p. 20), an welche Roosevelts Ausführungen beinahe wörtlich erinnern.
- ¹⁰⁵ Es erweist sich als notwendig, diesen einen Aspekt von Roosevelts latein-amerikanischer Politik einleitend summarisch darzustellen. Er bildet den Hintergrund für die weiteren Ausführungen.
- ¹⁰⁶ Vgl. oben, p. 23.
- ¹⁰⁷ 22. April 1893, 5. April 1896, in *Letters I*, Nos. 400, 630, pp. 313, 524.
- ¹⁰⁸ XIII, pp. 171 f.
- ¹⁰⁹ *ibid.* pp. 168 f.
- ¹¹⁰ Es muß allerdings bemerkt werden, daß Roosevelt auch Gesetze häufig nur als allgemeine Richtlinie, offen für eine der momentanen Situation angepaßte Interpretation, aufgefaßt hat.
- ¹¹¹ Die Bedeutung, die Roosevelt der Doktrin beigelegt hat, kommt in der 1896 geäußerten Bemerkung zur Geltung: «... if the Monroe Doctrine did not already exist it would be necessary forthwith to create it.» (XIII, p. 168).
- ¹¹² Venezuela, unter dem Diktator Castro, war unfähig, seinen ausländischen Schulden nachzukommen. Deutschland und Großbritannien als Hauptpartner blockierten die venezolanische Küste, beschlagnahmten Boote und bombardierten eine Ortschaft. Es bestand Grund zur Befürchtung, daß sich Deutschland in Venezuela einen Stützpunkt einrichten wollte. In bezug auf Deutschland war dies wohl eine Reißprobe der Monroe-Doktrin und der amerikanischen Stellung in der westlichen Hemisphäre. Vgl. Bemis, *op. cit.*, pp. 519 ff.; Vagts, *Deutschland und die Vereinigten Staaten*, II, pp. 1525 ff.
- ¹¹³ *Annual Message*, 3. Dezember 1901, XV, p. 116; vgl. Bemis, pp. 522 f.
- ¹¹⁴ Der Venezuela-Zwischenfall gab Anlaß zur Doktrin des argentinischen Außenministers Luis Drago, daß Schuldforderungen kein Grund für militärische Intervention sein dürften. Die Drago-Doktrin genügte den Bedürfnissen der USA. nicht; doch unterbreitete die amerikanische Delegation an der zweiten Haager Konferenz von 1907 erfolgreich eine entsprechende Resolution. Die Wirksamkeit der Drago-Doktrin beruhte auf dem guten Willen der betreffenden Mächte oder auf einer dritten Macht, die entschlossen und fähig war, der Doktrin Achtung zu verschaffen. Roosevelt wollte jedoch das Uebel an der Wurzel abschaffen und prophylaktische Maßnahmen ergreifen, was vom Interesse der Union aus gesehen politisch zweifellos richtig war.
- ¹¹⁵ *cit.* in Pringle, p. 294 (20. Mai 1904): die Rede wurde in Abwesenheit Roosevelts von Kriegssekretär Root vorgetragen. Vgl. die Ausführungen über die Verpflichtungen der USA. gegenüber ungenügend zivilisierten Nationen, oben, pp. 84 ff.
- ¹¹⁶ XV, p. 116.
- ¹¹⁷ *cit.* in Bishop I, p. 431.
- ¹¹⁸ s. Lodge II, pp. 234 f. Daß Roosevelt kein Expansionist um der Expansion willen war, zeigt eine Briefstelle vom 13. Februar 1900, wo er schreibt, man solle Puerto Rico selbständig werden lassen, wenn man nicht beabsichtige, der Insel zu nützen. *Letters II*, No. 1509, p. 1183.
- ¹¹⁹ s. oben, p. 86.
- ¹²⁰ XV, p. 257. Im Oktober 1904 übergab der Präsident der Dominikanischen Republik die Verwaltung einer Zollstation einem Agenten der amerikanischen Regierung. Im Frühling 1905 schloß Roosevelt ein Abkommen mit der Inselrepublik ab, das die Verwaltung der Zolleinnahmen der USA. übertrug und einen Schlüssel für die Verteilung dieses wichtigsten Nationaleinkommens

unter Berücksichtigung der Gläubiger aufstellte. Zum Schutz des amerikanischen Geldeinnehmers und zur Unterdrückung von Revolutionen, die die Wirtschaft der Republik stören könnten, erhielten die USA. das Interventionsrecht. Das Abkommen wurde erst 1907 vom US.-Senat ratifiziert, was Roosevelt aber nicht ernstlich störte. Es ist noch zu bemerken, daß die USA., verglichen mit den europäischen Gläubigerstaaten, nur geringe finanzielle Interessen in der Republik hatten. Vgl. die Bestimmungen des Platt-Amendments!

¹²¹ cit. in Bemis, p. 528; vgl. Pringle, p. 295, an Root, Juni 1904.

¹²² Gwynn I, p. 480, Juli 24, 1905.

¹²³ Die Monroe-Doktrin war schon immer einem gewissen Mißtrauen in Lateinamerika begegnet, obschon sie von süd- und zentralamerikanischen Staaten gelegentlich zu ihrem Schutz angerufen worden war.

¹²⁴ cit. in Bemis, p. 528; ähnlich an Spring Rice, Gwynn I, p. 480.

¹²⁵ s. oben, p. 87.

¹²⁶ Vgl. oben, pp. 69 ff.

¹²⁷ XVI, p. 299; vgl. auch XVIII, p. 109.

¹²⁸ Lodge I, p. 139.

¹²⁹ In Abänderung des Clayton-Bulwer Treaty von 1850 regelte das Hay-Pauncefote Treaty von 1901 die anglo-amerikanischen Beziehungen in bezug auf den projektierten Kanal. Der erste Entwurf von 1900 übertrug den Bau, das Eigentum und die Verwaltung des Kanals den USA., neutralisierte ihn aber und verbot die Befestigung. Der endgültige Vertrag bestimmte nur, daß die Durchfahrtsrechte für alle Nationen identisch sein sollten. Daraus resultierte später ein Konflikt über die Durchfahrtstaxe, da die USA. ihre Schiffe im Panama-Kanal begünstigen wollten.

¹³⁰ Letters II, p. 1186, No. 1516, Anm. 1.

¹³¹ ibid. No. 1522, p. 1192 (18. Februar 1900).

¹³² ibid. No. 1513, p. 1185, an Mahan, 14. Februar 1900; No. 1539, p. 1209, an Spring Rice, 2. März 1900.

¹³³ Es kann hier nicht auf die Geschichte, die zum Bau des Panama-Kanals führt, eingegangen werden; vgl. Pringle, pp. 301—338; Bemis, pp. 508—18; u. a.a.O. Ratifikation des Hay-Herran Treaty durch US.-Senat: 7. März 1903; Ablehnung der Ratifikation durch Senat von Columbia: 12. August 1903; Ausbruch der Panama-Revolution: 3. November 1903.

¹³⁴ Spooner Act, 25. Juni 1902.

¹³⁵ an Hay, 19. August 1903, cit. in Bishop I, p. 276, u. Letters III, No. 2764, p. 567.

¹³⁶ s. Pringle, pp. 308, 311.

¹³⁷ an Hay, 14. Juli 1903, cit. ibid. p. 311.

¹³⁸ Das soll nicht heißen, daß alle Motive Columbias für die Ablehnung des Abkommens ethisch einwandfrei waren.

¹³⁹ an Hanna, 5. Oktober 1903, cit. in Bishop I, p. 278; ähnlich an Hay, 15. September 1903, cit. ibid. (Letters III, Nos. 2829, 2807, pp. 625, 599).

¹⁴⁰ an Dr. Albert Shaw, ed. Review of Reviews, 10. Oktober 1903, cit. in Bishop I, p. 279, und Letters III, Nos. 2835, p. 628.

¹⁴¹ Roosevelts Rolle in der Panama-Revolution scheint nun soweit abgeklärt zu sein, daß er und die Regierung sich nicht aktiv daran beteiligt haben. Doch muß angenommen werden, daß er genau darüber orientiert war, und daß die Führer der Revolution wußten, daß sie auf seine «wohlwollende Neutralität» bauen konnten. Sich auf den Vertrag von 1864 berufend, hinderte der Prä-

sident die columbanischen Truppen in ihrer Aktion und sicherte so den Erfolg der Revolution.

- ¹⁴² an Charles S. Osborn, 9. Dezember 1903, cit. in Bishop I, p. 293.
- ¹⁴³ an Rev. Dr. David Thompson, 22. Dezember 1903, cit. *ibid.* pp. 294 f.; vgl. auch an Shaw, 6. November 1903, cit. *ibid.* p. 288; an Charles F. Lummis, 4. Januar 1904, cit. *ibid.* p. 295. (Letters III, Nos. 2900, 2862, 2916, pp. 675, 649, 688 f.)
- ¹⁴⁴ cit. *ibid.* p. 449.
- ¹⁴⁵ XX (Autobiography), p. 513.
- ¹⁴⁶ *ibid.* p. 501.
- ¹⁴⁷ *ibid.* pp. 501—518.
- ¹⁴⁸ s. Pringle, p. 330; Bishop I, p. 449.
- ¹⁴⁹ s. oben, p. 60. Zur Panama-Affaire vgl. Letters III, pp. 623—710.
- ¹⁵⁰ Bemis, p. 516.
- ¹⁵¹ Vgl. John M. Blum, «Theodore Roosevelt: The Years of Decision», in Letters II, App. IV, pp. 1484—1494.
- ¹⁵² Pringle, p. 578.
- ¹⁵³ Lodge II, p. 409 (12. September 1911).
- ¹⁵⁴ Staatssekretär Hay wurde 1904 krank und konnte seine Aufgaben nicht mehr erfüllen; er starb im Juli 1905. Kriegsminister Taft war amtierender Staatssekretär 1904/05; nach Hays Tod wurde Elihu Root Staatssekretär. Seit Hays Ausscheiden aus dem Amt war Roosevelt in jeder Beziehung sein eigener Außenminister, so daß der amerikanische Gesandte in Japan schreiben konnte, er glaube, der Präsident habe die Instruktionen an seine Gesandten mit eigener Hand geschrieben und niemanden um Rat gefragt (Griscolm an Rockhill, 15. Juli 1905, cit. in Griswold, *Far Eastern Policy*, p. 93). Roosevelt korrespondierte direkt mit ausländischen Regierungen und Diplomaten (berühmt ist der Briefwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und ihm), häufig unter Umgehung der diplomatischen Kanäle. «The President is certainly introducing a new school of diplomacy», bemerkte der oben zitierte Diplomat (*ibid.* pp. 92 f.). Nach erfolgtem Friedensschluß in Portsmouth schrieb Henry Adams an Roosevelt: «You have established a record as the best herder of Emperors since Napoleon. I need your views about the relative docility of Kings, Presidents of South American Republics, Railway Presidents and Senators» — eine treffende Anspielung auf Roosevelts temperamentvolle Außen- und Innenpolitik (6. November 1905, cit. in Pringle, p. 387).
- ¹⁵⁵ Während des Boxer-Aufstandes in China und der nachfolgenden Intervention der Mächte erklärte er, er sei nicht näher mit der Lage in China und der entsprechenden amerikanischen Politik bekannt; Letters II, Nos. 1787, 1876, pp. 1359—1423.
- ¹⁵⁶ Letters I/II, Nos. 907, 1842, 1876, 1880, pp. 764, 1394, 1423, 1428.
- ¹⁵⁷ Vgl. oben, Anm. 154. Bis Anfang 1904 war Roosevelt völlig von seiner Panama-Politik in Anspruch genommen.
- ¹⁵⁸ Vgl. oben, p. 34. Hays «Open Door notes» vom 6. September 1899 und Zirkular vom 3. Juli 1900; vgl. Griswold, *op. cit.*, Kap. II.
- ¹⁵⁹ Dies dürfte ein Grund gewesen sein, warum es Roosevelt zugefallen war, im Krieg zu vermitteln.
- ¹⁶⁰ s. Letters I, an Sternberg, 17. Januar 1898, No. 764, p. 764; 28. August 1900, No. 1394, p. 1394; vgl. Pringle, p. 373. In Briefen an Spring Rice erörtert Roosevelt das Problem der sich ständig vermehrenden Macht Rußlands. Auf Spring Rices Besorgnis darüber gibt er zu, daß Rußland gefährlich werden

kann für die höher zivilisierten Nationen (gegenüber den weniger zivilisierten muß es mächtig sein); doch ist er überzeugt, daß die Amerikaner und Engländer als «Rassen» fähig sein werden, die Russen in Schach zu halten. In diesen Briefen stellt Roosevelt Thesen der ethnologischen Bewertung auf: die Russen stehen unter den «Großen» an tiefster Stelle; sie sind die «Gothen» gegenüber den Engländern und Amerikanern als «Byzantiner», nur daß die modernen Byzantiner keine Anzeichen von Dekadenz zeigen. Vgl. Letters I/II, No. 654, 5. August 1896, p. 555; No. 773, 13. August 1897, pp. 645 ff.; No. 1321, 11. August 1899, pp. 1051 ff. Vgl. auch über das Bewußtsein einer russischen Gefahr Mahans Brief an Roosevelt und dessen Antwort, 12./18. März 1901, cit. in Pringle, p. 374 (im Auszug). (Roosevelts Antwort in Letters III, No. 1961, pp. 23 f.)

¹⁶¹ Einige Tage vor Kriegsausbruch äußerte er sich gegenüber Spring Rice, daß die USA. noch keine genügenden Gründe für eine Kriegserklärung an Rußland hätten; Gwynn I, pp. 377 f., 2. Februar 1904.

¹⁶² an Theodore Roosevelt, Jr., 10. Februar 1904, cit. in Pringle, p. 375, und Letters IV, No. 2963, p. 724. Roosevelt scheint während des Krieges geheime Vorbereitungen für den eventuellen Kriegseintritt der USA. auf der Seite Japans getroffen zu haben; s. Pringle, pp. 375 f.

¹⁶³ z. B. an Trevelyan, 9. März 1905, cit. ibid., p. 380, und Letters IV, No. 3483, p. 1134.

¹⁶⁴ Gwynn I, p. 473, 16. Juni 1905; vgl. Vagts, op. cit. II, p. 1222; ähnlich in Lodge II, pp. 152 f.

¹⁶⁵ ibid. p. 155 (16. Juni 1905).

¹⁶⁶ Vgl. oben I, 8, p. 34.

¹⁶⁷ Bemis, p. 494. Japan respektierte die «Open Door» in der Mandschurei ebenso wenig wie Rußland; das japanische Volk fühlte sich um den Frieden betrogen und richtete seine bitteren Gefühle gegen Amerika; Japan war nun eher in der Lage, die ganze Fern-Ost-Politik der USA. zu gefährden. In Exekutiv-Abkommen suchten sowohl Roosevelt wie sein Nachfolger Taft die amerikanischen Besitzungen und Interessen im Pazifik und Fernen Osten durch Zugeständnisse an Japan zu sichern. Korea hatte Roosevelt schon früher preisgegeben. Ueber den Russisch-Japanischen Krieg s. Dennett, op. cit.; Pringle, pp. 372—87; Bemis, pp. 489—494; Griswold, op. cit.; Vagts II, pp. 1169—1256.

¹⁶⁸ 20. April 1905, cit. in Bishop I, p. 472. Roosevelts Intervention in der Marokko-Krise ist äußerst interessant als ein Stück internationaler Diplomatie. Wir können jedoch nicht näher darauf eingehen. Vgl. den geheimen Bericht Roosevelts über seine Verhandlungen an Whitelaw Reid, Botschafter in London, vom 28. April 1906, in Bishop I, pp. 467—505, Kap. XXXVI u. XXVII. S. Pringle, pp. 387—97; Vagts II, pp. 1815—1913, Kap. XVII.

¹⁶⁹ Works XVI, p. 306.

¹⁷⁰ Address, Nobel Peace Price Committee, 5. Mai 1910, in Works XVI, pp. 305 bis 309.

¹⁷¹ Roosevelt erörterte seine Friedensordnung hauptsächlich in Schriften nach dem Ausbruch des Weltkrieges, besonders in seinen 1914/15 erschienenen Aufsätzen (XVIII: «America and the World War»). Es ist jedoch zu beachten, daß die betreffenden Ideen auf einige Jahre vor Kriegsausbruch zurückgehen, die Grundgedanken sogar auf den Beginn seines außenpolitischen Denkens.

¹⁷² XIV, p. 143, 11. August 1892.

¹⁷³ Annual Message, 7. Dezember 1903, XV, pp. 183 ff.

- ¹⁷⁴ XIII, p. 335 f.; vgl. oben III, 5, pp. 79 ff.
- ¹⁷⁵ XIII, p. 335.
- ¹⁷⁶ XV, pp. 298 f., 5. Dezember 1905.
- ¹⁷⁷ s. Lodge II, p. 409, 12. September 1911! Es sei darauf hingewiesen, daß dies die Zeit der Friedensbewegungen in Amerika gewesen ist (Carnegie). Deren Idealismus und teilweise wirklichkeitsfremde Forderungen haben Roosevelt abgeschreckt und trieben ihn in die Opposition. Für die Zeit von Wilsons Präsidentschaft ist an Roosevelts Haß gegen den Präsidenten zu erinnern.
- ¹⁷⁸ Vgl. oben III, 3, pp. 72 ff.
- ¹⁷⁹ Roosevelt über Wert und Unwert von Staatsverträgen s. Works XVIII, an verschiedenen Orten.
- ¹⁸⁰ Vgl. an Carl Schurz, 8. September 1905, cit. in Lodge II, pp. 197 f.
- ¹⁸¹ XVIII, pp. 29 f.
- ¹⁸² ibid. pp. 43 f., 71 f.
- ¹⁸³ an Carl Schurz, 8. September 1905, cit. in Lodge II, p. 199.
- ¹⁸⁴ Vgl. oben p. 74: Der friedliebende Staat sichert allein durch seine Macht und Stärke den Frieden; je größer die Zahl solcher starken, rechtschaffenen Staaten, umso sicherer ist der Frieden.
- ¹⁸⁵ «posse comitatus» = grafschäftliche Macht und Gewalt: das Aufgebot der Bewohner eines Bezirkes zur Hilfeleistung an den Sheriff bei Störungen von Ruhe und Ordnung. Der p. c. trat im noch wenig organisierten Westen der USA häufig in Aktion anstelle regulärer Polizeikräfte. Vgl. oben pp. 82, 84 über Friede, Ordnung und Gerechtigkeit als die Kriterien der zivilisierten Gesellschaft.
- ¹⁸⁶ XVIII, p. 73.
- ¹⁸⁷ ibid.
- ¹⁸⁸ ibid., p. 148.
- ¹⁸⁹ Wir müssen hier allfällige altruistische und idealistische Motive seiner Friedensliebe ignorieren.
- ¹⁹⁰ Roosevelts Wesen verunmöglicht zu beurteilen, ob er tatsächlich solche Überlegungen angestellt hat oder ob seine politische Konzeption eher seinem impulsiven Charakter entsprungen ist. Jedenfalls ist seine Politik nicht stark auf logisches Denken begründet.
- ¹⁹¹ Neutrale sind nicht erwähnt; es ist anzunehmen, daß sie der Liga auch beitreten konnten.
- ¹⁹² Es ist schon oben zum Ausdruck gekommen, daß nach Roosevelts Auffassung die mächtigen Nationen, die zugleich die hochzivilisierten sind, eine natürliche Hegemonie ausüben. Tatsächlich sind die kleinern Staaten den Weltmächten ausgeliefert, vorausgesetzt, daß diese geeignet sind. Roosevelt hätte also einen faktischen Zustand legalisiert.
- ¹⁹³ cit. in Bishop II, pp. 471 ff.

BIBLIOGRAPHIE

I. Theodore Roosevelt

Wheelock, John Hall, A Bibliography of Theodore Roosevelt. New York 1920.

1. Werke

Roosevelt, Theodore, Works. National Edition, 20 Bde. New York 1926. I. Hunting Trips of a Ranchman. Ranch Life and the Hunting Trail. — II. The Wilderness Hunter. Outdoor Pastimes of an American Hunter I. — III. Outdoor Pastimes of an American Hunter II. A Book-Lover's Holiday in the Open. — IV. African Game Trails. — V. Through the Brazilian Wilderness. Papers on Natural History. — VI. The Naval War of 1812. — VII. Thomas Hart Benton. Gouverneur Morris. — VIII. The Winning of the West I. — IX. The Winning of the West II. — X. Hero Tales from American History. Oliver Cromwell. New York. — XI. The Rough Riders. Men of Action. — XII. Literary Essays. — XIII. American Ideals. The Strenuous Life. — XIV. Campaigns and Controversies. — XV. State Papers as Governor and President. — XVI. American Problems. — XVII. Social Justice and Popular Rule. — XVIII. America and the World War. Fear God and Take Your Own Part. — XIX. The Foes of Our Own Household. The Great Adventure. Letters to His Children. — XX. Autobiography. Index.

— «A Republican View; the Issues of 1896», in «The Century» LI (neue Serie XXIX), No. 1 (November 1895), pp. 68 ff.

— Diaries of Boyhood and Youth. New York 1928.

Roosevelt in the Kansas City Star War-Time Editorials, with an introduction by Ralph Stout. Cambridge, Mass., 1921.

2. Briefe

Cowles, Anna R., ed., Letters from Theodore Roosevelt to Anna Roosevelt Cowles, 1870—1918. New York and London 1924.

Gwynn, Stephen, ed., The Letters and Friendship of Sir Cecil Spring Rice, a Record. 2 Bde. London 1929.

Irwin, Will, ed., Letters to Kermit from Theodore Roosevelt, 1902—1908. New York and London 1946.

Lodge, Henry Cabot, ed., Selections from the Correspondance of Theodore Roosevelt and Henry Cabot Lodge. 2 Bde. New York 1925.

Roosevelt, Theodore, The Letters of Theodore Roosevelt. Selected and edited by Elting E. Morison et al. Cambridge, Mass., 1951. — (Vorgesehen 8 + 1 Bde., bisher erschienen): I: The Years of Preparation, 1868—1898 (Nos. 1—968). II: The Years of Preparation, 1898—1900 (Nos. 969—1931). III: The Square Deal, 1901—1903 (Nos. 1932—2943). IV: The Square Deal, 1903—1905 (Nos. 2944—3658).

3. Biographien und Monographien

- Bailey, Thomas Andrew, Theodore Roosevelt and the Japanese-American Crisis. 1934.*
- Bishop, Joseph Bucklin, Theodore Roosevelt and His Time shown in his own letters. 2 Bde. New York 1920.*
- Burgin, William Garner, «The Political Theory of Theodore Roosevelt», in The South Atlantic Quaterly, XXII, pp. 97—114 (April 1923, No. 2).*
- Cotton, Edward Howe, The Ideals of Theodore Roosevelt. New York 1923.*
- Davis, Oscar King, Released for Publication. Some inside political history of Theodore Roosevelt and his times. 1898—1918. Boston und New York 1925.*
- Dennett, Tyler, Roosevelt and the Russo-Japanese War. A critical study of American policy in Eastern Asia in 1902—1905, based primarily upon the private papers of Theodore Roosevelt. New York 1925.*
- Dictionary of American Biography, hrsg. von Dumas Malone, Bd. 16: Robert—Seward. New York 1946.*
- Hagedorn, Hermann, The Bugle that Woke America. The saga of Theodore Roosevelt's last battle for his country. New York (1940).*
- Hart, Albert Bushnell, und Herbert Ronald Ferleger, eds., Theodore Roosevelt Cyclopedia. Vorwort von Wm. Allan White. New York (1941).*
- Hickey, T. A., Theodore Roosevelt, the Political Dr. Cook. A chronological review of the political life of Theodore Roosevelt. Abilene, Texas (1910).*
- Hill, Howard C., Roosevelt and the Caribbean. Chicago 1927.*
- McCaleb, Walter F., Theodore Roosevelt. New York 1931.*
- O'Gara, Gordon Carpenter, Theodore Roosevelt and the Rise of the Modern Steel Navy. Princeton, N. J., 1943.*
- Pringle, Henry F., Theodore Roosevelt, a Biography. New York 1931.*
- Renouvin, Pierre, «Théodore Roosevelt», in «Les politiques d'expansion impériale», Colonies et Empires, 1^{er} série: Etudes coloniales, 5.) Paris 1949.*
- Robinson, Corinne R., My Brother Theodore Roosevelt. New York 1921.*
- Smyth, Clifford, Theodore Roosevelt who Fought for the Square Deal and a New Nationalism (Builder of America, vol. XXIII). New York und London 1931.*

II. Allgemeine Darstellungen und Quellen

- Adams, Henry, The Education of Henry Adams. New York 1931.*
- Bailey, Thomas A., A Diplomatic History of the American People. 3. Aufl. New York 1946.*
- Beard, Charles A. and Mary R., The Rise of American Civilization. New York 1930.*
- Beard Charles A., with the collaboration of G. H. E. Smith, The Idea of National Interest. An analytical study in American foreign policy. New York 1934.*
- Beer, Thomas, (Marcus A.) Hanna. New York 1929.*

- Bemis, Samuel Flagg*, «Washington's Farewell Address: A Foreign Policy of Independence.» in *Am.Hist.Rev.* XXXIX, No. 2 (Januar 1934), pp. 250—268.
- *A Diplomatic History of the United States*. Rev. Aufl. New York 1942 (1949).
- Burgess, John W.*, *Political Science and Comparative Constitutional Law*. Bd. I: *Sovereignty and Liberty*. New York 1890.
- Commager, Henry Steele*, ed., *Documents of American History*. 2 Bde. New York 1944.
- Dennis, A. L. P.*, *Adventures in American Diplomacy, 1896—1906*. New York 1928.
- Griswold, Alfred Withney*, *The Far Eastern Policy of the United States*. New York 1938.
- Keller, Adolf*, «Amerika als Erfahrung», in «*Hesperia*», Zeitschrift des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung in Zürich. I, No. 2 (April 1949), pp. 65 ff.
- Langer, William L.*, *The Diplomacy of Imperialism, 1890—1902*. 2 Bde. New York und London 1935.
- Latané, John Holloday*, *America as a World Power*. (The American Nation, a History. Bd. XXV) New Haven, Conn., 1919.
- Latané, John Holloday*, and *David W. Wainhouse*, *A History of American Foreign Policy*. New York 1940.
- Lodge, Henry Cabot*, *Speeches and Addresses, 1884—1909*. 2. Aufl., seit 1892. Boston und New York 1909.
- Mahan, Alfred Thayer*, *The Influence of Sea Power upon History, 1660—1783*. 25. Aufl. Boston 1918.
- *The Interest of America in Sea Power, Present and Future*. Boston 1918 (1897).
- Morison, Samuel Eliot*, and *Henry Steele Commager*, *The Growth of the American Republic*. New York 1950.
- Nearing, Scott*, and *Joseph Freeman*, *Dollar Diplomacy: A Study in American Imperialism*. New York 1928.
- Nevins, Allan*, *American Press Opinion, Washington to Coolidge*. A documentary record of editorial leadership and criticism, 1785—1929. New York 1928.
- Parish, John Carl*, *The Emergence of the Idea of Manifest Destiny*. (Faculty Research Lecture at the University of California at Los Angeles, delivered May 6, 1931). Los Angeles, Cal., 1932.
- Perkins, Dexter*, *The Monroe Doctrine, 1867—1907*. 1937.
- *The United States and the Caribbean*. Cambridge, Mass., 1947.
- Pratt, Julius W.*, *Expansionists of 1898*. The acquisition of Hawaii and the Spanish Islands. (The Albert Shaw Lectures on Diplomatic History, 1936. The Walter Hines Page School of International Relations). Baltimore 1936.
- Schlesinger, Arthur Meier*, *Political and Social Growth of the American People, 1865—1940*. 3. Aufl. New York 1941.
- Silberschmidt, Max*, *Der Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika zur Weltmacht*. Staat und Wirtschaft der USA. im 20. Jahrhundert. Aarau 1941.
- Sprout, Harold and Margaret*, *The Rise of American Naval Power, 1776—1918*. Princeton, N. J., 1942.
- Thayer, William Roscoe*, *The Life and Letters of John Hay*. 2 Bde. London, Boston und New York 1915.
- Vagts, Alfred*, *Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Weltpolitik*. 2 Bde. London 1935.
- Weinberg, Albert K.*, *Manifest Destiny. A study of nationalist expansionism in American history*. Baltimore 1935.

INHALT

Vorwort	5
Einleitung	7
Kapitel I: Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik bis um 1900	10
1. Die Politik der Isolation	10
2. Die Politik der Expansion	13
3. Außerkontinentaler Expansionismus vor dem Sezessionskrieg	15
4. Die Auswirkungen des Sezessionskrieges auf die Außenpolitik	18
5. Die geistige Vorbereitung des Neo-Expansionismus	19
6. Der Weg zum Jahre 1898	24
7. Der Spanisch-amerikanische Krieg	28
8. Die neue Stellung der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik nach 1898	32
Kapitel II: Biographische Skizze von Theodore Roosevelt	37
1. Die Entwicklung der Persönlichkeit	37
2. Beginn der politischen Laufbahn	39
3. Roosevelt als Historiker	43
4. Der Kampf um «righteousness» im öffentlichen Amt	47
5. Roosevelt und der Spanisch-amerikanische Krieg	49
6. Der Held der Nation	53
7. Roosevelt als Präsident	55
8. Politische Aktivität in der Opposition	58
Kapitel III: Roosevelts außenpolitische Konzeption	63
1. Roosevelts außenpolitische Ethik	64
2. Zwischenstaatliche Beziehungen	66
3. Das Problem der nationalen Stärke	72
4. Das Problem der nationalen Weltgeltung	75
5. Die Bedeutung von Expansion und Zivilisation	79
6. Der karibisch-zentralamerikanische Raum und die Monroe-Doktrin	83
7. Das Problem des Weltfriedens	95
Zusammenfassung und Schluß	107
Anmerkungen	117
Bibliographie	135

LEBENS LAUF

Als Bürger von Winterthur am 11. September 1926 in Zürich geboren, durchlief ich die sechs Primarklassen meines Geburtsortes und absolvierte anschließend das Kantonale Gymnasium in Zürich. Im Sommer 1945 bestand ich die Maturitätsprüfung, Typus B. Noch un schlüssig über die Wahl meiner Studienrichtung immatrikulierte ich mich im selben Jahr an der Medizinischen Fakultät der Universität Genf. Nach den beiden ersten propädeutischen Semestern wechselte ich im Herbst 1946 an die faculté ès lettres über und kehrte im Frühjahr des folgenden Jahres nach Zürich zurück, wo ich mich an der Philosophischen Fakultät I einschrieb.

Während den ersten Semestern hörte ich Vorlesungen in Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, Philosophie, Nationalökonomie und verwandten Gebieten und nahm an historischen, wirtschaftsgeschichtlichen, philosophischen und soziologischen Uebungen teil.

Für das akademische Jahr 1948/49 erhielt ich durch Vermittlung des Institute of International Education in New York und des Schweizerischen Schulrates ein «assistant instructorship» an der Abteilung für deutsche Sprache und Literatur der University of Kansas, Lawrence, Kansas, USA. Als «special graduate student» hörte ich Vorlesungen und nahm an Seminarien teil in amerikanischer Geschichte und Political Science. Vor allem sammelte ich dort Material für meine Dissertation.

Nach ausgedehnten Reisen in den Vereinigten Staaten setzte ich im Herbst 1949 meine Studien an der Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich fort, wobei ich mich auf Allgemeine Geschichte, Geschichte der Philosophie und Wirtschaftsgeschichte konzentrierte und auch Vorlesungen über Völkerrecht und Verfassungsgeschichte besuchte. Im wesentlichen habe ich bei folgenden Dozenten gehört: Proff. Max Silberschmidt, L. von Muralt, Marcel Beck, Ernst Meyer, Hans Barth, Werner Kägi.

Im Sommer des Jahres 1952 lieferte ich meine Dissertation ab, die auf Antrag von Herrn Prof. Silberschmidt mit dem Prädikat «*insigni diligentia et summa sagacitate conscripta*» ausgezeichnet wurde.

In Allgemeiner Geschichte als Hauptfach, Geschichte der Philosophie und Wirtschaftsgeschichte als 1. und 2. Nebenfach habe ich am 25. Oktober 1952 die Doktorprüfung magna cum laude bestanden.

Meinen Lehrern, im besondern Herrn Prof. Silberschmidt, bleibe ich zu großem Dank verpflichtet.

